

Zentral-Organ für die Interessen

der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.  
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.  
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1,50 M.

Der Courier ist in die Postzeitungstabelle eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin 50.16, Engel-Ufer 21.  
Telephon: Amt Moritzplatz, 950 und 11864.  
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionsschluss  
am Montag Morgen vor Veröffentlichung des Blattes.  
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.  
Bezirksleiter und Wissensammlungen an die Zentralleitung.

Nr. 50.

Berlin, den 15. Dezember 1912.

16. Jahrg.

**Der Deutsche Transportarbeiter-Verband** erzielte bei den im 1. Halbjahr 1912 geführten 543 Lohnbewegungen eine Verkürzung der Arbeitszeit in 1065 Betrieben für 24 476 Kollegen. Lohn erhöhungen wurden in 2102 Betrieben für 41 087 Personen erreicht. Die Bezahlung von Überstunden-, Sonn-, Feiertags- und Nacharbeit wurde in 1431 Betrieben für 43 034 Beteiligte durchgesetzt.

#### Zur Lohnbewegung der Hamburger Hafenarbeiter.

IV.

Wie wir im Bericht über die Bewegung der Schiffreiniger mitteilten, schieden die Werhölgänge der Woermann- und Ostafrika-Linie von der direkten Verhandlung durch die Kommission des Hafenbetriebsvereins aus. Nachdem die Verhandlungen für die Gruppe der Schiffreiniger im der Lohnfrage ein bestimmtes Resultat gezeigt hatten, wandten wir uns für die Werhölgänge und Werstellnerbeiter am 22. Mai direkt an die Direktion der Woermann- und Ostafrika-Linie mit dem Erischen, die Anfangslöhne von 4,- M. auf 4,20 M. zu erhöhen und die 5jährige Staffelung auf 3 Jahre herabzusehen, sowie den Lohn für die Überstunden, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit einheitlich für alle Arbeiter auf 60 Pf. pro Stunde zu normieren und Mindestlöhne festzulegen. Desgleichen wurde eine Verlängerung der Ferien von 3 auf 6 Tage für die über 3 Jahre Beschäftigten gewünscht.

Derselbe Direktor stimmte, der die Verhandlungen in der Kommission des Hafenbetriebsvereins leitete, teil im Schreiben vom 23. Mai mit, daß seine festen Arbeiter von einer Verhandlung mit unserem Verbande ausscheiden. Er bedauerte deswegen auch, über diese festen Leute keine Auskunft geben zu können. Mit anderen Worten: die Direktion lehnt Verhandlungen mit der Organisation ab. Später im Juni ist mit einer Kommission der Arbeiter verhandelt und sind Erhöhungen der Löhne eingetreten.

Der Lohn beträgt Überstundenlohn pro Tag pro Stunde von 6 bis von 10 bis 10 Uhr 6 Uhr M. M. M. bei Einstellung 4,30 0,60 0,70 nach 1jähriger Beschäftigung 4,47 0,65 0,75 2 " " 4,63 0,65 0,75 3 " " 4,80 0,65 0,75 4 " " 4,97 0,70 0,80 5 " " 5,13 0,70 0,80 6 " " 5,30 0,70 0,80

Die Berechnung der Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit soll wie folgt erfolgen: 1. Wenn abends gleich nach 6 Uhr weiter gearbeitet werden soll, so ist voraus möglichst eine Pause zum Verzehr des Abendbrots zu geben, die als Arbeitszeit mit berücksichtigt wird. Nur wenn tatsächlich bis 12 Uhr nachts gearbeitet werden soll, ist von 6 bis 7 Uhr eine Abendbrotpause zu machen. Soll die ganze Nacht gearbeitet werden, so tritt außerdem von 12 bis 1 Uhr eine Mittagspause ein. Diese Pausen werden als Arbeitszeit mit bezahlt.

Wird abends gleich nach 6 Uhr ein Schiff verholt und im Anschluß bis 12 Uhr oder weiter gearbeitet, so erhalten diejenigen Leute, welche das Schiff verholen, Zeit zum Verzehr des Abendbrots und außerdem eine halbe Stunde extra vergütet.

2. Bei Nachtarbeit, welche sich auf den folgenden Morgen ausdehnt, sollen die Leute, welche bis 4 Uhr und länger gearbeitet haben, um 1½ Uhr nachmittags wieder zur Arbeit kommen; diejenigen, welche nach Mitternacht nicht bis 4 Uhr gearbeitet haben, um 8½ Uhr vormittags wieder anfangen, somit Beschäftigung vorhanden ist. Wird im Anschluß an die Nachtarbeit bis 6 Uhr gearbeitet, wird die Zeit von 4 bis 6 Uhr als Nachtstunden vergütet. Übergewöhnliche Nachtstunden werden doppelt bezahlt. Werden z. B. Leute zu um 11 Uhr nachts bestellt und ar-

beiten bis 1 Uhr nachts, so werden ihnen hierfür 4 Nachtstunden vergütet.

3. Die Arbeit in den Morgensstunden wird wie folgt vergütet:

von 3 bis 6 Uhr mit 5 Nachtstunden

" 3½ " 6 " 4 "

" 4 " 6 " 3 "

4. Bei Sonntagsarbeit ist die Zeit von 6 bis 9½ Uhr mit 5 Überstunden zu berechnen, von da ab wenn bis 2 Uhr gearbeitet wird, laufende Stunden, jedoch wird für die Sonntagsarbeit mindestens fünf Stunden vergütet. Arbeitszeiten für Sonntags sind:

Von 6 bis 9½ Uhr und von 10 bis 2 Uhr gleich

10 Überstunden;

von 6 bis 9½ Uhr und von 11½ bis 4 Uhr gleich

10 Überstunden;

von 6 bis 9½ Uhr und von 1½ bis 5½ Uhr gleich

10 Überstunden.

Wenn nur für Sonntag nachmittag von 1 bis 5½ Uhr Leute zur Arbeit bestellt werden, sind dafür mindestens 5 Nachtstunden zu vergütet; wird länger gearbeitet, fortlaufende Nachtstunden.

5. Leute, welche im Dach arbeiten sollen, ist bei der vorhergehenden Mittags- oder Abendbrotpause, wenn möglich, Bescheid zu sagen.

Nach dreijähriger Beschäftigungsduer erhalten die Arbeiter 3 Tage Ferien ohne Lohnabzug.

Wie aus den Vereinbarungen ersichtlich, ist der Anfangslohn um 30 Pf. der Überstunden, Nacht- und Sonntagslohn um 10 Pf. pro Stunde erhöht. Die Berechnung hätte sich viel einfacher gestalten lassen und ist für die Arbeiter deshalb noch besonders schwierig, weil auch bei den Über-, Nacht- und Sonntagsstunden die Dienstwähre in Frage kommt. Statt eine einheitliche Regelung für die gesamten Schiffreinigungsarbeiter herzustellen, besteht die Woermann- und Ostafrika-Linie auf den Herrn-im-Hause-Standpunkt. Wie lange noch? Die Bewegung brachte auch für diese Arbeiter einen Erfolg, den sie ihrer Organisation verdanken.

Für die Kajiarbeiter, die größte Gruppe im Hafen — im Jahre 1911 waren durchschnittlich 5552 beschäftigt — wurden Forderungen direkt durch die Organisation für die Hilfs- und Gelegenheitsarbeiter gestellt. In Frage kamen 1042 Arbeiter der Pacht- und 1097 des Staatskaiarbeitsbetriebes.

Für die festen Arbeiter in allen vier Betrieben, im Staatskai 2064 und in den Pachtbetrieben 1349, hat man bisher Verhandlungen stets abgelehnt und sich auf die in den Betrieben bestehenden Arbeitsergebnisse berufen.

Erschwerend für eine einheitliche Durchführung der Bewegung für alle Kajiarbeiter wirken die in den einzelnen Betrieben bestehenden verschiedenen Altord- und Zeitlohnstufen. Die Organisationsversplitterung durch die von den Unternehmern geplätzten Schmarotzer-Vereine, Club Amerika, auch Bleistiftkennlub genannt, der Katerländische Bund u. w., die in bezug auf Besitzteilung unter dem Schutz der Kajaverwaltung das menschenmöglichste leisten. Fast jede Regelung, jede Agitationsmöglichkeit ist unterbunden. Androhungen von Entlassungen, Maßregelungen der Betriebsräte sind zu ständigen Einrichtungen geworden, seitdem die sonst von 1890 bis 1896 gute Organisation der Kajiarbeiter durch den Streik 1896/97 an Stärke und Aktionskraft eingebüßt hat und trotz aller Aufwendungen sich nun mehr erst ganz langsam wieder zu entwickeln beginnt.

Ein weiteres Hindernis in der Agitation bildet das zwecklose Dazwischendrängen des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes, der niemals — das müsste ihm bald einleuchten — einen Einfluß von Bedeutung auf die Kajiarbeiter der Kajaverwaltung gewinnen wird, denn alle Kajiarbeiter gehören ihrer ganzen Motor und Geschäft-

gung nach, die so eng mit den übrigen Hafenarbeitern verbunden ist, zu den Hafenarbeitern, und für diese kann nur eine Organisation, die auch die übrigen Gruppen der Hafenarbeiter in sich vereinigt, nutzbringend wirken und das ist der Deutsche Transportarbeiterverband. Man kann behaupten, daß hier die Zersplitterung die Agitationsmöglichkeit wesentlich hemmt und so die Organisation, welche ohne jeden berechtigten Grund glaubt, auf die Gewinnung von Mitgliedern oder Abwesen der selben an die zuständige Organisation, nicht verzichten zu können, einen Teil Schuld mitträgt, wenn für diese Gruppe nicht der Erfolg erzielt werden könnte, wie er im Interesse der gesamten Kajiarbeiter geboten war.

Die Verhandlungen begannen am 17. Mai. Die Verhandlungskommission gab die Erklärung ab, daß sie zu Zugeständnissen für die Hilfs- und Gelegenheitsarbeiter der Pachtbetriebe bereit, doch sei an eine Erhöhung des Werktaglohnes für die Hilfsarbeiter nicht zu denken, so lange der Staatskai hierin nicht mitgebe.

Der Hafenbetriebsverein verzichtete auf den Abschluß eines Vertrages und auch unser Verband hätte infolge des geringen materiellen Inhalts einen solchen nicht unterzeichnet.

Der Lohntarif für den Kaiarbeits in Hamburg-Altona sieht folgende Verbesserungen vor:

Hilfsarbeiter	sonst.
M. M. M.	3,60
Ganzer Tag : : 4,20 3,80	
Halber Tag : : 2,10 1,90	
Dreiviertel Tag : : 3,15 2,85	

Für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit sowie durchgearbeitete Pausen pro Stunde für Hilfsarbeiter 0,70 M., sonst 0,60 M. und für Gelegenheitsarbeiter 0,60 M., sonst 0,50 M. Die Zeit bis zu 30 Min. wird mit 0,35 resp. 0,30 M. bezahlt. Der garantierte Mindestlohdienst bei Nachtarbeit beträgt 3,50 M., bei Sonn- und Feiertagsarbeit 2,10 M. Die Verschiebung der Tagespausen um eine Stunde wird nicht, die längere Verschiebung mit 0,35 M. pro halbe Stunde für Hilfs- und 0,30 M. für Gelegenheitsarbeiter vergütet.

Als volter Tag gilt die Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, mit einer Frühstückspause von einer halben Stunde und einer Mittagspause von 12 bis 1½ Uhr. Als halber Tag von 6 bis 12 Uhr vormittags oder von 1½ bis 6 Uhr nachmittags. Als dreiviertel Tag von 8½ Uhr morgens bis 6 Uhr abends mit einer Mittagspause von 12 bis 1½ Uhr.

Am Vorabend des Weihnachtsfestes ist um 4 Uhr nachmittags der Tag voll.

Als Nachtarbeit gilt die Arbeit in der Zeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. Jeder Arbeiter erhält nach Beendigung der Arbeit auf der Arbeitsstelle seine Lohn in bar ausbezahlt, oder einen Lohnzettel, welcher am nächsten Tag eingelöst wird. Für Verlust und Beschädigung des Eigentums der Arbeiter, soweit sich solches in den Arbeitsstellen oder in den Arbeiterzubehör befindet, übernimmt der Betrieb keine Haftung. Der Lohnzettel ist am 3. Juni 1912 in Kraft getreten, und gilt ohne Kündigung weiter, so lange bis die Kajiarbeiter die Neinen ihrer Organisation verstärkt haben, daß mit Aussicht auf Erfolg ein weiterer Schritt unternommen werden kann. Die Versammlung der Kajiarbeiter nahm die Vorschläge als Abschlußzusage an. Zu bemerken ist noch, daß für die Hilfskajiarbeiter der Pachtbetriebe eine Aufbesserung des Tagelohnes ab 20. November 1911 von 4,- M. auf 4,20 M. erfolgte, während am Staatskai nur die Hilfsarbeiter mit grauen Karten eine Aufbesserung von 3,80 auf 4,- M. erhielten.

die übrigen Hilfsarbeiter und Gelegenheitsarbeiter am Staatskai, deren Tagelohn 4.—M. resp. 3,80 M. betrug, im Jahre 1911 keine Aufbesserung erhielten, und die Aufbesserung des Tagelohnes für die Gelegenheitsarbeiter der Pachtbetriebe nur eine Gleichstellung mit den vorbenannten Lohnsäulen von 3,40 M. auf 3,80 M. brachte.

Die Antwort auf die Forderungen der Hilfs- und Gelegenheitsarbeiter am Staatskai, welche von der Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe erfolgte, lautet: Es wird vorgelegt: Eingabe des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Verwaltung Hamburg, vom 1. April mit dem Entwurf eines Lohnartikels. Beschlusse: Dem Antragsteller zu erwiedern, daß die Deputation es ablehnen muß, mit dem Deutschen Transportarbeiter-Verband über die Lohnverhältnisse der Hilfs- und Gelegenheitsarbeiter am Staatskai in Verhandlung zu treten. gez.: Kirchenpauer. Schon im Jahre 1911 waren durch den Arbeiterausschuss Anträge für diese Arbeiter gestellt, die in der Arbeiterausschusssitzung am 9. Februar 1912 wiederholt wurden. Die Sitzung beschloß, es soll auf ausdrücklichen Wunsch jedoch der Antrag des Arbeiterausschusses erneut der Deputation mitgeteilt werden. Endlich am 11. Juni 1912 hatte die Arbeiterausschusssitzung durchgerungen und gab durch die bürgerliche Presse der Welt und zu wissen, daß für die Gelegenheitsarbeiter keine Lohnerhöhung einzutreten, da sie bereits den Lohn von 3,80 M. wie in den Pachtbetrieben zahlte und die Kartenleute (Hilfsarbeiter) eine solche von 20 Pf. — also von 4.—M. auf 4,20 M. — erhielten und somit den Hilfsarbeitern in den Pachtbetrieben nun mehr gleichgestellt sind.

Eine Erhöhung der Nebenkosten, Nacht- und Sonnagszölle ist nicht erfolgt. Die ganze Erhöhung bezahlt man nicht aus eigenen Taschen, sondern wälzt sie sowohl beim Staatskai wie bei der Hamburg-American-Linie auf das Altkontor ab, die sie aus dem Altkontorüberschub zu decken haben, und das nennt man dann „aus freier Entschließung“ den Lohn erhöhen.

Aus diesem Grunde wurde von dem Arbeiterausschus am Staatskai im Oktober den Antrag gestellt, den Altkontordurchschnitt um 60 Pf. pro Tag zu erhöhen, d. h. den im Voraus zu zahlenden Tagelohn von 4,20 M. auf 4,80 M. für die Altkontorarbeiter festzulegen. In der Arbeiterausschusssitzung vom 25. Oktober 1912 wurde mitgeteilt: Ein Antrag auf Lohnerhöhung von 30 Pf. ist bereits verwaltungsteilig in Vorschlag gebracht, darüber hinauszugehende Wünsche können zu bestreitlich sein. Wann nun die Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe das Kind gebären wird, d. h. die Lohnserhöhung „aus freier Entschließung“ in Kraft setzen wird, ist noch nicht bekannt geworden; höchstlich entledigt sich dieselbe bald der Gewissenswühlen.

### Autodroschken-Anruf.

„A. D. A.“ in Berlin nennt sich ein neugegründetes Unternehmen, welches in Groß-Berlin die Automobildroschkenbestellungen, gegen Gebühren, planmäßig organisieren und vermitteln will. In Circulars an das Publikum fordert die A. D. A. für die Vermittlung eine Tagesgebühr von 10 Pfennigen, und für Bestellungen nach 10 Uhr abends 20 Pf. Diese Beträge sollen die Droschkenführer auslegen, bei Entgegennahme von Bestellungen sofort an die Vermittler bar zu zahlen, und sie die A. D. A. bei der Fahrgeldverteilung durch Verabrechnung von A. D. A. Bons einzufordern. Dieses System wurde ohne unser Wissen von der A. D. A. inszeniert. Am 2. August 1912 war Herr Hirsch der Leiter des Unternehmens in der Sitzung der Chausseesektion und erklärte sein Projekt. Wir konnten heraus folgende Tatsachen konstatieren:

Selt Januar dieses Jahres hat die A. D. A. für ihre Dienste, über hundert geeignete Telefoninhaber, Gastwirte, Milch-, Zigarrenhändler usw. in nächster Umgebung der Automobil-Droschkenstände, geworben, und langfristige Verträge abgeschlossen. Die A. D. A. erlangte weiter das Einverständnis der größten Kraftdroschken-Besitzervereinigung und der Leitung des ersten Großbetriebes A. B. G. in Berlin. Auch hatte die Gesellschaft mit ihren Bedingungen, ohne Wissen der Droschkenführer, die Erlaubnis der Verkehrsbehörden erhalten.

In der Mitgliederversammlung am 15. August machte unser Sektionsleiter den Kollegen Mitteilungen über das Entstehen der A. D. A. Er führte kurz folgendes aus: Ein derartiges bequemes Bestellsystem könnte unsere Fahrten und Berden gelegenheiten vermehren. Die umfangreiche Propaganda der A. D. A. würde teilweise dem ganzen Droschkengewerbe nützen, darum rate die Leitung unseren Kollegn zu, es praktisch mit dem Unternehmen zu versuchen, derartige Mißstände, mit Hilfe ihrer Leitung abzustellen.

Die sogenannten Tatsachen der A. D. A. haben aber ungeheure Misstrauen in der Gesamtheit der Kollegen erregt, diese sind, mit wenig Ausnahmen, zum Gegner dieses Praktikums ernannt worden, und weigerten sich auf Bestellung der A. D. A. zu fahren. Drastisch zeigt das folgender Brief:

Berlin-Wilmersdorf, den 9. 9. 1912.

An den Transportarbeiter-Verband!

An der Haltestelle Rankeplatz Ecke Achenbachstraße hatten wir in den letzten 3 Tagen 34 Anrufe und bei sämtlichen 34 Anrufern haben sich die Chauffeure geweigert, die Zettel abzunehmen.

Hochachtungsvoll  
Auto-Droschken-Anruf.

Unsere Kollegen setzen sich eben zu Wehr. Keiner wollte einen Groschen riskieren und einzuholen. Die Bestimmungen der A. D. A. waren in diesem Sinne nicht einwandfrei, zum Beispiel hatte der fünfte Absatz ursprünglich folgende Fassung: Der Kraftwagen führt rückerinnert die Fahrzeuge unter allen Umständen auf eigene Kosten. Die Bestellanfrage ist nur Vermitter für den Auftrag, und erkennt keinerlei Ansprüche irgende welcher Natur an, die entstehen könnten. Durch solche Klauseln schützt sich der vorsichtige Kaufmann vor drohender Haftung. Aber das Risiko tragen ist für uns keine gleichgültige Sache. Darum war das Ausinnen der A. D. A. nicht annehmbar. Verpflichtungen haben die Droschkenführer, durch überall angelegte Strafbestimmungen rechtlich geregelt. Die Erfahrung lehrt uns nicht mit Unrecht, daß in die sich frei gestaltenden Dinge zwischen A. D. A. und Droschkenführer, die Polizei in ihrem Sinne regellos, späterhin mit Strafparagraphen eingreifen wird. Auch war eine Vorschrift hinsichtlich der inneren Barriere, praktisch nicht durchführbar. Als einziges beachtenswertes Entgegenkommen bot die A. D. A. den Droschkenführern, die sie stützen wollten, den vollen Preis des Fahrypreisbetrages, wenn der Fahrgäst nach angegebener Adresse nicht ermittelt werden konnte. Erfolgslose Fahrten waren aber bei den wenigen Telefonbestellungen, die es bisher ohne Anzahl gab, seltsame Fälle. Darum legen unsere Kollegen diesem Angebot der A. D. A. wenig Wert bei. Um eine Vereinbarung in den strittigen Punkten herbei zu führen, hat die Leitung der A. D. A. in ihrer Not eine Vereinbarung von dem Gewerbebericht begehrkt. Hierzu nahm die Vertrauensleute-Versammlung am 23. September Stellung und wählte sieben Kollegen als Kommission für die Vertretung unserer Interessen. Die erste Einigungsverhandlung im Berliner Gewerbebericht fand am 30. September, unter dem Vorsteher des Herrn Magistratsrat von Schulz statt.

In der Sitzung waren erschienen, Herr Regierungsrat Dr. Berger als Vertreter des Polizeipräsidiums, Herr Hirsch und ein weiterer Vertreter für die A. D. A. Herr Direktor Rappé von der Autodroschken-Betriebsgesellschaft A. B. G. und der Vorsteher der Bezirksleiter Groß-Berlins und der Sektionsleiter, als Vertreter für die vollzählig erschienene Kommission.

Herr Magistratsrat von Schulz erblickte in dem System der A. D. A. ein Vorteil für das Droschkengewerbe. Er forderte die Varietäten zur Darstellung des Sachverhaltes auf und betonte am Schlus, daß die Droschkenführer in der A. D. A. Anlegesicherheit seinen Anteil haben dürfen, dieses müsse unter allen Umständen garantiert werden. Hieran schloß sich eine Erörterung der ganzen Materie. Im Verlauf der Diskussion gab der Herr Regierungsrat Dr. Berger folgende Erklärung ab:

Im Präsidium möchte man das Zustandekommen einer derartigen Einrichtung, weil sie für fahrlässiges Publikum, welches sich gern telefonisch Automobil-droschken bestellen will, ein Bedürfnis sei. Das Präsidium sei nicht zu haben, für die Schaffung eines Kiosksystems, auch könne die Bestellgebühr nicht durch Vorschlag an den Apparaten geregelt werden. In Bezug auf die Klassierung durch die Führer könnte er aber die Versicherung aussprechen, er halte Anklagen auf Grund des Fahrypreisüberhebungsparagraphen für ausgeschlossen. Der Vorsitzende ersuchte nun unsere Kommission, sich über die Situation im jetzigen Stadium zu beraten. Die Kommission zog sich zurück, und verständigte sich zu folgender Erklärung: Die Art der Gebührenklassierung bleibe nach wie vor als eine wesentlich unangenehme Sache für die Führer bestehen. Trotzdem sei die Kommission gewillt, weiter zu verhandeln, wir würden die Annahme in Erwägung ziehen, wenn die A. D. A. in anderen Fragen weiterschreitende Zugeständnisse macht. Die Forderungen wurden getrennt, in einzelnen Punkten beraten, und wie folgt formuliert:

1. Für nicht eingelöste vollständige Bons wird die verauslagte Gebühr von der Auktionsstelle zurückerstattet. Die Zahlfahrtbescheinigung wird vom Arbeitgeber als Zahlung angenommen. Der Wortlaut der Bescheinigung wird am Schlus abgeändert.  
2. Die Wartezeit wird auf 15 Minuten verlängert.  
3. Die Bestellung ist stets am Halteplatz, und zwar dem ersten Fahrer ohne Unterschied seines Wagentyps auszuhändigen, es sei denn, daß Geplädoschken verlangt werden.

4. Die Aufnahme von Kettameammonen in das Straßenverzeichnis soll für spätere Auflagen von der Genehmigung einer gemischten Kommission abhängig gemacht, unlautere Konkurrenz ledernfalls dabei ausgeschlossen werden.  
5. Die Vertragsdauer soll 3 Jahre nicht übersteigen.

6. Die Gebühreneinziehung bei den Anrufstellen darf nicht im voraus erfolgen.

7. Die Organisation der Anrufstellen soll verbessert, insbesondere aber diese in unmittelbarer Nähe der Haltestellen eingerichtet und die Bedürfnisse für Nachbestellungen in erhöhtem Maße berücksichtigt werden.

Der Vorsitzende bezeichnete am Schlus der Verhandlung die formulierten Grundsätze als unverbindliche Vereinbarungen, über welche unsere Kollegen freie Beschlussfassung in einer Mitgliederversammlung haben sollen, dort möchten die Arbeitnehmervertreter die Grundsätze zur Annahme empfehlen. Auch erbat er sich, nochmals eine Schlichtungsverhandlung einzuberufen, mit großem Zuhörerraum und freien Diskussion für alle Interessenten.

Die Berichterstattung geschah in der Versammlung am 10. Oktober. Der Sektionsleiter schilberte noch

mals unsere Kommissionsberatungen, weiter den Verlauf der Einigungsverhandlung, und verlas die entworfene Grundlage aus dem Gewerbeberichtspräsidium. Leider wurden die neuen Bedingungen von den gegnerischen Rednern, die in der Überzahl waren, keiner Recht gewidmet. Sie blieben bei ihrem Misstrauen. In unserer Versammlung wurden die Gegner der A. D. A. überzeugt, daß sie sich selber durch vorgefaßte Meinungen schädigen. Nachdem sie in der Diskussion selbst gesprochen hatten, mußten sie durch eigene Entwicklungen, bekannt zu geben, daß sie sich bei der Beurteilung der wichtigen Einigungsgrundsätze taub gesetzt hatten.

Bei der Abstimmung waren ungefähr ein Dutzend Kollegen für Annahme der Bedingungen.

Nach diesem negativen Resultat wurde vom Herrn Magistratsrat von Schulz die ernste Verhandlung zum 18. Oktober anberaumt. Hierzu stand eine Vorberatung der Kommission mit unseren Vertrauensleuten am 15. Oktober statt. An dieser hat wieder der Bezirksleiter Groß-Berlins teilgenommen. Derselbe ermahnte die Funktionäre recht sachlich zu urteilen. Bei dieser Einrichtung seien wir zum Beraten mit hinzugezogen. Dies bedeutet volle Anerkennung der Arbeitsfähigkeit. Über diese Tatsache müssen wir uns freuen, und die Situation ernst würdigen. Tatsächlich sei es nutzlos, wenn man sich wegen dieser Anzüglichkeit, die doch nicht die wichtige Bedeutung einer Lohnveränderung habe, die Sympathie des Berliner Gewerbeberichts verscherze. Im Falle der Ablehnung könnte den Berliner Autodroschkenführern der berechtigte Vorwurf gemacht werden, daß wegen unserer Enzüglichkeit, eine Einrichtung nicht möglich war, die einem Bedürfnis im Verkehr entspricht. Wie müßten auch die moralische Verantwortung vor der öffentlichen Meinung tragen. Aus Mangel an stichhaltigen Gründen, die eine Ablehnung rechtfertigen, bat er die Funktionäre, die Sache anzunehmen und forderte auf, den Widerstand in weiteren Kollegenkreis zu verbreiten. Einige Vertrauensmänner wißen auf die Uneinigkeit der Unternehmer in dieser Frage hin, viele Wester wären Gegner der A. D. A. Bei diesen Führern könnten unsere Kollegen keine A. D. A.-Fahrten ohne Risiko vor eigenem Schaden aussühren. Dieser Misstand würde der Ausfall zu Bänkereien am Halteplatz, wenn nicht stets der erstbestehende Kollege, die bestellte Fahrt annimmt statt oder nicht will. Darum müßten sich sämtliche Führer verpflichten, bei der täglichen Abrechnung nicht beabsichtige A. D. A.-Gebührenbons und -Quittungen über erfolglose Fahrten statt bares Geld von uns in Zahlung zu nehmen. Diese Notwendigkeit hat die Kommission anerkannt. Der Sektionsleiter bat die Funktionäre und Kollegen nach Möglichkeit nach dem Gewerbebericht zu kommen und an dieser Stelle sachlich zu sprechen.

Zu der zweiten Einigungsverhandlung waren erschienen: Als Vertreter des Polizeipräsidiums, der Leiter der Berliner Verkehrsbörse, Herr Regierungsrat Dr. Haasenau, die Teilnehmer der ersten Verhandlung, der Einflussverein der Kraftdroschken-Berliner Neukölln und Charlottenburg und die Betriebsgenossenschaft Berliner Kraftdroschken-Besitzer C. m. b. H., sowie 50 interessierte Kollegen und vier Gastwirte, die bis jetzt an den Haltestätzen viele Telefonbestellungen unentgeltlich vermittelten.

Herr Regierungsrat Dr. Haasenau gab folgende Erklärung ab: Das Polizeipräsidium hätte aus zwei Gründen ein Interesse an dem Zustandekommen der A. D. A. Einrichtung. Erstens könnte man bestimmt erwarten, daß das Berliner Kraftdroschkenverkehr besser florieren wird. Zweitens würde mit der Einrichtung einem Bequemlichkeitbedürfnis des Publikums, welches aus diesem Grunde vielmals eine Mehrung der Kraftdroschken fordere, Rechnung getragen. Würden die Führer, die durch ein zweckentsprechendes Institut telefonisch bestellte Fahrten ablehnen, so könnte diese Tatsache als Beweis dafür gelten, daß wir im Beruf vollauf beschäftigt seien und ein hohes Einkommen haben. Könnte die letzte Anzahl der Kraftdroschken den Ansprüchen des Publikums nicht zweifelsfrei genügen, so dürfte das Präsidium, nicht ohne Grund, an der Nummernsperre festhalten und müßte, durch die öffentliche Meinung gezwungen, diese für Kraftdroschken aufheben. Das Letzte sollte aber keine Trostung sein und dürfte auch von keiner Person oder Gruppe so aufgefaßt werden. Nach dieser Erklärung verschwand Herr Haasenau.

Die Vorstände der großen und kleinen Betreibervereinigungen priesen hierauf die Zahl ihrer Abhänger und ihre Reichtümer an Autodroschken. Die Rivalen lobten jeder für sich ihre Werberaft und drohten zornig mit Mitgliedsverlust. Nunmehr wurde der letzte Antrag unserer Vertreter, Leute, in dem gefordert wird, daß alle Arbeitgeber sich verpflichten, Fahrtfahrten und Bons der A. D. A. als Art von den Führern bei der täglichen Abrechnung in Zahlung zu nehmen, vom Obmann der Kommission vorgebracht. Die Notwendigkeit des Antrages wurde bewiesen durch das nun einsetzende Schauspiel. Hierach führte der Vereinsvorsteher vom Neuköllner Kraftdroschken-Betriebsverein aus: Seine Vereinsangehörigen wären gegen eine Unterstützung der A. D. A. Wenn eine derartige Einrichtung für das Publikum notwendig sei, würden die Droschkenbesitzer dieselbe unentgeltlich für die Fahrgäste ausführen, die dazu nötigen finanziellen Mittel wären gering, und die praktischen Arbeiten ließen sich leicht machen. In derselben Reihe hielten auch etliche Redner aus unserem Mitgliederkreis, desgleichen einige Gastwirte als interessierte Telefoninhaber, die zum freien Wort vom Vorstand gebeten waren. Diese Ansichten wurden von fast allen stimmberechtigten Teilnehmern, ohne Parteiunterschied, als eine Unterschätzung der Dinge erkannt, und verworfen. Für uns war die Situation unverändert. Darum war eine Beratung unsererseits überflüssig. In

einer Beziehung fand aber der Vorsitzende die Kritik von einem Kollegen beachtenswert und er mache den Vertretern der A. D. A. einen diesbezüglichen Vorschlag, um sich die Automobilfahrer für ihr Unternehmen geneigter zu machen, müßte sie uns einen prozentualen Verdienstanteil anbieten. Und die Besitzervertreter hat er, sie möchten sich hinterstellen Wänden wenigstens sowohl etwaig, daß sie beschließen, ihren Vereinsmitgliedern unseren Antrag vorzulegen. Auf dieser Basis könne die Angelegenheit endlich erledigt werden. Den stimmen die Unternehmer zu.

Am 21. Oktober fand vor dem Gewerbegericht die Unternehmersitzung statt, sie hatte Erfolg, sie erklärte sich im Prinzip mit dem System einverstanden, was in ihren Versammlungen ebenfalls beschlossen wurde. Die Vereine bildeten für diese Angelegenheit später einen geschäftsführenden Ausschuß, der noch folgende vertragliche Vereinbarungen zur A. D. A. mitteilte:

„1. Der Chauffeur erhält von den Bestellgebühren eine Provision von 20 Pf., also auf den 10 Pf.-Bestellzeitel (bei Tag) — 2 Pf., auf den 20 Pf.-Bestellzeitel (bei Nacht) — 4 Pf.“

2. Die Besitzervereine verpflichten sich, Fahrtshäfen, die von der Ausfuhrstelle auf Formularen der A. D. A. bescheinigt sind, von den Chauffeuren bei der Abrechnung in Zahlung zu nehmen.

3. Die Besitzervereine verpflichten sich, von dem Fahrgäste trotz Aussöderung nicht bezahlte Bestellzeitel bei der Abrechnung mit den Chauffeuren in Zahlung zu nehmen.

4. Zur Verrechnung der Provisionen von 20 Pf. auf die Gebührenzeitel für die Chauffeure werden je 20 Tageszeitel, bzw. je 10 Nachzeitel in von der A. D. A. dazu gelieferten Couverts mit der Adresse und Nummer des Wagenführers und der Adresse des Besitzers durch die Besitzervereine der A. D. A. zur Abrechnung eingeliefert.

5. Ferner hat der geschäftsführende Ausschuß beschlossen, zur Erledigung von etwa entstehenden Fragen, Missständen und Beschwerden zusammen mit einer gleichen Anzahl (6) von Kraftfahrscheinführern, die von Seiten des Transportarbeiterverbandes zu delegieren sind, eine Kommission zu bilden.“

Am 11. November hatten unsere Kollegen in einer Früh- und in einer Abendversammlung über das weitere Entgegenkommen der A. D. A. und der Arbeitgeber zu entscheiden. Unser Sektionsleiter besprach als Referent die Verhandlungen nach der Ablehnung der formulierten Grundsätze durch unsere Kollegen am 10. Oktober. Seitdem habe sich die Situation total verändert. Die A. D. A. wäre durch unser Betreiben ausgeschaltet. Jetzt wären wir gezwungen, die Fahrten auszuführen. Wollten wir jetzt noch auf dem ablehnenden Standpunkt beharren, da müßte die erste Frage erwogen werden, ob die Sache einen Kampf für uns wert sei. Die radikalsten seien unter uns und Gegner der A. D. A., welche sagen, dann bleiben die Wagen stehen, begehen eine gefährliche Torheit. Die Bedingungen seien für uns günstig und annehmbar. An den Bedingungen sei nicht zu deuteln. Die Vereinbarungen trügen durch die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht, und durch das Wesen der befreundeten Vertreter, ehrlichen Charakter. Ohne unser Einverständnis kann die Behörde, wenn sie ihr Amt nicht schädigen will, keine Zustimmung zu einer Änderung geben. Aus den Vereinbarungen können demnach keine neuen Verpflichtungen abgelöst werden resp. für uns entstehen. Die Unternehmer hätten sich verpflichtet, daß sie uns für jeden Schaden durch die A. D. A. Ersatz leisten. Das sei dokumentiert in dem Schreiben des geschäftsführenden Ausschusses der Unternehmervereine, aus dem die vertraglichen Vereinbarungen verlesen wurden. Wir können nun die Fahrten ohne eigenes Risiko machen, und es wäre nicht zu bestreiten, daß wir bei diesen telefonischen Bestellungen nennenswerte Vorteile genießen, die bei einem Flörieren der Einrichtung, für uns und das ganze Droschlengewerbe von Bedeutung werden. Man sollte nun mehr triftige Gründe für Ablehnung vorbringen, könnte man dies nicht, müssen wir uns entglückt damit abfinden.

In der Diskussion wurden keine wahren Mängel oder Fehler in der Wahrnehmung unserer Interessen nachgewiesen. Auch konnten die Redner keine neuen Vorschläge machen. In der Abstimmung wurden dann die Bedingungen mit kleiner Majorität angenommen. Verbandsmitglieder, die jahrelang nicht regelmäßig die Versammlungen besuchten und die Verbandszeitung nicht lesen, kennen nicht die Nächsten einer klug geleiteten Organisation. Wer träge ist und sich um seine geschäftlichen Angelegenheiten nicht kümmert, glaubt sich gar oft betrogen.

Kollegen, wenn man als aufgewecktes Mitglied der freien Gewerkschaft den Vorfall hat, daß man in Beratungen seine eigene Meinung zur Geltung bringen will, muß man damit den festen Willen verbinden, auch auf die Ausschauungen anderer Kollegen ernstlich einzugehen. Ohne den zweiten Vorfall ist die Diskussion leider nur ein unnützer Streit von Hartkämpfen. Statt dessen wollen wir gemeinsame Beratungen pflegen, wozu jedes Mitglied, aber auch die Leitung das Recht und die Pflicht hat, mit vernünftigen Vorschlägen an der Lösung aller Berufs-Organisationsfragen seinen Teil beizutragen. Sind dann aber über die Gestaltung der einzelnen Meinungen die Würfel gefallen und ist über ein beratenes Problem endgültig abgestimmt, dann muß jeder Kollege sofort sich einordnen und muß unbedingt alle Beschlüsse einmütig mit ausführen.

Bei der A. D. A.-Angelegenheit wäre es durch unbegründete Vorurteile unserer Kollegen und durch Misstrauen beinahe zu einem Konflikt zwischen Funktionären und den Mitgliedern gekommen. In einem Lohnkampfe würde ein solcher Konflikt gefährliche Verwirrung in unsere Reihen tragen, die Schlagfertigkeit

wäre gelähmt und uns selber eine schwere Niederlage bereitet.

Kollegen, geht in die Versammlungen, hört euch Belehrung und Verantwortlichkeit auf, informiert euch sachlich, dann werden die Diskussionen an den Haupträumen nicht mehr auf falschen Gerüchten basieren. Auf der Straße ist nicht faules Stroh zu dreschen, da muß vernünftig agiert werden. Die ewigen A. D. A.-Debatten müssen für uns Schule sein. Hoffentlich haben wir davon noch einen Nutzen.

## Die Kinderarbeit im Transportgewerbe.

Nach den Berichten der preußischen Fabrik- und Gewerbeinspektion ist im Laufe der letzten Jahre die Ausbeutung der Kinder nicht besonders geiligen. Es wurden im Jahre 1902: 1060 arbeitende Knaben resp. 694 Mädchen unter 14 Jahren von Beamten ermittelt.

## Die heilige Allianz der Völker.

Von Pierre Jean de Beranger.

Ich sah den Frieden jüngst herniedersteigen,  
er streute Blumen rings und lichtes Gold;  
in allen Tälern schlief ein holdes Schweigen,  
wo eben noch des Krieges Sturm gerollt.

„Erwacht!“ so sang's von seinem Höhernmunde,  
„erwacht vom Ebro zu der Wolga Strand!  
Schließt eure Reih'n zum großen Völkerbunde,  
reicht euch die Bruderhand!“

Was gilt das Volk im Schreckenstampf der Kronen?

Was gilt das Volk im Loben der Gewalt!

Berrat und Chruscht schlachten Millionen,

und keine Männerlippe donnert Halt!

Ihr tauscht ein Hoch, verkauft wie felle Hunde,

stummi mit dem andern, ohne Widerstand!

Schließt eure Reih'n zum großen Völkerbunde,

reicht euch die Bruderhand!

Hessen, Russen, Italiener, Briten,  
erwacht, es naht die große Stunde nun!  
Ihr Söhne Deutschlands habt genug gestritten,  
und ihr, Franzosen, laßt die Schwerter ruh'ul!  
Ihr alle blutet an derselben Wundel  
Zerbrecht die dumpfe Rente, die euch bannt!  
Schäßt eure Reih'n zum großen Völkerbunde,  
reicht euch die Bruderhand!

Ruhm jedem Edlen, der die Freiheitsfahne  
im Dienst des Friedens segensvoll erhebt!  
Eod dem Eroberer, der im Fieberwahne,  
was Gott gelehrt, zu zerren strebt!  
Stürzt ihn hinab zum tiefsten Höllenschlunde,  
werk seine Burgen prasselnd in den Sand!  
Schäßt eure Reih'n zum großen Völkerbunde,  
reicht euch die Bruderhand!

Ihr saht so oft den Abendhimml glänzen,  
gemalt von eurer Hütten düsterer Glut —  
blind rast der Mord, und rings an euren Grenzen  
ist keine Ahre rein von Menschenblut.  
Des Wahnsuns Sklaven bis auf diese Stunde,  
trugt ihr Verwüstung in der Brüder Land:  
Schäßt eure Reih'n zum großen Völkerbunde,  
reicht euch die Bruderhand!

Holt zu der Auferstehung Morgenseiter

ertöne des Gesetzes Melodie!

Baut eure Fluren bei dem Klang der Leier,

fronium an der Hand der Liebe ernkt sie.

Im Licht des Friedens heißt die letzte Wunde,

zum Himmel wird der Erde stilles Land;

Schäßt eure Reih'n zum großen Bruderbunde,

reicht euch die Bruderhand!

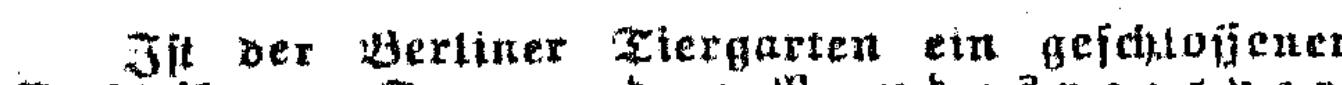
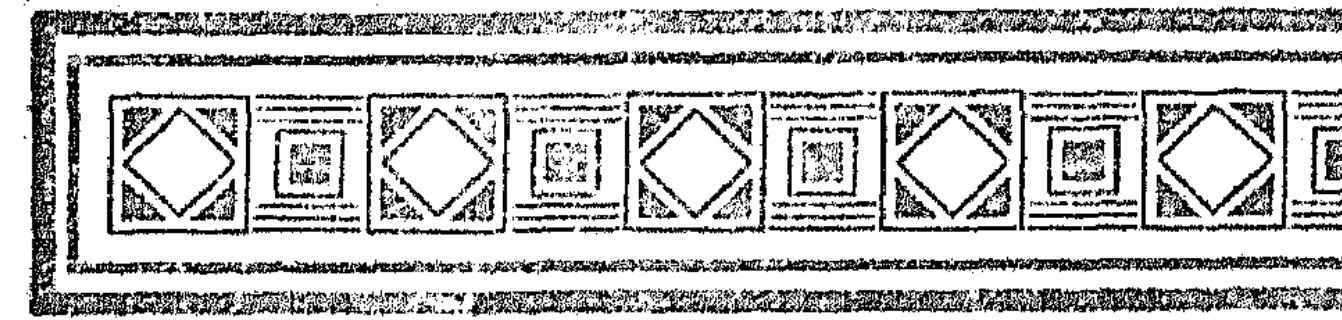
Im Jahre 1911 wurden 1900 Knaben und 102 Mädchen als erwerbstätig festgestellt. Mit Rücksicht auf die Vermehrung der zu inspizierenden Betriebe und die Gesamtzahl der Arbeiter und Arbeiterinnen, sind die über den Umfang der Beschäftigung kindlicher Arbeitskräfte mitgeteilten amtlichen Zahlen nicht hoch zu nennen, wenn sie nur in Wirtschaften den Umfang der Kinderarbeit darstellen. Aus den Gewerbeinspektionsberichten geht nämlich hervor, daß die Unternehmer immer solch ein Hintertürchen haben, wo sie zu jeder Zeit wieder durchschlüpfen können, denn die lautshularische Fassung der auf den Kinderschutz bezüglichen Gesetzesparagrafen läßt in jeder Weise Türen offen. Ja, die Unternehmer haben sogar die Dreistigkeit, die Verantwortung für die Kinderbeschäftigung auf die Eltern und Vormünder abzuwälzen. Nach der amtlichen Betriebs- und Arbeitsstatistik wurden 1911 im Regierungsbezirk Posen keine Kinder unter 14 Jahren beschäftigt. Tatsächlich war das Gegenteil der Fall, wie aus den Inspektionsberichten hervorgeht. Die Eltern oder deren Vertreter ließen sich die Arbeitsaufträge geben; die Unternehmer übersehen aber abschlußlich die Mitarbeiter der Kinder, um mit dem Kinderschutzbüro nicht in

Konflikt zu kommen. Obgleich es den Aussichtsbeamten nicht möglich ist, alle Betriebe genau zu kontrollieren, stellt doch schon die mangelhafte Inspektion eine bedeutende Zahl Nebentreibungen des Kinderschutzbüros fest. Einige recht drastische Fälle sollen angeführt werden. Im Regierungsbezirk Potsdam wurden Kinder gesetzwidrig beim Entfernen des grünenloches in einer Glasbüttel angetroffen. Im Bezirk Königsberg wurden Schulkindern zum Kleinen eines Dampfkessels verwandt. Das Dampfkesselskreisen (Kloppe) ist eine ebenso beschwerliche wie gesundheitsschädigende Arbeit und es spricht Bände für die Unzulänglichkeit unseres Kinderschutzbüros, daß Kindern eine soche Schnellere aufgehalten werden konnte. Im Bezirk Königsberg sind zwei Ziegelmischer und der Besitzer der elektrischen Glühlampenfabrik mit ganzen 19 M. bestraft worden, weil sie in ihren Betrieben Kinder beschäftigt haben, darunter solche von 6 bis 9 Jahren. Daraufweise könnte man Orte anführen, wo in der schmalenste Weise die Kinder ausgebaut werden; alles Fälle, die in Fabriken vorkommen sind. Aber diesen Kindern, die für Betriebsempfehlungen verwandt werden, sind von unseren Aussichtsbeamten noch gar nicht berücksichtigt worden. Abgesehen von den Kindern, die mit großen Papierhüten beladen gehen, um Bestellungen zu befüllen. Wir können oft beobachten, daß Kinder im Alter von 12 Jahren schwer beladene Handwagen zu schieben haben, Handwagen, wo oft Burschen von 16 bis 18 Jahren ihre Mutter haben, diese weiter zu befördern. Hier wird die Ausbeutung Engross betrieben und ein schönes Proft steht sich der Unternehmer in die Tasche. Es liegt ja klar auf der Hand, werden 14- bis 18jährige junge Leute angestellt, so muß der Unternehmer doch so viel Lohn bezahlen, daß die Betreibenden halbwegs davon leben können. So ist doch der Mindestlohn 15 M. pro Woche; wird aber ein Schulkind angestellt, so bekommt dieses einen Monatslohn von 6 bis 15 M. Und dieses Kind muß dann in ein paar Stunden das fertig machen, was ein Jugendlicher in einem Tag verrichtet. Es ist doch selbstverständlich, die Arbeit muß fertig werden, ob so oder so. Daher kommt es auch, daß die Kinder in den meisten Fällen länger als drei Stunden arbeiten müssen, sie also erst spät nach Hause kommen. Den auf diese Weise eroberten Profit steckt der Unternehmer schmuckstück in die Tasche. Er freut sich, daß unser jämmerliches Kinderschutzbüro ihm auf ein paar Jahre hinaus so billige Arbeitskräfte verschafft hat. Schwer, sehr schwer ist es aber für die Kinderschutzbüro, unter solchen Umständen nutzbringend zu arbeiten. Wir wissen, daß die Eltern mit jedem Groschen rechnen müssen, ja daß sie sich schon darauf freuen, wenn der Monat um ist, um etwas zur Miete zu haben oder ein Kleidungsstück dafür anzuschaffen. Ob die Eltern auch die Tragweite dieser Ausbeutung sich vor Augen führen? Ob die Eltern es wirklich wissen, wie die Unternehmer mit der Gesundheit ihrer Kinder spielen? Las diese Armen, denen man doch so wenig Schutz angedeihen läßt, in der Blüte ihrer Jahre dem Siechum anheimfallen, ist kein Wunder. Tatsache ist, daß die meisten Eltern es nie zu sehen bekommen, wie unverschämt oft die Kinder mit Arbeit überlastet werden. Darum ist es wohl zu verstehen, wenn die Eltern diese Ausbeutung ihrer Kinder zulassen. Eltern sowie Unternehmer verbreiten den Kindern, den Überwachungskommissionen Rede und Antwort zu stehen. Es kommt sogar vor, daß Kinder falsche Namen und Adressen angeben. Wie kann hier Abhilfe geschafft werden? Vor allen Dingen gilt es, mehr Aufklärung unter die Massen über die Kinderarbeit zu bringen. Unsere Kinderschutzbüros haben ja schon viel geleistet; aber wenn man sieht, wie die Ausbeutung der Kinder vor allem im Transportgewerbe vor sich geht, so muß man zu dem Schluß kommen, daß noch viel mehr wie bisher Aufklärung unter die Arbeiterschaft gebracht werden muß. Unser Verband muß mehr denn je sein Augenmerk auf die Kinderarbeit richten. Aber auch die Handlungsgesellschaften können hier viel tun, denn was die Mitglieder der Kinderschutzbüro nicht feststellen können, nämlich wann und wo die Kinder beschäftigt werden, former Name und Wohnung des Kindes, alles das können doch mit Leichtigkeit die Handlungsgesellschaften feststellen und das Material der Kommission übermitteln, — da wäre schon sehr viel geholfen. Wie mancher Weg muß doch vergebens gemacht werden, wenn die Kinder jede Auskunft verweigern. Wieviel Verdruß und unheilsame Erörterungen könnten dadurch erwartet bleiben. Auch den Männern der Kinder zum Zeitungsaustauschen sollte energisch ein Damm gesetzt werden. Wie oft muß man sich die Frage vorlegen: Haben die Männer die Tragweite dieser Arbeit schon einmal erwogen? Haben sie schon darauf geachtet, wie schwer und anstrengend es doch für die Kinder ist, treppauf, treppab zu sitzen, wenn sie des Morgens früh aus den warmen Betten heraus müssen, egal, ob es regnet oder schneit, oder ob bittere Kälte ist. Aber auch sehr oft haben die Kinder noch nicht einmal ein warmes Frühstück genossen. Erhielt, oft durchgeregt und ermittel, ist das Kind nicht immer in der Lage, etwas zu essen, auch dann nicht, wenn es etwas hat. Dieses kommt sehr oft bei frischen Kindern vor. Bei Regenwetter ist das Kind nicht immer in der Lage, seinzeug zu wechseln, und so muß es nüchtern und durchgeregt zur Schule. Hier kommt es aber in einem überheissen Raum, angefüllt von schlechter Luft, denn unsere Schulräume fassen in den meisten Schulen 60 Kinder und darüber in einer Klasse. Von jedem Kind sind stunden Ausdünstungen aus. Ist es da nicht erstaunlich, wenn diese müde geheilten Kinder vor Erhaltung einschlafen? Es ist kein Wunder, daß diese Kinder in den Schülernüissen zurückbleiben. Oft wundern sich die Eltern, daß ihre Kinder nicht versucht werden. Sie sehen aber nicht, daß diese kleinen Männer nicht so viel Kraft besitzen, die an sie gestellten Anforderungen zu bewältigen. Wir haben arbeiten müssen und unsere Kinder sollen auch arbeiten — be-

kommt man so oft zu hören. Aber es wird nicht bedacht, daß wir früher in ganz anderen Verhältnissen lebten als heute. Jeder klassenbewußte Arbeiter und jede Arbeiterin sollte bedacht sein, ihre Kinder so viel wie möglich zu schonen, um eine gesunde Nachkommenschaft zu erziehen. Es soll den Kindern Zeit gelassen werden, um sich zu bilden, aber auch um sich in der frischen Luft zu tummeln. Darum wäre es wohl nicht zu viel verlangt, wenn es sich unsere Kollegenschaft zur Ausgabe machen würde, ein strenges Augenmerk auf das Muthmachen der Kinder zum Zeitungsausstragen zu richten. Selbst in den Orten, wo das Zeitungsausstragen des Abends vor sich geht; vor allen Dingen in Parteigeschäften. Wenn auch die Kinder von 5 bis

8 Uhr beschäftigt werden können, so sollte es der Agitation halber nicht geschehen. Wenn keine Kinder mitgenommen werden, unterstützen die Kolleginnen die Kinderschutzkommission. Wenn wir bei Zeitungsausträgerinnen gegnerischer Zeitungen anlopfen, bekommen wir oft zu hören: „Was wollt ihr denn? — eure eigene Zeitungsfrauen nehmen ja selbst Kinder mit; erst sorgt dafür, daß diese die Kinder zu Hause lassen, dann kommt zu uns.“ Das ist wohl berechtigt. Wir wissen ganz gut, daß 12- bis 14jährigen Kindern, wenn sie des Abends 1 bis 2 Stunden Zeitungen austragen, es ihnen nicht viel schadet; aber es werden auch 6—11jährige dazu verwandt. Diejenen fällt das Treppensteinen sicherlich schwer. Wollen wir den armen

Kindernt helfen, so müssen wir dazu übergehen, in unseren Betrieben die Kinderarbeit streng zu vermeiden, und nehmen wir so den Zeitungsfrauen gegnerischer Blätter eine Waffe aus den Händen. Es wäre wohl zu erwarten, daß nach dieser Mahnung nicht nur die Kolleginnen, sondern auch die Verwaltungen streng darauf achten, daß die Kinderarbeit bei dem Zeitungsausdragen ganz verschwindet, daß aber auch mehr denn je auf die Kinder, die zu Vorträgen verwandt werden, gesehen wird; hauptsächlich jetzt in der Weihnachtszeit, wo die Überanstrengung der Kleinen am schlimmsten ist. Ein starkes, frohes, gesundes Geschlecht zu schaffen, das muß Aufgabe jedes denkenden und fühlenden Menschen sein.



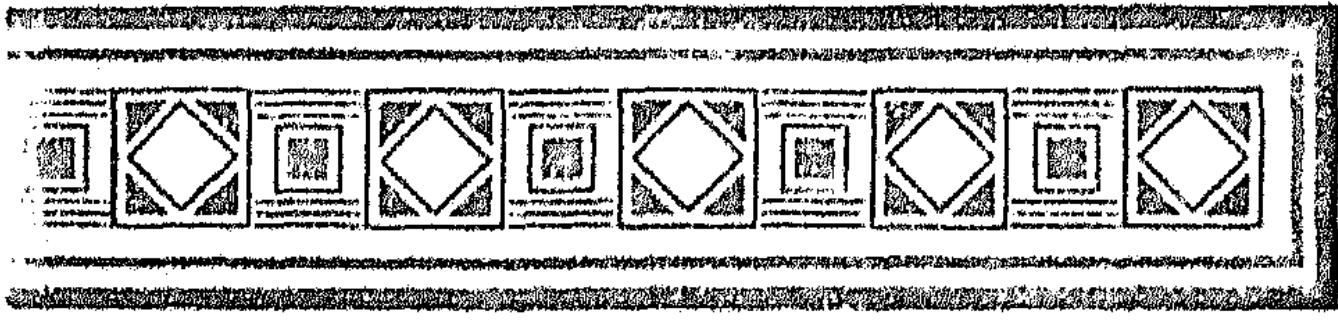
Ist der Berliner Tiergarten ein geschlossener  
Ortsteil im Sinne der Bundesstrassever-  
ordnung über den Verkehr mit Straf-  
fahrzeugen? Ein Strafdrohschkenführer ist wegen  
Übertretung der auf Grund des § 18 der Bundes-  
strasseverordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen  
vom 3. Februar 1910 erlassenen Bekanntmachung des  
Polizeipräsidenten zu Berlin vom 31. März 1910  
gemäß § 21 Gesetz über den Verkehr mit Kraftfahr-  
zeugen bestraft, weil er mit seinem Straßwagen auf  
der Charlottenburger Chaussee zwischen dem großen  
und kleinen Stern mit einer Stundengeschwindigkeit  
nichts als 30 Kilometer gefahren ist. Seine Revision  
ist zurückgewiesen. Das Kammgericht ist dem Land-  
gericht darin beigetreten, daß der Tiergarten als ge-  
schlossener Ortsteil anzusehen ist. Für den Fall ift  
eines solchen ist ebenso wie für den einer geschlosse-  
nen Ortschaft der äußere Gesamtblick entscheidend.  
Die Bebauung muß einen gewissen Zusammenhang  
zeigen und die Oertlichkeit sich erkennbar gegen die  
Umgebung abgrenzen, z. B. durch Anlegung von  
Wärtersteigen oder Belichtung. Es ist aber nicht  
unbedingt erforderlich, daß alle diese Umstände zu-  
sammentreffen; es genügt, daß in irgendeiner Weise  
die betreffende Oertlichkeit sich erkennbar vom freien  
Feld abhebt. Ob dies der Fall, ist im wesentlichen  
Frage. Daß die Strafammer die Grundsätze  
verkannt hätte, ist nicht ersichtlich. Insbesondere hat  
sie mit Recht Gewicht darauf gelegt, daß die Char-  
lottenburger Chaussee ebenso wie die Straßen der  
Stadt asphaltiert, beleuchtet und mit Straßenbahn-  
schiene versehen ist. Auch die Annahme, daß der  
Tiergarten mit Rücksicht auf seine Ausdehnung im  
Verhältnis zu den ihn von allen Seiten umgebenden  
Häusernassen sich als ein einen Teil der Stadt bil-  
denden Park darstellt, läßt jedenfalls einen Rechts-  
irrtum nicht erkennen. Durch die den Tiergarten von  
allen Seiten einschließenden Straßen wird auch natur-  
gemäß ein höherer Verkehr von Menschen und Fuhr-  
werken durch den Tiergarten veranlaßt, und es trifft  
deshalb der für den Gelehrte maßgebende Grund  
zur Festsetzung einer Höchstgeschwindigkeit zu, näm-  
lich der Gefährdung der den Tiergarten kreuzenden  
Personen zu begegnen.

Kraftdroschen in Magdeburg. In Magdeburg laufen jetzt 40 Droschen, und zwar 10 Opel, 7 Dürkopp, 5 Adler, 4 Benz, 3 Horch, 3 Brennabor, 2 Renault, 2 N. V. G., 1 Brüssel, 1 Windhoff, 1 Audi, 1 Schätz.

Der Chauffeur und der Hund des Kommerzienrats. Der Chauffeur Himmlein war am Schöffengericht Nürnberg im Namen Seiner Majestät des Königs zu 35 Pf. Geldstrafe oder sieben Tagen Haft und in die Kosten verurteilt worden. Der Chauffeur wollte indessen weder die Geldstrafe bezahlen, noch sich einsperren lassen, zumal der Mann bis hente, trotz seines gefährlichen und von der Polizei mit Argusaugen bewachten Berufes, noch nicht vorbestraft ist. Der Chauffeur legte also Berufung zum Landgericht ein. Das Landgericht hatte sich nunmehr einen geschlagenen Vormittag mit dieser Sache, in der bis jetzt

einige Schuhleute, ein Amtsanwalt, ein Amtsrichter, zwei Schöffen, zwei Gerichtsschreiber, ein Staatsanwalt, ein Landgerichtsdirektor, vier Landgerichtsräte, ein Rechtsanwalt, ein Kommerzienrat, ein Sachverständiger und mehrere Zeugen agierten, zu besessen. Und davon ist lediglich ein 3½ Monate alter Kommer-

zienratshund schuld. Da diesem Hunde, wie oben ange deutet, nun einmal schon so viel Interesse gewidmet wurde, geht es uns auf einige Druckerschwärze auch nicht mehr zusammen, schon deswegen nicht, um auch unsererseits zu zeigen, welche Bedeutung solch einem fgl. bayerischen Kommerzienrats hund bekommt. Im Urteil des Schöffen gerichts war „festgestellt“, daß der Chauffeur am 7. März 1912 die Bahnhofstraße mit einem „20 Kilometer in der Stunde erheblich über schreitenden Tempo“ fuhr. Dann heißt es: „Ungefähr in der Mitte der Fahrbahn vor dem Hause des Herrn Kommerzienrats Tuchmann, Bahnhofstraße 23 hier, stand ein kleiner, Herrn Tuchmann gehöriger Hund im Werte von zirka 55 M., den Herr Tuchmann anlockte und der langsam gegen das in der Fahrtrichtung befindliche Haus ging. Obwohl der Angeklagte schon auf eine Entfernung von mindestens 50 Metern den kleinen, unbeholfenen (wie gefühlvoll und rührend sich doch unsere allt. hoff. bayerischen Richter auszudrücken) her



mogen!), erst circa 3½ Monate alten Hund ließ  
migte und ihn nach eigenem Eingeständnis auch sah  
hielt er nicht an, sondern fuhr mit unvermindertem  
Tempo auf der Mitte der Fahrbahn weiter, so daß der  
Hund von einem nicht mehr feststellbaren Teile des  
Straßwagens erfaßt und derartig heftig auf das  
Straßenpflaster geschleudert wurde, daß er sich mehr  
mals überstülpt und schwer verletzt liegen blieb.  
Runtisch, ohne Reue und ohne das geringste Bedauern

mit dem Toten am Steuer mehrere Kilometer zurückgelegt.



Steinway Der Angestellte des Brauerarbeiter-Verbandes in Oberschlesien bringt in der Verbandszeitung einen Gegenartikel über die Sonntagsruhe der Bierfahrer, die durch den Transportarbeiter-Verband errungen worden ist. Dieser Artikel strotzt nur so von Unwahrheiten und schlägt der Wahrheit direkt ins Gesicht. Ja, Unger geht sogar soweit, Dinge zu behaupten, von denen er selbst überzeugt ist, daß sie nicht wahr sind. Unger bestreitet, daß unser Verband oder Kollege Trappe etwas zur Erringung der Sonntagsruhe beigebracht habe. Er behauptet dreist, die Unternehmer hätten ganz von selbst angeordnet, daß von jetzt ab bis auf weiteres das Fahren an den Sonn- und Feiertagen einzustellen sei. Er spricht auch davon, Trappe sei in der Versammlung als Lust behandelt worden, die Kollegen Bierfahrer aber seien ohne Widerspruch herabgewürdigt worden. Unger stellt die Sonntagsruhe der Fahrer nun so hin, daß nur die Kollegen Fahrer an den Sonn- und Feiertagen arbeiten müssen, nachdem sie Wagen und Geschirr besorgt haben, ohne daß für Bezahlung zu erhalten. Er erzählt dann noch etwas von Abzug von 50 Pf. und von Hastrunk.

Hierzu sei folgendes bemerkt: In der betreffenden Versammlung, auf die Unger anspielet, und an der unter anderem Herr Brauereibesitzer Globel und Herr Bierverleger Fröhlich teilnahmen, hielet Trappe das einleitende Referat. In der Diskussion ergriffen Herr Globel und Herr Fröhlich das Wort. Sie erklärten sich einverstanden, in den Wintermonaten das Fahren einzustellen.. Es wurde hierauf noch eine Sitzung abberamit und der Verbandsvertreter beauftragt, die Einladungen zu besorgen. Dass Trappe als Lust behandelt worden wäre, ebenso von einer Herabwürdigung der Bierfahrer durch die Unternehmer, hat niemand bemerkt. Aber man kann es anmerken, daß der Wunsch des Schreibers der Bater des Gedankens ist. Dass Trappe nicht vorgelassen wurde, ist ebenfalls unwahr. Im Gegenteil: Er hat mit Herrn Fröhlich konseriert und die Erklärung erhalten, daß schon vom nächsten Sonntag (8. Oktober) das Ausfahren nach dem Beschlusse der Versammlung eingestellt werde. Wenn aber Unger sagt, daß die Kollegen Fahrer an Sonn- und Feiertagen andere Arbeiten verrichten müssen und daß sie noch Abzüge erhalten, so ist das einfach nicht wahr. Sämtliche Bierfahrer (außer bei Globel) haben — falls sie nicht Dujour haben — nur Pferde und Wagen zu besorgen und verlassen um 8 oder  $\frac{1}{2}$  9 Uhr den Hof; sie haben auch keine Abzüge, erhalten auch so wie vorher ihr Bier. Alle diese Kollegen — zirka 35 Mann — sind mit dieser Sonntagsruhe sehr zufrieden. Bei Globel ist es allerdings vorgekommen, daß einige Fahrer Sonntags vormittags vor 9 Uhr mit anderen Arbeiten beschäftigt wurden, um 9 Uhr hatten aber auch sie frei. Herr Globel hat auch entgegen dem Versprechen, keine Abzüge zu machen, den Fahrern 40 Pf. Biermarken entzogen. Als der Verbandsvertreter wegen dieser Missstände vorsprach, erklärte Herr Globel, dem Wunsche des Vertreters Rechnung tragen zu wollen.

**Stuttgart.** Die beiden von der Staatsstraße Nr. 100, Stuttgart—Leonberg, zur Teilgemeinde Gollstüde führenden Zubahrtstraßen (Alleen) dürfen mit Kraftfahrzeugen nur mit einer Höchstgeschwindigkeit von 15 Kilometern in der

Die Leiche am Steiter. Auf der schier schnur geraden Straße zwischen Bilbao und Algorta zog, wie französische Blätter berichten, am letzten Sonntag in scharfer Fahrt ein Automobil dahin. Ein Chauffeur neben dem ein Mechanikerlehrling saß, steuerte den Wagen, der noch außerdem drei Fahrgäste beförderte. Dem Lehrling fiel schon seit einer geraumten Weile die starre Haltung des Chauffeurs auf, und als der Wagen einer Lehre nahte, bemerkte er, daß dessen Führer sich auch nicht rührte, um zu wenden. Mit raschem Griffe fasste der junge Bursche das Lenkrad und verhütete den drohenden Unfall, indem er gleichzeitig den Chauffeur anrief, dessen Hände das Lenkrad fest umklammerten; dieser gab keine Antwort, und sein Begleiter mußte mit Entsetzen bemerken, daß das Automobil von einer Leiche geführt wurde. Der Chauffeur war infolge eines Herzschlages verschieden, ohne die geringste Bewegung zu machen, und der Wagen hatt

Unger schreibt dann weiter: Unter den Kollegen habe eine kolossale Erbitterung Platz gegriffen. Am letzten Sonntag verlangten „viele“ stürmisch (1) wieder zu fahren. Die „Vielen“, die wieder fahren wollten, sind zusätzlich wieder bei Globel. Herr Globel sagte selbst, daß ein Kutscher am Sonntag wieder fahren möchte, und zwar der leeren Flaschen wegen, die er am Sonnabend nicht so einbekommen kann. Ein anderer Globellkutscher erklärte: Wenn er nicht den ganzen Sonntag frei habe, will er lieber wie vorher bis nachmittags 4 Uhr fahren. Die unzufriedenen Faherer, die so verbittert sind, die stürmisch (1) verlangten, wieder zu fahren, sind komischer Weise in der Globel-Brauerei, in derselben Brauerei, in dem Herr Unger einige Mitglieder hat. — Unger schließt seine Lügenepistel so: „Das kommt davon, wenn man „Erfolge“ erzielen will, ohne Mitglieder zu haben.“ Hier hat Unger wissenschaftlich die Unwahrheit behauptet. Hat er doch schon mehr wie einmal mit einigen der Kollegen gesprochen, von denen er hoffte, daß sie unsere Verbandsmitglieder sind.

Über trocken! Nur frisch darauf los, es bleibt doch etwas daran hängen.

Um Sonntag, den 24. November fand auch eine Biersährerversammlung statt. Zu dieser war auch Genosse Hörsing eingeladen und auch erschienen. Die Versammlung nahm ebenfalls Stellung zu dem Artikel in der Verbandszeitung. Die Kollegen wiesen die Verdächtigungen entrüstet zurück. Sie waren sich bewußt, daß hier von Seiten des Bräuerarbeiterverbandes Unfrieden hineingebracht werden, damit die Sonntagsruhe wieder zu Bruch gehen soll. Die Kollegen verpflichteten sich, mit allen Mitteln dafür zu wirken, daß das Ereignis auch erhalten bleibt. Genosse Hörsing ließ 2 Hauptfragen stellen: 1. Ist das Einstellen des Fahrens an den Sonn- und Feiertagen ohne das Zutun des Transportarbeiterverbandes resp. dessen Vertreters zu stande gekommen? 2. Sehen die Kollegen diese Sonntagsruhe als einen Fortschritt an? — Die Kollegen erklärten durchweg, daß nur durch das Eingreifen des Verbandes resp. des Verbandsvertreters das Einstellen des Sonntagsfahrens erzielt worden sei. Sie erkannten diesen Erfolg weiter als großen Fortschritt an. Ja, die Kollegen gingen so weit, zu erklären Selbst dann ist diese Sonntagsruhe noch als großer Fortschritt zu betrachten, wenn einige andere Arbeitern gemacht werden müssen, oder wenn 40 Pf. auf Biermarken nicht gezahlt würden. Wenn die Kollegen sonst gescheitert sind, war vor 3 Uhr nachmittags an keine Ruhe zu denken; ehe die Kollegen zu Hause kamen, war es Abend und der Sonntag vorbei. Das ist heute anders. Heute kann sich jeder Biersährer von vormittags 9 Uhr seinen Sonntag einrichten, wie er will. Die Kollegen sind also mit dem Erfolge des Transportarbeiterverbandes sehr zufrieden und sind nicht gewillt, den Lodraten das Kluger zum Bräuerarbeiterverband abzuschwören, zu folgen. Im Gegenteil: Jetzt werden sie erst recht dafür sorgen, auch den letzten Biersährer der Sektion der Biersährer im Transportarbeiterverband einzuführen.

Königshütte. Tarifvertragserneuerung mit der Firma Kaiser. Am 28. November 1910 war es, wo wir mit dieser Firma den ersten Tarif abschlossen. Da dieser am 31. Dezember b. J. abläuft, beschlossen die Kollegen, denselben zu kündigen und einen neuen Tarif abzuschließen, der den Kollegen wieder einige Vorteile bringen sollte. Das ist auch vollständig gelungen. Die Kollegen erhalten vom 1. Januar 1913 statt 23 Mt. 24 Mt. Aufgangslohn. Gänzliche zur Zeit dort beschäftigten Putzer erhalten bei Inkrafttreten des neuen Tarifes sofort 1 Mt. Zulage. Der Höchstlohn ist von 25 Mt. auf 28 Mt. festgesetzt worden. Ruhilfssputzer erhalten statt 4 Mt. 4,50 Mt. pro Tag. Von April 1914 bis zum 31. September 1914 wird die Arbeitszeit eine halbe Stunde verkürzt. Der Urlaub ist um einen Tag verlängert worden.

Unbei einige Hauptbestimmungen des Tarifvertrags: Der Aufgangslohn für Putzer beträgt 24 Mt., halbjährlich steigend um 50 Pf. pro Woche bis zum Höchstlohn von 28 Mt. ohne Abzug. Die zur Zeit im Betriebe beschäftigten Putzer erhalten sofort eine Zulage von 1 Mt. Ruhilfssputzer erhalten pro Tag 4,50 Mt. Putzer, welche den ganzen Tag auswärts beschäftigt sind, erhalten außer dem Bahngeld 50 Pf. Extraentschädigung. Für Wascharbeiten, welche am Tage ausgeführt werden, wird 50 p.C. Zuschlag bezahlt.

Die Arbeitszeit beginnt vom 1. April 1913 bis 30. September 1913 um 6 Uhr morgens und endet um 5½ Uhr abends. Von 1. April bis 30. September 1914 endet die Arbeitszeit um 5 Uhr abends. In diese Zeit fallen 2 Stunden Essenspause.

Die Arbeitszeit vom 1. Oktober bis 31. März beginnt um 6½ Uhr morgens und endet abends um 5 Uhr. In diese Zeit fallen 1½ Stunden Essenspause. Von 1. April bis 30. September wird an den Sonntagen die Arbeit um 5 Uhr beendet.

Überstunden dürfen nur in dringenden Fällen geleistet werden und ist die Stunde mit 60 Pf. zu bezahlen. Als Überstunden gilt die Zeit von 6—9 Uhr abends. Nacharbeit soll ebenfalls nur in dringenden Fällen geleistet werden und ist die Stunde mit 1 Mt. zu bezahlen. Als Nacharbeit gilt die Zeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr früh. Für Wascharbeiten wird ein Zuschlag von 50 p.C. bezahlt. Scheibenreinischen während der Arbeitszeit wird als Überstunden berechnet und bezahlt.

Die Putzer erhalten nach 1jähriger Tätigkeit im Betriebe 1 Tag, nach 2jähriger 3 Tage und nach 3-jähriger Tätigkeit 4 Tage Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes.

Dieser Tarif gilt vom 1. Januar 1913 und endet am 31. Dezember 1914.

Die Kollegen können jedoch mit dem Abschluß dieses Tarifvertrages zufrieden sein. Der Abschluß ging aber durchaus nicht so schnell wie die Kollegen vielleicht glauben mögen. Herr Kaiser machte verschiedene Einwendungen, in betreff der Qualität und Leistungen der Putzer. Die Kollegen werden deshalb ihre Pflicht voll und ganz tun und den Tarif nach jeder Richtung hin einhalten. So wie wir darauf bestehen, daß der Unternehmer seinen Verpflichtungen nachkommt, müssen auch die Kollegen ihre Pflicht in jeder Weise erfüllen.



Berlin. Missionare im St. d. W. Die gelben Handelsvereinten im Kaufhaus des Westensees alle Hebel in Bewegung, um dem durch Mitgliederdruck und im Absterben begriffenen Hausverein vor einem schmählichen Zusammenbruch zu retten.

Um diesem Todesstandarten neues Leben einzuflößen, zieht der Obergelbe Krusche "mit Erlaubnis?" von Filiale zu Filiale auf den Gimpelgang, um ungewisse Kollegen für dieses nutzlose Vereinchen einzutragen.

Im Hause besorgt der Inspektor Schieler die Agitation! Er versucht mit allen Mitteln, die neu eintretenden — ob zur Ruhilfe oder fest — unter Verprechungen von Dauerstellung und sonstigen Vergünstigungen in den Verein zu zwängen. Sämtliche Beitragszahler des Vereins werden nach dem Inspektionsbüro befohlen, wo sie mit hochwichtiger Miene an ihre Beitragspflicht eindringlich erinnert werden.

Das Auffällige in dieser Angelegenheit ist, daß jede Agitation im Hause von der Geschäftsleitung verboten ist, auch wir würden uns diese Ansicht zu eigen machen, wenn wir nicht wählen, daß von Seiten der Vereinsmitglieder eine geradezu müste Agitation betrieben, und wenn nicht alles trügt, auch

### Die Cenierung!

Die andauernde Fleischnot hat die Aufmerksamkeit von der Entwicklung der Preise anderer wichtiger Lebensmittel etwas abgelenkt. Wohl sind die Gemüsepreise wieder auf einen normalen Stand gefallen; dagegen aber wurden andere Lebensmittel wieder erhöht in teurer Nach dem Durchschnitt von 50 preußischen Städten kostete nämlich im Oktober:

	1910	1912	Steigerung
Weizenmehl, 100 kg. Mt.	24,6	81,9	8,8
Roggen, 100 kg. Mt.	21,8	25,8	4,5
Weißbrot (Semmel) 1 kg. Pf.	52,2	53,4	1,2
Roggengroßbrot : 1 "	2,8	29,7	—
Schweineschmalz : 1 "	183,3	199,3	16,0
Reis : 1 "	46,9	50,9	4,0
Backobst gem. : 1 "	98,8	114,8	16,0
Kaffee, ungebrannt 1 "	218,5	265,4	46,9
gebrannt 1 "	262,2	322,8	60,6

Für je ein Kilogramm Graubrot, Weißbrot, Schweineschmalz, Reis, Backobst und gebranntem Kaffee nutzen in diesem Jahre 97,7 Pf. mehr bezahlt werden als im Oktober 1911. Erst wenn man diese Versteuerung mit berücksichtigt, kommt man zu einer richtigen Würdigung der Fleischnot. Die aufgeführten Lebensmittel werden, was nicht vergessen werden darf, ausnahmslos durch unsere glorreiche Boll- und Steuerpolitik verteuert!

erlaubt wird, oder ist der Geschäftsleitung von diesem Treiben nichts bekannt?

Des weiteren wird auch gestagt über die in einem Kellerwoinkel untergebrachte Dienergarderobe. Die erforderlichen verschleißbaren Schränke fehlen gänzlich, so daß in letzter Zeit wiederholt den Dienern gehörende Transportkleidungsstücke gestohlen wurden; die Entschädigung soll unter Entlassungsdrohung abgelehnt werden.

Wir erläutern uns hierdurch die höfliche Anfrage, ob die Geschäftsleitung von diesen Dingen unterrichtet ist? Wir hoffen, daß die Bearbeitung dieser Anfragen eine genügende Klarheit bringen wird.

Die Einbürgerung des Acht-Uhr-Ladenschlusses. Seit dem Bestehen des Ladenschluß-Gesetzes, das am 1. Oktober 1900 in Kraft trat, ist bis zum 1. Juli laut Jahresbericht des Verbandes deutscher Waren- und Kaufhäuser in mehr als 1000 Gemeinden der Acht-Uhr-Ladenschluß eingeführt worden, und zwar in folgendem Schrittmäßig: In Gemeinden mit einer Einwohnerzahl

im Jahr	bis 1000	1000 bis 5000	5000 bis 20000	20000 bis 50000	50000 bis 100000	über 100000	zusammen
1900	—	1	1	8	—	1	6
1901	—	14	11	7	1	3	36
1902	—	1	5	1	1	—	8
1903	—	1	3	3	2	1	10
1904	—	1	7	5	2	2	18
1905	2	9	20	11	5	1	49
1906	1	10	82	18	6	5	72
1907	1	22	56	21	6	4	110
1908	11	49	56	80	8	16	170
1909	20	82	88	19	8	5	222
1910	36	104	80	8	4	1	233
1911	5	31	80	5	—	—	71
	76	325	389	131	43	89	1005

Alle Teile des Reiches und alle Ortsgemeinden sind vertreten: die Großstädte, von Berlin anzeigend, bis zu den kleinsten Landgemeinden unter 1000 Einwohnern.

Berlin. In einer gut besuchten Versammlung der Handelsdiener, Packer, Radfahrer, Portiers, Fahrrührer, Einlagerer und Paketboten aus den Handelsgeschäften Berlins sprach Fleischtagsabgeordneter

H. Jackel über: "Die herrschende Teuerung, die Entzehrung der Handelsarbeiter und der gewerkschaftliche Kampf". An Hand eines reichhaltigen Materials schilderte derselbe die kapitalistische Entwicklung und die Stellung der Arbeiterschaft im modernen Wirtschaftsgetriebe in anschaulicher Weise; dann legte er die Ursachen der gegenwärtigen Teuerung dar und bewies klipp und klar, wie unsere Regierung den Großgrundbesitzern zur Liebe die Grenzen nach wie vor verschlossen hält und selbst lebt, nachdem man in bezug auf die Fleischseife einige Sicherungen getroffen hat, immer wieder neue Schwierigkeiten bereitet. Das Volk leidet insgesamt an Unterernährung, Frauen und Kinder werden zur Mutterarbeit herangezogen, um nur das unbedingt Notwendige zum Lebensunterhalt heranzuschaffen. Die im Handelsgewerbe tätigen Personen müssen aber alle an Unterernährung leiden, soweit man dieselben heute noch mit 20, 22 und 24 Mt. pro Woche entlohnt. Derartig niedrige Löhne sind im Handelsgewerbe an der Taufe voraus. In den großen Warenhäusern, in der Konfektion, in den großen Handelsgeschäften der Leipziger und Friedrichstraße, in der Papierbranche usw. werden Löhne bezahlt, die jeder Beschreibung spotten. Dazu kommt noch eine ausgedehnte Arbeitszeit und strenge Behandlung. Selbst Auktionen werden bei derartig mindesten Löhnen noch verlangt; dieses sei geradezu ein Missfall. Diese Zustände müssen geändert werden, so darf es nicht bleiben, erklärte der Referent. Die Arbeiter müssen das Streben zeigen, herauszukommen aus diesem Elend; etwas mehr Lohn, mehr Lust, mehr Sonne in ihnen so noi. Wir können diese unsere Ziele aber nur verwirklichen, wenn die Arbeiterschaft auch die des Handelsgewerbes, eine festgeführte Organisation bildet. Schon sind die Unternehmer dabei, die sich prächtig entwickelnden Organisationen der Arbeiter wieder zu zerstreuen. Mit Hilfe der Regierung versucht man neue Zuchthausgesetze zu schaffen, um die arbeitende Population im Kampf um bessere Lebens- und Erwerbsbedingungen zu erdrosseln. Wenn dieses nicht geschiehen sollte, müssen wir als Arbeiter alle unser Kräfte sammeln und an unseren Organisationen müssen die Pläne des Scharmachertums zerstören, wann wir diejenigen aufzubauen und fest und einzig Mann für Mann hinter denselben stehen. Mit einem Appell an die Unorganisierten, sich dem Verbande anzuschließen, schloß der Referent seine Ausführungen, für welche er reichen Beifall erntete.

In der nun folgenden Diskussion wies Gorjatti auf die Weihnachtszeit hin, die für den Handelsangestellten besondere Lasten und Mühen mit sich bringt. Nürnberg und Böhmen sprechen im Sinne des Referats. Ludow II wies auf die hier am Orte bestehenden Lokalvereine hin. Der in der Versammlung anwesende Angestellte H. von der Geschäftsdienner- und Packer-Vereinigung sei aufgefordert worden, die Stellung einer Organisation zu dem Vorlage doch mal zu präzisieren; derselbe habe einfach geantwortet, dieses falle ihm gar nicht ein und sei dann einfach ausgesetzt. So großmäulig, wie die Vertreter dieser Nachorganisation hier und da in Werbesveranstaltungen auftreten, so erbärmlich seien sind die Weisheiten, wenn sie einmal vor aller Dehnheit steht ihre Meinung, ihr Programm und ihre Sozialverbündete vertreten sollen. Lehn und Koblenz gingen ebenfalls mit der Geschäftsdienner- und Packer-Vereinigung scharrig ins Gericht und bewiesen durch einige Fälle, welche traurige Rollen einige Mitglieder derselben in den Betrieben spielen. Alsdann nahm ein Mitglied der G.- und P.-V. das Wort und suchte zu retten, was noch zu retten war. Dieser Redner wunderte sich darüber, daß wir jetzt so hart gegen seine Organisation vorgehen. Sie seien nicht schuld an der Versplitterung, sondern andere Personen. Trotz dieser Belästigung würden sie groß und stark werden.

In seinem Schluswort war es dem Referenten ein leichtes, diesem Redner nachzuweisen, daß die Lokalorganisationen wohl im Anfang der Arbeiterbewegung eine Rolle spielen, heute sei dieser Gedanke überwunden; eine Lokalorganisation ist bei den heutigen Kämpfen in der Arbeiterbewegung zu schwach und stationär wurde einfach vernichtet, während die Zentral- bzw. Industrie Organisationen dem Arbeitgeberium stets noch ein Paroli gebieten können. Nicht getrennt marschieren und vereint schlagen, sondern "ein Schlag, ein Schlag" muß unsere Lösung sein.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: "Die Versammlung erklärt, daß die Löhne, welche den Handelsarbeitern zurzeit gezahlt werden, in keiner Weise den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen entsprechen. Den durch die allgemeine Teuerung verursachten Notstand der arbeitenden Klassen empfinden die Handelsarbeiter besonders schwer, da ihre geringen Anfangslöhne in den meisten kaufmännischen Betrieben nicht erhöht und auch für jahrelang beschäftigte Handelskollegen Lohnaufbesserungen in der Zeit der Teuerung fast gänzlich ausgeblichen sind. Gerade die in Berlin zahlreich vorhandenen Großhandelsbetriebe, Kauf- und Warenhäuser, Spezialgeschäfte usw. sind es, welche in keiner Weise den ungünstigen Lohnverhältnissen ihrer Handelsarbeiter Beachtung schenken oder den Wünschen nach Aufbesserung der Löhne gerecht werden. — Da die Arbeitgeber im Handelsgewerbe ganz besonders von den in ihren Betrieben beschäftigten Hilfsarbeitern eine rechte vielseitige Tätigkeit und unermüdliches Geschäftsintereß, sowie pflichtigtreue Erfüllung aller übertragenen Arbeiten verlangen, so erwarten die Versammlungen, daß die Arbeitgeber im Berliner Handelsgewerbe die heutigen teuren Zeitverhältnisse berücksichtigen und hinsichtlich der berechtigten Forderungen ihrer Handelshilfsarbeiter um Aufbesserung der Löhne endlich ein Eingegentommen zeigen.

Die Versammlungen erheben einstellig Protest gegen die in letzterer Zeit seitens einer Anzahl von Groß-Berliner Detailistenvereinen eingesetzten Agi-

tation gegen den weiteren Ausbau der gesetzlichen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Um Gegenjahr zu diesen Bestrebungen erklären die Deputierten, daß sie nach wie vor von der Reichsregierung die uneingeschränkte Sonntagsruhe für alle Handelsbetriebe im Deutschen Reiche fordern und unermüdlich für diese Forderung im Kreise der Berufskollegen agitieren wollen.

Ferner sind sich die Deputierten darüber einig, daß zur Errichtung und Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage eine einheitliche Organisation der gesamten Berufskollegen im Handelsgewerbe notwendig ist und verbündeten sich deshalb, die der Organisation noch fernstehenden Kollegen dem Deutschen Transportarbeiterverband als Mitglieder zuzuführen.

In einer zweiten Resolution sprach man den kämpfenden Buchhandlungsmarkthelfern in Leipzig volle Sympathie aus. Lutwitz schiede in kurzen Sätzen die Entstehung des Kampfes und wies darauf hin, daß dieser Kampf die erste große Auseinandersetzung im Handelsgewerbe gezeigt habe und dieses wiederum für unsere Bruderkorganisationen ein Viererzeug sein müsse, unsere Kräfte nicht zu zerstreuen, sondern den Gedanken der Einheitsorganisation mehr denn je zu propagieren. Er forderte die Anwesenden auf, dafür zu sorgen, daß kein Buchhandlungsmarkthelfer Berlins nach Leipzig gehe, dann müssen unsere dortigen Kollegen siegen. Die Resolution wurde ebenfalls einstimmig angenommen und hatte folgenden Wortlaut:

"Die Handelshilfsarbeiter aller Gruppen Berlins nehnnten Kenntnis von dem Kampf der Leipziger Buchhandlungsmarkthelfer und hoffen, daß sowohl die Streikenden wie Ausgesperrten einmütig wie bisher zusammenhalten. Die Berliner Kollegenschaft erblickt in dem Kampf, den die Unternehmer herausgeschworen haben, einen Schlag gegen unsere Organisation, mit dem Ziel, dieselbe zu vernichten. Diese Absicht wird und muß zu schanden werden, wenn unsere Kollegen in dem ausgezwungenen Kampfe einmütig zusammenstehen. Die Berliner Kollegen senden den Streikenden und Ausgesperrten ihre volle Sympathie und hoffen, daß der Kampf siegreich beendet wird."

Von der organisierten Arbeiterschaft erwarten die Deputierten, daß Zeitschriften aller Art von jetzt ab nur von organisierten Kolportören bezogen werden und ersuchen diesen Beschluß mit aller Schärfe durchzuführen."

Dann schloß der Versammlungsleiter die imposante Versammlung.

**Leipzig.** Der Kampf der Buchhandlungsmarkthelfer wurde in einer am Sonnabend, den 7. Dezember stattgefundenen Versammlung abgebrochen. Ausschließlicher Bericht erfolgt in nächster Nummer.

**Solingen.** Über die Solinger Bach- und Schleißgesellschaft wurde wieder einmal Bericht gehalten. Diesmal war es nach das Gewerbegericht, wo diese Firma ständiger Gast ist, sondern das Schöffengericht. Angeklagt, und zwar wegen Haussiedensbruchs, Mißhandlung, Bedrohung und Beleidigung war der frühere Wächter K. Während der Verhandlung wurden jedoch die Rollen vertauscht

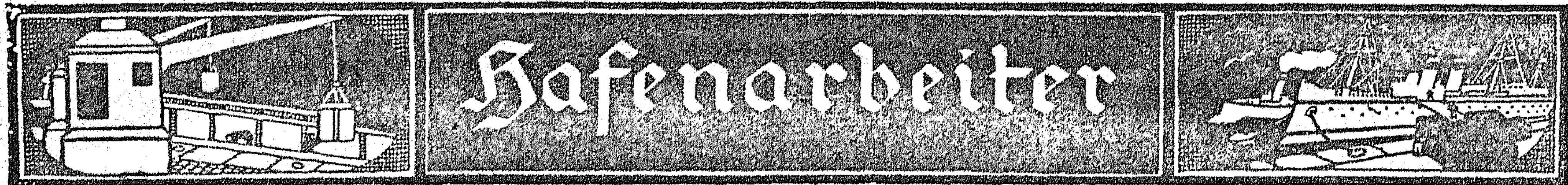
und Herr Direktor Wilms, der Mann des "feinen" Tons, der als Nebenläger zugelassen war, trat an die Stelle des Angeklagten. Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: Eines Tages verlangte der Wächter K., der nach einer Diskrepanz seine Entlassung erwartete, seinen Lohn und seine Papiere. Weides wurde ihm mit dem Bemühen verweigert, er müsse vorher noch einen Gummiraum und eine Laterne von Wermelskirchen herbeizuholen. Da K. diese Sachen in Wermelskirchen erhalten und auch dort abgegeben hatte, empfand er das mit Recht als Schikanie und weigerte sich.

Darüber entstand ein Streit und unter Anwendung von Gewalt und mit Hilfe eines gewissen Lorenz versuchte man den betreffenden K. hinaus zu werfen. Hier soll K. sich nun dadurch gewehrt haben, indem er seine Weiniger gegen das Wein getreten und später auch beschimpft haben soll. Der Wächter, das Lokal zu verlassen, war K. nicht nachgekommen, da er sich für berechtigt hielt, zu bleiben, bis er sein Geld habe. Herr Direktor Wilms und Lorenz schlugen bei dem Hinanswurf und besonders auf dem Korridor recht roh und herzlos auf den Arbeiter, der von kleiner Figur ist, ein. Sie schlugen und traten ihm gewisstlich derart, daß er die Besinnung verlor, von einem Stuhle, auf dem er später von mildtätigeren Menschen gesetzt wurde, vor Schmerzen herunterfiel, und ungefähr zwei Stunden besinnungslos und mit Schlamme vor dem Mund liegen blieb. Gegen den Direktor der Bach- und Schleißgesellschaft Wilms und seinen Trabanten Lorenz wurde Anzeige erstattet. Das Schöffengericht hatte beide Angeklagten freigesprochen, weil es die Absicht vertrat, daß beide dem K. gegenüber in "Notwehr" gehandelt hätten. Die Strafkammer als Verurkundung verwarf leider die Verurteilung des Staatsanwaltes, weil sie die Einzelheiten der Mißhandlung — eine solche wurde für vorliegend erachtet — nicht feststellen konnte, auch in Erwähnung eines ärztlichen Attestes sich nicht die Feststellung treffen ließ, ob die Gewaltanwendung — zu einer soischen waren beide berechtigt — das zulässige Maß überschritten habe oder nicht. Der Staatsanwalt hatte 100 und 50 Pf. Geldstrafe beantragt. Wilms gab nicht eher Ruhe, bis gegen den von ihm so schwer mißhandelten Arbeiter das Hauptverfahren wegen der eingangs genannten Delikte eingeleitet wurde. Bei der heutigen Verhandlung, die neu nicht ergab, sondern nur die rohe Handlungswelt der Wilms und Lorenz bestätigte, gelangte das Gericht zu dem Freispruch des angeklagten früheren Wächters K. Den Anschuldigungen des Herrn Wilms, als wenn der mißhandelte K. seine zweitürige Beleidigungsflosigkeit simuliert hätte, wurde kein Glaube beigelegt. Das Gericht nahm mit Recht an, daß der Arbeiter glauben konnte, zur Abgabe der Sachen in Solingen nicht verpflichtet zu sein und deshalb auf das nachdrücklichste auf der Herausgabe von seinem Geld und seinen Papieren bestehen konnte. Man habe ihn aus dem Lokale mit Gewalt hinausbefordern wollen, wogegen er sich gewehrt, sich also in Not-

wehr befunden. Die Beschimpfungen: "Lunipengindel" und "Verbrecherbande" seien erst geübt, wie durch Zeugen nachgewiesen sei, nachdem die Mißhandlung vorausgegangen und der Arbeiter sich dadurch in sehr erregtem Zustande befunden habe. Der Angeklagte müsse daher freigesprochen werden. Die Kosten fallen der Staatsfahrt zur Last. Beantragt war die gesetzlich niedrigste Strafe. Herr Wilms zog mit langem Gesicht nach Hause.

Dies ist ein Bild wie es hier bei der Bach- und Schleißgesellschaft zugeht. Nicht allein, daß die Arbeiter bei ihrer Entlassung das Gewerbegericht in Anspruch nehmen müssen, um zu ihrem Recht zu kommen, sie werden auch noch mißhandelt, daß sie wie der betreffende K., zwei Stunden beinungsflos liegen bleiben. Aber diese Zustände werden nicht beendet durch das Gewerbe- und Landgericht. Hier werden die Mißgriffe abgeteilt und die Zustände betreffs Lohn- und Arbeitsverhältnisse bleiben bestehen. Nur wenn die Angestellten und namentlich die Wächter den Weg zur Organisation gesunden haben, wird es möglich sein, auch diese Dinge zu beenden. Deshalb Kollegen, legt mal Hand ans Werk, räumt mal mit diesen Zuständen auf. Schließt euch mal zusammen. Dann seid ihr in der Lage, bessere Verhältnisse herbeizuführen als wie sie in obiger Gerichtsverhandlung zutage getreten sind.

**Würzburg.** Am Sonntag, den 24. November, fand hier eine Branchenversammlung der Handelshilfsarbeiter statt. Trotzdem wir nun hier in Würzburg circa 70 organisierte Kollegen haben, fanden es ganze 9 Männer der Mühe wert, zu dieser gewerkschaftlichen Versammlung der hiesigen Packer, Haus- und Geschäftsdienst ein trauriges Zeugnis aus. Mancher Unbeteiligte wird sich fragen, sind denn die Verhältnisse für die Handelshilfsarbeiter in Würzburg so günstig, daß selbst die organisierten Kollegen für die Gewerkschaftsbewegung so wenig Interesse haben? Weit gefehlt! Gerade hier wäre eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse dringend notwendig. Der Durchschnittslohn für Hausdiener beträgt hier wöchentlich 18—19 Pf. Löhne von 20 bis 21 Pf. kommen manchmal noch vor, aber verschwindend wenig. Die organisierten Kollegen haben doch durch ihren Beitritt zum Verband erklärt, daß sie gewillt sind, an der Verbesserung dieser traurigen Verhältnisse mitzuwirken. Kollegen, mit dem Vertragzahlen allein ist es aber nicht getan. Jedes Verbandsmitglied muß auch ein Agitator sein. Um dies zu können, müssen die Kollegen über die Verbandsverhältnisse informiert sein und dies können sie in vortrefflicher Weise in den Versammlungen besorgen. Gewöhnlich betrachten sich doch die Hausdiener als die Intelligenz der Transportarbeiter. Nun, ihr organisierten Packer, Haus- und Geschäftsdienst Würzburgs, beweist eure Intelligenz und schafft durch eifloses Arbeiten hier eine Sektion der Handelshilfsarbeiter, die sich schon sehen lassen kann. Nur wenn der lehre Indifferente Kollege dem Verband zugeschürt wird, werden die Verhältnisse hier besser. Kollegen, auf zur frischfröhlichen Verarbeitung für den Verband. Auch hier in Würzburg fallen uns die Früchte nicht mühselos in den Schoß.



"Mich reicht," auf die erneute Eingabe der Verkehrscommission wegen der fehlenden Beleuchtung der Uferstrecken an der Kuhmühle, hat die Deputation verhältnismäßig schnell geantwortet. Immerhin hat sich die Deputation der Eingabe ziemlich lange hinausgezogen, wenn man im folgenden liest, daß zu dieser Antwort nicht mehr Zeit nötig war, wie zu jeder Schreibaarbeit von fünf Minuten. Die Antwort beschränkt sich auf folgende Erinnerung an einen früheren Briefwechsel in dieser Angelegenheit: „Auf die Zuschrift vom 18. November d. J. erwidern wir Ihnen hiermit, daß die Errichtung einer Beleuchtung der Uferstrecken am Bohlplatz Kuhmühle, wie schon im Schreiben vom 4. Juli d. J. mitgeteilt, erst im Zusammenhange mit der von der Bau-deputation für nächstes Jahr vorgefehlten Umpflasterung des Bohlplatzes und mit den sonstigen in Verbindung damit vorzunehmenden Umänderungen des Fußweges usw. zur Ausführung gelangen kann.“

Gleichzeitig mit dieser Abweisung, bringt die Hamburger Presse folgende Meldung:

Infolge der mangelschafften Beleuchtung der Pontonanlage Neustädter Neuerweg ist am Sonnabend morgen wieder ein Arbeiter, der Schauermann J. H., in der Dunkelheit ins Wasser gelaufen. Man konnte den Verunglückten nur mit Mühe retten. Der Gerettete war derartig erstickt, daß er nach dem Hafenkrankenhaus gebracht werden mußte.

Wir könnten nicht mehr ruhig schlafen, wenn wir uns eine solche furchtbare Verantwortung aufgeladen hätten — wie in diesen Fällen die Deputation für das Beleuchtungswesen freilich wir sind Menschen und die Deputation für das Beleuchtungswesen eine Maschine, die nur funktioniert, wenn der Hebel einschlägt; also wenn die Straße gepflastert oder sonst etwas geschehen ist.

Nur darf dieses "etwas" nicht ein Unglücksfall sein: ein verlustreicher Menschenseelenleben.

Auf so "etwas" reagiert dieser Mechanismus nicht.

**Ein weiterer Beitrag zur Rentabilität der Schiffahrt.** In dem Prospekt über die Ausgabe von 10 Millionen Mark neuer Aktien teilt die Direktion der Hamburg-Südamerika-Linie mit, daß die Gesellschaft für das laufende Geschäftsjahr 14 p.C. Dividenden verteilen wird. Dieser "Gewinn" sieht sich voraussehen, da die Reedereien mit den Frachterhöhungen nicht sparsam umgingen: was man den Hafenarbeiter unter dem Druck der guten Wirtschaftslage Löffelweise gab, wird von den Reedern jetzt scheffelweise wieder eingeholt. Auch die Afrika-Linien kündigen wieder eine Frachterhöhung an — die wievielte in diesem Jahr? Die Gewinne der übrigen Schiffahrtsgesellschaften bleiben hinter dem der H.S.A.-Linie nicht zurück. Die Hamburg-Amerika-Linie will 11 bis 12 p.C. Dividende verteilen gegenüber 9 p.C. im Vorjahr. Der Norddeutsche Lloyd rechnet mit 7 bis 8 p.C. gegen 5 p.C. Die drittgrößte deutsche Schiffahrtsgesellschaft, die Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft "Hansa" schwimmt in Gold. Das Rückfahrtsgeschäft von Indien, das die große indische Flotte unter fortgesetzten Frachtfestigungen nach hier brachte, soll die Dividende, wie die Börse erwartet, auf 17 bis 18 p.C. bringen gegen 15 p.C. im Vorjahr; obgleich die "Hansa" immer nur einen Teil ihrer Gewinne für Dividenden ausgibt und hohe Reserven anstellt. Die Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft "Kosmos" transportiert von der amerikanischen Westküste insbesondere Salpeterladungen nach hier. Sie wird ihren vorjährigen Dividendenatz auch von 12 p.C. auf 14 p.C. erhöhen. Die Deutsche Ostafrika-Linie hatte dieses Jahr zum Teil mit Konkurrenz zu kämpfen, wird aber sicher ihre vorjährigen 8 p.C. Dividende verteilen. Die Deutsch-Australische Dampfschiffahrtsgesellschaft in Hamburg, die erst kürzlich ihr Aktienkapital um 4 auf 20 Millionen Mark erhöhte, will dieses Jahr statt 11 p.C. deren 14 verteilen. Die Deutsche Levante-Linie macht trotz des Tripolis-Krieges und der Dardanellen-Sperre ein Vermögensgeschäft; man bewilligt ihr zum Teil das Vierfache der gewöhnlichen Frachtraten. Das Unternehmen

verteile im Vorjahr 6 p.C. Dividende. Die Dampfschiffahrtsgesellschaft "Argo" in Bremen hat jetzt anfragenden Aktionären mitgeteilt, daß sie voraussichtlich statt 7 p.C. deren 10 verteilen werde.

Die Hamburg-Amerika-Linie hat, wie schon mitgeteilt, beschlossen, ihren ostasiatischen Dienst durch Errichtung einer Linie über chinesische und japanische Häfen nach Vancouver, Portland, Seattle und San Francisco auszudehnen. Die Hamburg-Amerika-Linie hat bisher keinen Dienst über den Stillen Ozean unterhalten. Sie betrieb das Geschäft im wesentlichen auf der östlichen Halbkugel der Erde. China und Japan hat sie im ostasiatischen Frachtdampferdienst zusammengefaßt, während durch ein Sonderabkommen die Passagerbeförderung dem Norddeutschen Lloyd überlassen bleibt. Es dreht sich hierbei um das allmächtige Streifen eines Weltreiches, der durch den Panamakanal laufen wird. Im Stillen Ozean fahren heute schon große Schiffahrtsgesellschaften wie die Canadian Pacific, die Great Northern Steamship Co., die Pacific Mail, die Nippon Yusen Kaisha und Tokio Kisen Kaisha, die selbstverständlich den Eintritt der Hamburg-Amerika-Linie in den Stillen Ozean als Konkurrenz empfinden müssen. Nun, man wird sich, wie immer, schon zu einigen wissen.

Wenn nur die Arbeiter immer ebenso eintig wären.

**Hamburg.** Mitarbeiter der H.A.P.A.-G. Versammlung am 20. November. Die Tagesordnung lautete: "Sind Mißstände im Betriebe vorhanden?" Hierzu führte Kollege S. aus, daß ihm in letzter Zeit viele Beschwerden zugegangen seien. Er habe die Kollegen zunächst auf die Bestimmungen der Arbeitsordnung verwiesen, welche in § 7 besagt: Das Akkordkorps hat einen aus drei Oberarbeitern und einem Arbeiterausschuß bestehenden Vorstand. Die Betriebsinspektion nimmt eventuelle Beschwerden und Klagen nur von diesem Vorstand entgegen. Die Kollegen erklärten meistens, dieser Vorstand sei ihnen nicht bekannt. Medner habe sich

dann bemüht, Aufklärung zu erhalten; demnach sei die Sache folgendermaßen: Der § 9 der Arbeitsordnung besagt: Die Oberarbeiter werden auf ein Jahr aus der Mitte der Vorarbeiter gewählt. Die Wahl findet am Schlusse des Monats November statt. Dann heißt es aber: Die Gewählten unterliegen der Bestätigung durch die Betriebsinspektion. Nun soll es vorgekommen sein, daß die Gewählten nicht bestätigt sind, die Neuwahl ergab aber dasselbe Resultat, und dann erhielten die Gewählten einen „Win“, und die Vertretenden verzichteten, natürlich „freiwillig“. Nachher soll dieser Vorstand von dem Betriebsinspektor erneut ernannt worden sein. Wenn die Sache so liege, so könne man begreifen, daß die Altordarbeiter diesen Vorstand mit ihren Reichenwerden nicht bestätigen, denn das hieße den Teufel bei der Großmutter verklagen. Die Arbeitsordnung habe 27 Paragraphen; davon enthalten nur die obigen die vereinbarungen recht mageren Rechte; alles andere sind nur Verpflichtungen für das Altordarbeiterkorps. Selbst diese Rechte seien den Arbeitern noch entzogen. Es sei deshalb auch kein Wunder, wenn sich dort derartige unhaltbare Zustände breit machen, wie zum Beispiel bei der Nacharbeit. Wie dem Redner mitgeteilt, steht jeden Tag an der Tafel: „Auf später richten.“ Wenn dann Arbeit vorhanden ist, werden die erforderlichen Leute bestimmt, wenn keine Arbeit ist, na, dann gehen die Leute eben nach Hause. Ob sie Unkosten dadurch haben, darum kümmern sich die Herren Vorgesetzten nicht. Pausen bei Spätarbeiten bestimmen die betreffenden Vorgesetzten ebenfalls. So wird bei der „Gitarrennahme“ häufig bis 9 Uhr pünktlich 10 Uhr ohne Pause, ebenfalls beim Beladen der Schiffe mit einer halbstündigen Abendbrotpause bis 12, ja bis 3 Uhr morgens gearbeitet. Am 11. November wurden eine Anzahl Kaiarbeiter zu 9 Uhr zur Nacharbeit bestellt. Um 12 Uhr wurden bereits wieder zehn Mann, ohne daß eine Notwendigkeit vorlag, entlassen. Verdienst 2,10 Mf. Ein andermal wurden Leute zur Nacharbeit bestellt, da aber das Schiff nicht kam, wurden sie eben mit einer Entschädigung von 1,10 Mf. entlassen. Wenn man bedenkt, daß diejenigen, die nicht allzuweit weg wohnen, nach Hause fahren, um Abendbrot zu essen, und für die Nacht etwas mitnehmen, diejenigen aber, die dies nicht können, sich da drei Stunden in der Stoffhalle respektive sonstwo herumzutreiben müssen, und ihr Geld verzeihen, so ist dies, gelinde gesagt, eine Missachtungsfreiheit. Am 17. November (Sonntag) wurde der Dampfer „Prussia“ gelöscht. Um 9½ Uhr bestanden circa 60 Mann „Ausscheiden“, die anderen nutzten um 1 Uhr wieder an. Aber bereits um 2 Uhr kamen 20 Mann „Ausscheiden“ bekommen; also 9½ Uhr ebenfalls nach Hause, um 1 Uhr wieder an der Arbeitsstelle, um 2 Uhr wieder ausscheiden. Verdienst 3,10 Mf. Lohnzahlungen werden häufig während der Mittagspause vorgenommen, dann steht es nicht bei der Arbeit. Ferner sei mitgeteilt, daß die Wasserleitung um 4 Uhr, nachdem die Waschreife gefüllt sind, abgeschlossen werde. Wenn dann bis 6 Uhr sich die Handwerker gewaschen hätten, wäre das Wasser derart schmutzig, daß die Kaiarbeiter um 6 Uhr aus Brüchen nicht denten könnten. Auch solle Mangel an Unterkunftsräumen für Arbeiter sein, da vielfach die dafür erbaute Elisen nicht ausreichen, muß der Rest mit dem Fußboden fürstlich nehmen. Auf Schuppen 71 a und b sind große Kübel zwecks Desinfektion von Häuten aufgestellt, durch die auf dem Schuppen aneinanderlaufende Flüssigkeit und der dadurch herbeigeführte Schnierigkeit, war es den Leuten, die 4 Sack à 2 Zentner auf der Karre hatten, nicht möglich, diese weiter zu ziehen. Auf ihre Beschwerde wurde ihnen nur erwidert: Na, warum kommt Ihr denn überhaupt erst her, wenn Ihr die Karre nicht ziehen könnt? Der Schuppenvorsteher G. soll gesagt haben: „Wenn Ihr die Karre nicht leer bekommen kennt, stell ich Euch in die Luke und lasse Euch arbeiten, bis Ihr siegebleibt.“ Diese und ähnliche Redensarten sollen die Regel bilden. Jeder Vorgesetzte versucht — der eine immer mehr als der andere — am meisten zu leisten, um sich nach „oben“ bemerkbar zu machen. Bei den Verhandlungen betrifft Regelung der Löhne der Kai-Gelegenheitsarbeiter habe der Herr Direktor Guidermann erklärt: „Wir würden völker zu festen Kaiarbeitern machen, wenn wir „brauchbare Leute“ bekommen könnten.“ Redner ist der Ansicht, daß, wenn derartige Anforderungen verbunden mit rücksichtsloser Behandlung und Rechtslosigkeit an die Arbeiter gestellt würden, es dann kein Wunder sei, wenn so wenige „brauchbare“ vorhanden seien. Redner hat nicht die Zufassung, daß die angeführten Fälle Einzelerei. Ausnahmefälle sind, sondern die bereits übliche Methode sei. Er wünsche hierüber von der Versammlung Aufklärung, ob seine Auffassung richtig sei. Von sämtlichen Rednern wurde die Richtigkeit des Angeführten bestätigt und erklärt, daß er so nicht weiter gehen könne. Der einzelne könne aber nichts unternehmen; denn jeder, der sich als „Unzufriedener“ bemerkbar mache, werde entlassen. Leider seien auch noch „Arbeitslosen“ vorhanden, die den Vorgesetzten diese Unzufriedenen denunzieren. G. macht den Kaiarbeitern den Vorwurf, daß sie sich um ihre eigenen Verhältnisse recht wenig gekümmert haben. Die Arbeiter hätten sich ihre einzige Vertretung als Altordarbeiter, den Arbeitsausschuß, nicht nehmen lassen müssen, sondern hätten die Pflicht gehabt, gegen eine Ernennung resp. Aufzwingung eines der Verwaltung genehmten Vorstandes entschieden zu protestieren. Wenn man sich aber ohne weiteres jede Rechte nehmen lasse, brauche man sich nicht zu wundern, daß die Vertreter der Gesellschaft immer noch einen Schritt weiter gehen, weil es etwas „einbringt“. Das seien über die Folgen, wenn man glaube, man brauche keine Organisation. Diese sei aber in allen Berufen und Betrieben, also auch bei der Hamburg-Amerikalin-

Unter durchaus erforderlich, um die Rechte der Arbeiter zu wahren. Er könne deshalb auch nur empfehlen, Organisiert Euch und kämpft für Eure Rechte.

Unfälle im Hamburger Hafen. Wie der einmal die Luke auf dem Dampfer „Diana“ ist der im Raum arbeitende Schauermann G. Beste von einer herabfallenden Luke getroffen und schwer verletzt worden. Die Sanitätskolonne hat den Verunglückten dem Marien-Krankenhaus zugeführt.

**Einen rechtlichen Umgangshall** erzielte sich am Freitagabend. Der Kaiarbeiter J. B. wurde beim Überschreiten der Eisenbahngleise von einem Eisenbahnuje erfaßt und überfahren. Dem Mann wurde das rechte Bein direkt vom Fuß abgebrochen, während ihm der linke Fuß völlig zerstört wurde. In Hoffnungsschutz im Zustand wurde der Verunglückte ins Krankenhaus transportiert.

**Bei der Arbeit ums Leben gekommen.** Auf dem englischen Dampfer „Londonborough“ wurde der Schauermann Ernst Roth beim Lösen von Balken von einem herabfallenden Balken an den Kopf getroffen, so daß er einen Schädelbruch erlitt. Er war auf der Stelle tot. Mangelhafte Besörderung im Hamburger Hafen. Am Mittwoch, 27. November, hatten sich Hafenarbeiter, die zur Nacharbeit bestellt waren, um 8 Uhr 20 Minuten an der Hafenrundfahrt am Baumwall

10 Pf. bis 50 Pf., ebenso Nacht- und Feiertagsarbeit. Redner schloß seine Ansprüche mit der Aussicht, die Kollegen müßten jetzt alle kleinen und persönlichen Streitigkeiten, die vielfach unsere Organisationsarbeit behindern, an die Seite stellen; dagegen müßten wir uns alle zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden, damit bei der noch zu regelnden Arbeitszeit im und am Hafen der Hafenbetriebsverein uns alle auf dem Posten findet und wir bei der Nutzung der Arbeitszeit auch wirtschaftliche Vorteile erringen. In der Diskussion wird hauptsächlich die Arbeitsnachfrage einer Art unterzogen, desgleichen die Lücken, die zum Nachteil der davon betroffenen Kollegen in den verschiedenen Tarifen enthalten sein sollen. In seinem Schluswort betont G., daß mit einem Sieg nicht alles zu erreichen sei, und daß bisher bei einer Fabrikbewegung solche Vorteile wie bei der letzten nicht erreicht wurden. Eines jedoch hätten wir unsern Gegnern auf der ganzen Linie abgerungen, und das sei die Anerkennung unserer Organisation. Das sei ohne Zweifel der Platz zu danken, die wir durch die Einheitsorganisation erreicht haben. Ein Antrag Hoffmanns, daß gesamte Material der Lohnbewegung dem Verbandsausschuß zur Prüfung zu überweisen, wurde abgelehnt.

**Hamburg. Branchenstaatlicher Ver-**sammlung am 17. November. Genosse Urban hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über „Die Machtmittel des Proletariats“. Der Vortrag richtete am Schluß des Programms einen Appell an die Kollegen, daß für zu sorgen, die Machtmittel des Proletariats, die politischen, gewerkschaftlichen sowie konsumgenossenschaftlichen Organisationen mehr und mehr auszubauen. Zum Branchenbericht teilte G. mit, daß bei der Hamburg-American-Linie in der Arbeitsweise recht viele Mängel vorhanden sind. Beim Vortrag wurde, über die vorgebrachten Wünsche und Bedenken in einer Versammlung der Kollegen bei der Hamburg-American-Linie am Freitag bei Wahl zu beraten. Bei der Woermann- und Ostasiatische Linie hält ein Herr Knappe eine Umfrage unter den Arbeitern bezüglich Verkürzung der Arbeitszeit im nächsten Jahre. Den Kollegen wird empfohlen zu antworten, daß nur von Organisation zu Organisation zu verhandeln sei. Alles allen Betrieben wird berichtet, daß eine Antrieb bei der Arbeit herrsche, wie es zuvor dem zugehörigen sind auch Unfälle an der Tagesordnung. Am schlimmsten bekommen diese Treiber jeden der Beamten, Kaiarbeiter und Bizen die Liss und Gelegenheitsarbeiter zu spüren, welche mit 3,80 Mf. und 4,20 Mf. entlohnt und recht häufig nur dreiviertel Tage beschäftigt werden. Bei der Verteilung aller Lebensbedürfnisse ist die Not und das Elend jener Kollegen nicht zu beschreiben, die nur ein, zwei oder drei Tage in der Woche für solchen Lohn beschäftigt sind. In recht vielen Fällen ist seitens des Arbeitsausschusses am Staatskai im Bereich der Bahn für die Hilfs- und Gelegenheitsarbeiter erachtet worden. Um der Öffentlichkeit die missrable Entlohnung der betreffenden Arbeiter plausibel erscheinen zu lassen, ist die Kaufverwaltung darauf versetzt, über ihre eigene Lage zu liegen, da sie jedes Jahr mit Defizit wirtschaftet. Ein von der Bürgerschaft gewählter Ausschuss hat am 12. Juli d. J. eine Änderung der Betriebs- und Gebührenordnung sowie eine Erhöhung des Tonnengebühres von 10 Pf. resp. 12 Pf. um 1 Pf. beantragt. Ob man bei dieser Veratung nun auch an die Erhöhung der Arbeitslöhne gedacht hat? Das Arbeitssystem soll zum Teil geändert, die Kontrolle besser organisiert werden. Man verlangt mehr Arbeitsleistung, aber ein Entgelt für die Mehrleistung an Arbeit ist nicht zu erwarten. Freiwillig wird man uns nichts gewähren. Die harten Tatsachen müssen doch endlich den Kaiarbeitern Hamburgs zeigen, daß es auf dem bisherigen Wege nicht geht, daß man schon etwas schärfer zu fassen muss, wenn es anders werden soll. Ohne Kampf mit dem Unternehmertum keine Lohn erhöhung. Darum Kollegen in allen Betrieben, rüttet Euch, organisirt die Kollegen; immer vorwärts, immer rückwärts!

**Winter.** Die Hamburger Staatskaiverwaltung, also Herr Staatskaidirektor Winter, sah wieder einmal auf der Aussagebank. Winter hatte ein Zeugnis unterschrieben, das der Kritik durch das Gerichtsergebnis nicht standhielt. Einmal hatte er die Beschäftigungsduer nicht angegeben und außerdem enthielt das Zeugnis die Worte: „... bis auf agitatorisches Treiben, das zu seiner Entlassung führte.“ Selbstverständlich sorgte das Gericht dafür, daß der Kläger in den Besitz eines ordentlichen Zeugnisses kam.

Der Grund der Entlassung ist nach dem H. G. folgender:

G. war Mitglied des Staatsarbeiterverbandes. Ihm wurde von der Staatsverwaltung der Vorwurf gemacht, mehrere Kontraktshauerleute bestätigt und bestellt zu haben. G. bestritt beides entschieden. Er stand eines Tages auf dem Schuppen vor der Kiste und schaute hinab in die Schute. Einem Schauermann in der Schute schien diese Aufmerksamkeit unangenehm zu sein, denn er redete davon, G. solle sich fortsetzen. G. diente ihm mit den Worten: „Alles in der Welt, nur kein Kontraktshauermann“. Die Bemerkung hatten aber auch noch einige andere Schauermannen gehört und einer von ihnen beschwerte sich beim Schuppenvorsteher. Nun wurde der große amtliche Meldeapparat in Bewegung gesetzt. Durch alle Instanzen wurde die „Befleidigung der Kontraktshauerleute“ gezogen und unterwegs wurde natürlich eine grohe Affäre aus dem ursprünglich harmlosen Vorfall. Unterdessen war G. erwerbsunfähig erkrankt und erhielt ein paar Tage später den Bescheid zugesetzt, er sei aus dem Dienste der „dieszeitigen Ver-

## Lohn und Reingewinn!

In welch schreinem Widerspruch manchmal die erzielten Reingewinne zu den gezahlten Löhnen stehen, zeigen die Abschlüsse der Auer XI.-G. In deren Betrieben erzielte man vielfach die besser bezahlten männlichen Arbeitskräfte durch schlecht entlohnte weibliche. Dazu hörte man mehrmals, daß gestiegene Produktionskosten Preiserhöhungen bedingen. Hier der Erfolg. Die Summe betrug:

Löhne	1910/11	8 897 063
Reingewinn	„	5 657 074
Löhne	1911/12	8 289 0 2
Reingewinn	„	8 831 595

Die Lohnsumme sank um 608 061 Mf., der Reingewinn stieg um 3 174 521 Mf. So wird kapitalistisch geteilt.

eingesunden. Der Fahrdampfer, der um diese Zeit von dort abfahren soll, traf erst um 8½ Uhr dort ein. Auf der Fahrt legte er Hansehafen, Amerikahafen, Grasbrook, Baakenhafen, Weddelhafen und dann erst Krähnholz an, so daß die Arbeiter erst um 9 Uhr 20 Minuten an den am Alstat, Schuppen 35, liegenden holländischen Dampfern gelangten. Den Arbeitern wurde nun von dem Bizen gesagt: Eure Arbeitszeit fängt jetzt erst um 9½ Uhr an und ich ziehe Euch eine halbe Stunde ab. Wer hiermit einverstanden ist, kann um 9½ Uhr anfangen, wer es nicht will, kann wieder nach Hause gehen. Da die Arbeiter doch nicht durch ihr Verhältnis zu spät gekommen und so um den Mindestlohn von 5 Mf. geschädigt sind, sondern durch die mangelhafte Verbindung, so haben sie eine Klage gegen die Hafendampfschiffahrergesellschaft eingelegt. Bis jetzt ist es klare gewesen, daß die Arbeiter, die zur Nacharbeit bestellt sind, um 8½ Uhr an den Borden abfahren.

Die Hamburger Schiffreiniger und -Maler haben durch die Schiffs- und Verkehrskommission eine Eingabe an die Direktion der Kreisfleeg-Schiffswerft eingereicht, mit der Bitte, die dargelegten Mißstände einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen und die Abstellung der bezeichneten Mißstände zu veranlassen. Die Arbeiter vermissen in dem Doc. Nr. 1 einen Unterkunftsraum, der ihnen die Möglichkeit bietet, einesfalls ihre Kleidung zu wechseln und zu verwahren, andernteihs auch eine geeignete Unterkunft gewährt zum Einnehmen der Mahlzeiten während der Arbeitszeit. Im Doc. Nr. 2 ist allerdings ein Unterkunftsraum vorhanden, jedoch ist dieser, nach Angabe unserer Auftraggeber, derartig undicht, daß es dort bei schlechtem Wetter durchregnet. Der Bodenbelag ist insofern manigfaltig, als er große Spalten aufweist, durch welche sich Zugluft in empfindlicher Weise fühlen kann. Eine Heizung fehlt hier noch völlig. In dem sogenannten Brandenburg-Doc. ist auch ein derartiger Raum vorhanden; es ist hier aber häufig vorgekommen, daß Matrosen den mitgebrachten Proviant aingesessen haben. Es wäre deshalb wünschenswert, auch hier Abhilfe zu schaffen. — Offiziell wird dem durchaus berechtigten Wunsch der Arbeiter bald Rechnung getragen. Das „H. G.“ meint: Wenn es zu einem neuen Doc. reicht, dann langt es auch wohl zu Unterkunftsräumen für die Arbeiter.

**Hamburg. Seltion Hafenarbeiter.** Versammlung am 16. November. Die Lohnbewegung der Hafenarbeiter war das Thema, das H. G. in ausführlicher Weise in der leider nur schwach besuchten Versammlung zum Vortrag brachte. Die Wiedergabe desselben an dieser Stelle erübrigt sich, weil darüber schon in den Nummern 44, 45 und 46 unseres „Courier“ berichtet wurde. Was das Gesamtergebnis der Bewegung betrifft, so seien die Tagelöhne um 20 Pf. bis 80 Pf. erhöht, desgleichen die Überstunden um

waltung" entlassen. Nachdem er mit ärztlicher Erlaubnis das Krankenzimmer wieder verlassen durfte, begab er sich zu dem Kaimanpfeitor, um hier den Grund seiner Entlassung zu erfahren. Als er unter Hinweis auf den Sachverhalt die gegen ihn vorgebrachten Aufschuldigungen bestreit, behaft der Herr Kaimanpfeitor sich schließlich mit dem Einwand: "Na, Sie wüssten doch nicht bestreiten, daß Sie Mitglied des Verbandes sind?" Und so blieb es bei der Entlassung.

Dieser Vorgang zeigt wieder mal, wie die Staatsverwaltung ihrer Meinung nach ihre Arbeiter behandeln muß. Die kleinsten Dinge finden bei der Staatsverwaltung die Bedeutung als "Gründe" zur Entlassung von Arbeitern. Zu diesem einen kleinen Zug ins Großartige dann den zweiten: "Amtliche Bescheinigungen" von der Art, wie die dem Arbeiter G. zuerst ausgestellt. Und so werden dann an sich läppische Angelegenheiten zu großen Misshissen, die die Gerichte und schließlich die Oberschicht beschäftigen. Und das bei den notorischen Ungefährlichkeit der Staatsarbeiter!

**Hameln.** Nachdem im Jahre 1906 der zehnwöchentliche Streit nach den gewünschten Erfolg gebracht hatte, hatte die Kollegen eine gewisse Unsicherheit ergriffen. Sie waren der Meinung, daß an den Dingen doch nichts zu ändern sei und fügten sich deshalb willig in alles was kam. Durch soziale Ausklärungsarbeit ist es uns aber doch gelungen, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Kollegen wieder zu stärken. Die Organisation hat in den letzten Jahren gute Fortschritte gemacht und ist heute kein unorganisierter Hafenarbeiter mehr vorhanden. Leider war es uns nicht gelungen, die Kollegen unter einen Haken zu bringen, wir halten bisher vermehrung stets mit 6 bis 7 verschiedenen Organisationen zu rechnen. Nun waren die letzten beiden Jahre für die Werftschafft gerade nicht die rosigsten. Deshalb war der Verdienst nur ein geringer. Es war dies in der Haupthandlung auf den ungünstigen Wasserstand, aber auch nicht zum geringsten auf die gelenkende "Notstandssatzung" zurückzuführen. Infolge der erheblichen Niederschläge in diesem Herbst hat die Schafft sich gehoben und ist auch der Umstieg ganz erheblich geschehen. Um die Arbeiten bewältigen zu können, müssen die Nächte und Sonntage zur Hilfe genommen werden. Für diese Arbeiten wurden nun bisher dieselben Lohnsätze bezahlt wie für die Arbeiten am Tage. Weiter waren aber auch die bisher bezahlten Lohnsätze für Staatsalz den Verhältnissen nicht entsprechend. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes sowohl als auch mit Rücksicht auf die verteuerte Lebenshaltung hatten die Kollegen beschlossen, den Unternehmern die Forderung zu richten, für das Ausladen von Staatsalz den Akord ab von 2,70 M. pro Ladung auf 3 M. zu erhöhen. Diese Forderung wurde anerkannt. Weiterhin wurde für die Nacht- und Sonntagsarbeit ein Lohnschlag von 50 Pf. pro Ladung verlangt. Die Unternehmer erklärten sich bereit, über diese Fragen mit der Verbandsleitung und einer Kommission der Arbeiter zu verhandeln. Die Verhandlung stand statt und wurde hierbei von allen Seiten die Forderung als durchaus berechtigt anerkannt.

Nur sei der geforderte Satz zu hoch. Nach langer Verhandlung wurde schließlich eine Einigung darüber erzielt, daß für Nacht- und Sonntagsarbeit in Zukunft ein Lohnschlag von 30 Pf. pro Ladung bezahlt wird. In einer Versammlung der Arbeiter wurde zu diesem Angebot Stellung genommen. Unter Berücksichtigung der in Frage kommenden Momente erklärten sich die Kollegen mit dem Zugeständnis zufrieden. Weiterhin werden nun auch für das Verstaaten an Bord pro Mann und Ladung in Zukunft 50 Pf. anstatt 30 Pf. verlangt. Da dieses Geld von den einzelnen Schafftgesellschaften bezahlt werden muss, ist dieser hervon Mitteilung gemacht. Die Wesermühlen-Alten-Gesellschaft, die bisher für das Entladen von Salz nur 2,50 M. pro Ladung bezahlte, wird in Zukunft 2,70 M. bezahlen. Dieser Erfolg war nur möglich, weil die Hafenarbeiter Mann für Mann organisiert sind. Der oben angeführte M. stand, daß am Hafen so viele verschiedene Organisationen in Frage kommen, wird nun hoffentlich ebenfalls bestätigt. Anderseits müssen die Kollegen aber auch auf dem Posten sein, denn die Verhältnisse sind im Allgemeinen noch sehr verbessert bedürftig. Soll das Errungene gehalten werden und die Bahn für weitere Erfolge frei bleiben, so muß ein jeder Kollege seine Pflicht erfüllen und der gewollte Zweck wird erreicht. Eine eigenartige Rolle spielen bei dieser Bewegung die bei der Firma F. & Bachmann beschäftigten Kollegen. Nachdem sie sich zunächst mit der Einrichtung der Forderungen einverstanden erklärt hatten, machten sie hinterher den Zurückzieher. Der Geschäftsführer erklärte plötzlich während der Verhandlung, daß seine Leute auf Besprachen erklärt hätten, sie seien mit den jüngsten Löhnen zufrieden. Die Folge davon war, daß bei dieser Firma nichts erreicht werden konnte. Nun, auch diese so "zufriedenen" Kollegen werden zu der Einsicht kommen, daß ihr Verhalten, gesagt, eine Dumme ist. Hoffen wir, daß diese Erkenntnis recht bald kommt. Der hier erzielte Erfolg wird hoffentlich aber auch die übrigen Transportarbeiter anspornen, nun auch etwas für die Verbesserung ihrer Lage zu tun. Es herrschen hier zum Teil noch recht mittelalterliche Zustände, die nur durch eine gute Organisation befreit werden können. Dieses Ziel zu erreichen, muß Aufgabe aller Kollegen sein.

**Arbeitslosigkeit in Bremen.** Wie im Hamberger Hafen, herrscht auch in Bremen eine verhältnismäßig große Arbeitslosigkeit. Zu Hunderten warten die Hafenarbeiter vor dem Hafenhaus, ob sich ihnen keine Gelegenheit bietet, einige Mark zu verdienen, um der darbenden Familie etwas zu zulassen.

Unermüdlich ziehen sie morgens und mittags zu der altbekannten Seite und größtenteils vergedens. Fragt man einen, wieviel er verdient, so antwortet er meistens: "Vorige Woche hatte ich drei Tage nichts, diese Woche habe ich noch nichts gehabt." Die "verlorenen Leute" hinneln wohl von "Arbeitsfürsorge" und "Volkswohl", aber von dem wahren Elend wird nicht gesprochen. —

**Duisburg.** Die bei dem Duisburger Schiffsahrt- und Hafenbetriebsgewaltigen C. Schroers beschäftigten Hafenarbeiter haben unter einer geradezu unglaublichen Arbeitsordnung zu leiden. Diese "Arbeitsordnung" ist im Jahre 1910 von der Firma, ohne Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften erlassen worden. Sehen wir uns das Ding einmal an. Der § 1 regelt die Arbeitszeit. Es heißt dort, daß die Arbeit durchschnittlich 10 Stunden beträgt. Im Sommer beginnt die Arbeitszeit um 6 Uhr morgens und im Winter um 7 Uhr und endet um 7 Uhr abends. Jedoch in dringenden Fällen steht der Meister den Beginn und das Ende der Arbeitszeit fest. Eiserne Anordnung muß bei Strafe der Entlassung Folge gelehnt werden. Nach dieser Dedikation hat es der Meister in der Hand, fortwährend die Arbeiter zu quälen. Und öfters kommt es auch vor, daß die Herren Meister am Abend einige Minuten vor Feierabend erscheinen, es muß länger gearbeitet werden. Dass für das Längearbeiten auch ein Lohnausfall bezahlt wird, davon steht nichts in der Arbeitsordnung drin. Von den Löhnen, die bezahlt werden, entfällt die Arbeitsordnung ebenfalls nichts. Wohl heißt es im § 2, daß die Lohnzahlung am Samstag erfolgt, und daß die Lohnwoche von Freitag bis zum Donnerstag geht. Die Arbeitern lassen der schwerreichen Firma Schroers ihren sauer verdienten Lohn noch zwei Tage ohne jeden rechtlichen Grund lassen. Auch wenn Arbeiter im Laufe der Woche austreten, müssen sie auf ihren Lohn bis zum Samstag warten. Das ist einfach absurd. Die Firma Schroers ist sicher auch nicht davon erbaut, wenn sie Geld ohne Lohn auf einige Tage verborgen soll und dürfte sicher jeden diesbezüglichen Antrag ohne weiteres ablehnen. Aber von ihren Arbeitern verlangt sie einfach die Hergabe des Lohnes ohne jede Verzinsung auf mehrere Tage. Der § 3 besagt, daß jeder Arbeiter verpflichtet ist, Maschinen und Arbeitsgeräte, welches er kaputt macht, zu ersetzen. Hier scheint die Firma nicht zu wissen, daß nur dann, wenn sie in der Lage ist, dem Arbeiter nachweisen zu können, daß er vorsätzlich den Schaden angerichtet hat, er diesen bezahlen muss. Im § 4 ist von der Kündigung die Rede. Es heißt, daß ohne jede Kündigung gearbeitet wird, jedoch muß jeder halbe Tag voll gearbeitet werden, andernfalls der Arbeiter für den Schaden aufzutreten hat. In der Praxis wird es immer so gehandhabt, daß der Arbeiter den halben Tag voll arbeiten muss, wo hingegen die Firma den Arbeiter sofort entlädt, wenn er sich vergeht. Durch dieses Vorzeichen nimmt die Firma von dem Arbeiter für sich das Recht einer halbtägigen Kündigung in Anspruch. Dem Arbeiter gegenüber glaubt sich die Firma an diese halbtägige Kündigung jedoch nicht gebunden. Wenn die Firma von dem Arbeiter den Schaden verlangt, der ihr angeblich entsteht und es schon öfters vorgekommen, daß Wagengeldsäder in Abzug gebracht wurden, dann muß aber auch die Firma dem Arbeiter für den halben Tag den Lohn zahlen, wenn sie ihn entlädt. Nach dem Gesetz müssen die Kündigungstermine für beide Teile gleich sein. Und die Firma Schroers hat doch nicht das Recht, für sich Gesetze zu machen, die den bestehenden Rechte gesetzen direkt ins Gesicht schlagen.

Auch die Entlohnung bei der Firma Schroers läßt vieles zu wünschen übrig. Es weiß überhaupt kein Kollege, was eigentlich für das Ausladen der Schiffe bezahlt wird. Der Meister und Vorarbeiter drücken einfach den Kollegen den Lohn in die Hand. Wer damit nicht zufrieden ist, kann gehen. Die Aufenthalts- und Gänge sind unter jeder Kritik. In den meisten Räumen liegt der Schmutz Fußhoch. Die Kleider hängen an der Wand herum. Gut funktionierende Defekte sind nicht vorhanden. Ebenso fehlen Nachvorrichtungen. Leider sind die Kollegen mit allen diesen Dingen zufrieden. Der Organisation gegenüber sind sie vollständig gleichgültig. Solange es so ist, haben die Firma und Antreiber es in der Hand mit den Kollegen Fangball zu spielen. Den Kollegen sei hier gesagt, wenn sie aus allen diesen traurigen Verhältnissen heraus wollen, dann heißt es für sie: Hinein in den Deutschen Transportarbeiter-Verband.

**Duisburg.** Arbeit für den Gewerbevertreter ist in den Duisburger Ruhrorten Häfen in Hülle und Fülle vorhanden. In den meisten Betrieben werden die Lufallschriften einfach nicht beachtet. Auch in sanitärer und hygienischer Hinsicht hapert es ganz gewaltig. Aufenthalts- und Gänge sind so primitiv, daß es die Arbeiter vorziehen, sich während der Pausen im Freien aufzuhalten. Waschvorrichtungen sind fast nirgends anzutreffen. Wer sich von Schmutz und Schweiß der Arbeit reinigen will, muß schon die Ufer hinabsteigen und dort seine Reinigung vollziehen. Die Abortverhältnisse sind geradezu elhaft. Aus dem uns zur Verfügung stehenden Material wollen wir für heute nur einiges von zwei Firmen benutzen. Da ist im Duisburger Außenhafen die Witteiner Wallmühle. Es sind 50 Personen hier beschäftigt. Für diese Arbeiterzahl ist nur ein einziger Abort vorhanden. Die Herren Bürobeamten haben jeder einzeln für sich einen Abort. Die Waschbude ist  $2\frac{1}{2}$  Meter lang und 1,80 Meter breit. Der Dreck steht handhoch auf dem Boden. Der Aufenthaltsraum ist 5 Meter lang und 2 Meter breit. Die vorhandenen Schränke haben keine Türen, sondern werden mit Säcken zugehängt. Gereinigt wird dieser Raum am Samstag, aber dann nur mit dem Besen. Aber auch bei der Firma Matthes Stinnes im Becken C. in den Ruhrhäfen liegen die Dinge

ebenso miserabel. Bei dieser Millionenfirma sind circa 80 Personen bei den Ent- und Beladung und Stapelung von Grubenholz beschäftigt. Unter den Arbeitern befinden sich eine große Anzahl Kroaten. Diese sind in einer Manege untergebracht. Für die übrigen Arbeiter ist im Keller ein Aufenthaltsraum eingerichtet, in dem circa 15 bis 20 Mann Platz haben. Der Raum soll aber 40 Personen Platz bieten. Läßt das unmöglich ist, dürfte auch einem Herrn Stinnes einleuchten. Verschließbare Schränke für die Aufbewahrung der Kleider und der Güter sind nicht vorhanden. Es ist schon öfters vorgekommen, daß das Eisen und auch Kleidungsstücke von Arbeiter verschwunden sind. Für alle Arbeiter sind zwei Aborten vorhanden, aber wie die aussieht, ist unbeschreiblich. Niemand kann sich dort zur Befriedigung seiner Notdurft niedersetzen. Bei der Stapelung der Holzer wird in geradezu unverantwortlicher Weise gearbeitet. Das Holz wird mit einem großen Kran aus den Schiffen ausgetragen. Der Kran ist über 20 Meter hoch und überspannt in seiner Breite das ganze Lager. Bei dem Ausladen wird das Holz einfach hingeworfen und liegt es dann immer einige Stockwerke hoch. Bevor das Holz gestapelt wird, muß es sortiert werden. Es geht nun an die großen Haufen heran und fehlen jede Schutzmaßregeln. Und so kommt es öfters vor, daß der ganze Haufen zusammenfällt und das Unglück ist fertig. So sind in der letzten Zeit eine ganze Anzahl von Arbeitern verunglückt. Hier muß unbedingt die Hafenschafft gewarnt werden, daß sie denn doch nicht mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter spielen können, wie sie wollen.

Bei der Wittener Walzmühle klagen die dort beschäftigten Arbeiter über die Behandlung und die Bezahlung. Der Herr Chef erklärt jedem, der um einige wenige Lohnzulage anfragt: Wenn es Ihnen nicht paßt, dann können Sie ja gehen. Dabei liefert der Herr fast seine gesamte Produktion an die konsumvereine. Die "Eintracht" und eine Anzahl andere Vereine im Industriegebiet sind seine besten Abnehmer. Es wäre am Platz, wenn die Genossenschaftsländer mehr davon kaufen wollten, so ihre Lieferanten auch ihre Arbeiter so bezahlen und behandeln, wie es billigerweise von solchen Betrieben verlangt werden kann.

**Berlin.** Am 27. November handte die Monatsversammlung der Abteilung Westend am 4. Dezember die der Abteilung Osten ein. Beide waren stark besucht und in jeder der selben hielt der Bibliothekar der Bezirksverwaltung einen äußerst interessanten Vortrag über: "Literatur und Arbeiter". An der Hand von Rezitation einiger Abhandlungen zeigte der Referent, wie verschiedenartig die Dichter die Dinge sehen und wiedergeben. Am Schlusse seiner Aufführungen stellte der Redner einen humoristischen Vortrag in Aussicht, wodurch von den jugendlichen Kollegen gern gehört wird.

Nachdem wurde auf die cinematographische Extraversion aufmerksam gemacht. Der Wandersparlasse traten eine Anzahl Kollegen bei. In Rücksicht auf das Weihnachts- und Neujahrsfest findet die nächste Monatsversammlung der Abteilung Osten am 15. Januar statt. Den Bericht über die Generalversammlung des Bezirks Groß-Berlin erstattete der Kollege Georg Fischer. Auf das Beethoven-Konzert am 2. Weihnachtsfeiertag und den einleitenden Vortrag hierzu wurde hingewiesen und um zahlreiche Beteiligung ersucht. Im Januar soll eine Partie veranstaltet werden.

Von den Bezirksführern fehlten entschuldigt: die Kollegen Schenck und Wendel; unentschuldigt fehlten die Kollegen Groth, Lütk, Blodorf, Herzog, Lehmann und Küseler.

Die Monatsversammlung der Abteilung Bentzum fand am 5. Dezember statt. Ein jugendlicher Kollege sprach über: "Was und wie soll man lesen". In kurzen treffenden Worten zeigte er, welchen schädlichen Einfluss die Schundliteratur ausübt und empfahl gute Lektüre, welche durch unsere Bibliothek erhältlich ist. In der sich anschließenden Debatte wurde darauf aufmerksam gemacht, daß unser Fachorgane und die "Arbeiter-Zugewandte" gute, leicht verständliche Literatur bieten. Nachdem referierte ein Kollege aus Lichtenberg über: "Die Geschichte des Wagens". In halbstaatlicher Rücksicht auf die einzelnen Entwicklungsstadien des Fuhrwerks und der Transportmittel von den primitivsten Anfängen bis zur heutigen Vollendung. Nachdem wurde auf die nächsten Veranstaltung aufmerksam gemacht und die Wandersparlasse zur fleißigen Bemühung empfohlen. Dann erfolgte Schluß der Versammlung. Von den Funktionären fehlte unentschuldigt der Kollege Wendel.



Berlin. Die Branche der Schwerfahrzeuge sowie die Lagerarbeiter und Kutscher aus den Cement- und Mörtelbetrieben hielten am Sonnabend, den 20. November eine Versammlung

ab, welche sich eines überaus starken Besuches erfreute. Die Tatsache, daß die Vertreter der Berliner Ortsverwaltung des Arbeitgeber-Verbandes im Handel und Transportgewerbe auf unsere Einladung ihr Erscheinen in dieser Versammlung zugesagt hatten, hatte Interesse erweckt. Zu seinem Stenaral führte Genosse Büchner zunächst den Anwesenden die Entwicklung unserer heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung aus dem Gebiete der Industrie von ihren Ursprüngern bis zur Gegenzeit, sowie der damit verbundenen Arz und Politik vor Augen und wie dieselbe dazu geführt habe, daß die Bevölkerung unter den heutigen teuren Wirtschaftsverhältnissen zu leiden habe. Der gelbe Sumpf ist mit Hilfe der Unternehmer entstanden. Redner schüttet den Anwesenden näher das Entstehen der gelben Organisationen und die Protegierung derselben seitens des Unternehmertums mit Geldmitteln. Einige Großindustrielle in Verein mit den Führern der Gelben versahen nach dem Grundsatz von oben (Geld steht nicht) und doch dient dies nur zu dem Zwecke, Vertrag an ihre eigenen Abteilungen zu üben. Überhaupt haben die gelben Organisationen keinen anderen Zweck, als daß sie ein Heer von Streitbrechern züchten, durch die dann die Unternehmer in den Stand gesetzt werden, die Bestrebungen der Arbeiterschaft auf Verbesserung ihrer Lohns- und Arbeitsbedingungen niederzulassen zu können.

Genosse Büchner kam nun mehr auf die Organisationsbestrebungen der Schuhfuhrwerkskutter zu sprechen. Er begrüßte es besonders, daß diese Arbeiterschaft, die noch unter schweren Verhältnissen zu arbeiten habe, sich auch allmählich aufraffen, um im Verein mit ihren Klassengenossen sich bessere Lebensverhältnisse zu schaffen. Er kennzeichnete mit einigen Strichen das Verhalten der Unternehmer in den Fuhrwerksbetrieben sowie die Schwierigkeiten, welche dieselben den Kutscher bei der Durchführung ihres Tarifvertrages förlaufend bereiten und kam hierbei auch auf den Aufruf des Führers der Fuhrherren, Herrn Emil Beck, zu sprechen. Dieser Aufruf verfolgte ebenfalls den Zweck, eine gelbe Organisation zu schaffen. Durch die Wachsamkeit der Kutscher sei aber dieses Vorhaben vereitelt worden.

Redner erinnerte zum Schluß seiner Ausführungen die Anwesenden zum tatsächlichen Willen für ihren Verband und schloß mit den Worten: "Vereinte Macht es erst erringt, was der Einzelne nicht zu Stande bringt." Großer Beifall lohnte den Redner für seinen Vortrag.

Als erster Redner zur Diskussion ergriff nun mehr Herr Emil Beck, Vorsitzender des Ortsverbandes der Arbeitgeber, das Wort und führte ungeschärft folgendes aus:

Er wolle dem Herrn Reichstagsabgeordneten Büchner aus seine zu Anfang seines Vortrages gemachten Ausführungen nicht entgegen treten. Hierin habe dessen politisches Glaubensbekenntnis gezeigt. Was ihm veranlaßt, das Wort zu nehmen sei, daß der Herr Vortragende in bezug auf den Stand des Fuhrgewerbes Ausführungen gemacht habe, die erkennen ließen, daß der Abgeordnete Büchner die Verhältnisse im Fuhrgewerbe nicht genau kenne. Der Herr habe viel wahres und auch schiefes Material angeführt. Daß der Arbeitgeberstand im Fuhrgewerbe versucht sich zu organisieren, daß könne diesem nicht verübeln werden. Das Recht stehe ihnen ebenso zu, als den Arbeitnehmern. Wenn hier und da noch die Auffassung bestände, daß seine Organisation den Arbeitern nicht das Recht zugestehen wolle, sich organisieren zu dürfen, so sei dies irrl. Die Arbeitgeberorganisation behalte sich aber das Recht auch vor, bei den Feststellungen der Lohns- und Arbeitsbedingungen mitsprechen zu dürfen. Die traurigen Verhältnisse im Fuhrgewerbe bedingen, daß die Forderungen der Arbeiterschaft nicht bis ins unermöglichliche gehen. (Widerspruch und Unruhe.) Wenn die Forderungen bis zu einem gewissen Maß gehen, dann läßt sich auf dem Wege der gegenseitigen Verhandlungen eine friedliche Verständigung schaffen. Der Widerstand der Arbeitgeberorganisation tritt aber dann ein, wenn das gewisse Maß der Forderungen überschritten und davon nicht zurückgegangen wird. Herr Beck schildert dann im längeren Ausführungen die Lage des Berliner Fuhrgewerbes und die unselige Konkurrenz, welche sich die Fuhrwerksbesitzer gegenseitig bereiten. Das gegenseitige Unterblieben in den Preisen habe dazu geführt, daß das Gewerbe heute vielfach gar keinen oder doch nur wenig Nutzen bringe.

Um dieses Unterblieben zu beseitigen, habe er mit einigen anderen wichtigen Männern die Fuhrherren-Zentrale ins Leben gerufen. Beide hätten eine große Anzahl Fuhrherren den Wert dieser Institution nicht erkannt. Wir hatten anfangs durch die Zentrale den Erfolg, daß auch einige Ausbesserungen der Preise bei Magistratsführern und anderen erzielt wurden. Die Vorteile, die noch auf diesem Wege zu erzielen waren, sind aber durch das weitere Unterblieben der Fuhrherren nicht zu erlangen. Hierin liegt aber auch hauptsächlich der Grund, daß viele Unternehmer, die den Tarif der Kutscher unterzeichnet haben, jetzt Schwierigkeiten bezüglich der vollen Innehaltung derselben machen. Wenn sie denn davon sprachen, daß wir den Versuch unternommen, eine gelbe Organisation ins Leben zu rufen, so erkläre ich, wir wollen eine gelbe Organisation schaffen. Unsere Maßnahmen, die wir zu treffen gedachten, sollten nur dazu dienen, eine ganze Reihe von alten Kutscher, welche sich ihren Bestrebungen nicht anschließen wollten, vor Übergriffe zu schützen. (Stürmische Unterbrechung.) Der Redner fährt fort. Meine Herren. Sie müssen aber auch die Meinung eines anders Denkenden respektieren. (Zurufe, tun wir auch.)

Es traten kurz nach Abschluß des Tarifes durch "einige" Unternehmer eine Anzahl Kutscher, welche 10—15 Jahre bei uns verpaßt und an uns heran und erbaten unsern Schutz (Schäfer). Aus diesem Grunde erfolgte der Aufruf. Waren Sie damals auf unseren Vorschlag bei der Tarifberatung, bei der ich mit geholten habe, eingegangen und hätten die Hoffnung für die Innehaltung des Vertrages übernommen, dann hätten wir heute einen einheitlichen Vertrag. Wir sind keine Gegner des Tarifvertrages. Auch wir erwarten von ihren Tarifvertrag zu einer Aufbesserung unseres Gewerbes zu gelangen.

Herr Fahrenkrug, zweiter Vorsitzender des Ortsverbandes der Arbeitgeber erhält hierauf das Wort und führt aus: Sie erleben an unserem Erscheinnen, daß wir keine Bedenken tragen, zu Ihnen zu kommen, um uns mit Ihnen anzusprechen. Menschenhaft über unser Handeln haben wir nicht abzulegen. Ich hoffe, daß Sie auch mich ruhig anhören werden. Ohne mich in einer politischen Auseinandersetzung mit den Arbeitnehmern einzulassen, möchte ich sagen: Es sind doch zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in neuerer Zeit große Veränderungen eingetreten. Das patriarchalische Verhältnis ist geschwunden. (Zurufe: Bei Gott langt.) Meine Herren, es sind doch Zeiten gewesen, wo noch der Idealismus lebte und der Kutscher mehr Interesse für seinen Arbeitgeber zeigte. Wenn der Zeitgeist schwächer schreitet, so ist es doch nicht notwendig, daß der Idealismus aus dem menschlichen Leben völlig ausgerottet wird. Das Ideal,

bindlichkeit mit der Gewerkschaft einzugehen. Sie selbst haben es in der Hand, dafür zu sorgen, daß eine größere Gewähr für die Innehaltung der Verträge geboten wird. (Zuruf: Sie erkennt.)

Kollege Werner als nächster Redner erklärt, daß er den Ausführungen des Rezitenten nichts hinzufügen wolle. Ich bezog auf die Ausführungen der Herren Beck und Fahrenkrug, besonders des Letzteren, der das hohe Ziel von dem patriarchalischen Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geändert habe, wolle er sagen, daß das patriarchalische Verhältnis durch unser Eintreten für die Kutscher nicht geändert worden sei. Von einem patriarchalischen Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer kann schon längst nicht mehr gesprochen werden. Die Fuhrherren erblicken in dem Kutscher zum Teil den Menschen, sondern das Kutscher. Werner schreibt dann das Arbeitsverhältnis der Kutscher in den Schwerpunktswertlieben. Diese Zustände seien als menschliche nicht zu betrachten. Aber viele Fuhrherren glauben, daß diese Zustände, der willkürlich in Aussichtnahme der menschlichen Arbeitskräfte immer so bleibend mögen. Wenn sich nun die Kutscher dazu aufgesetzt hätten, mit diesen von Herrn Fahrenkrug so geprägten patriarchalischen Verhältnissen anzurechnen, so sei dies vom menschlichen und kulturellen Standpunkt aus betrachtet nur zu begrüßen. Herr Beck wie auch Herr Fahrenkrug glaubten uns die Schuld nicht zustande gekommen ist. Wir sind bei der Tarifberatung bis zur äußersten Grenze unseres Entwickelns gegangen, um eine Gewähr für die Innehaltung des Vertrages zu bieten. Auf die Hinterlegung einer Haftsumme konnten wir bei der Müdigkeit eines großen Teiles der Fuhrherren nicht eingehen. Wir sind aber auch bei allen unseren Tarifabschlüssen niemals auf derartige Forderungen der Arbeitgeber eingegangen und werden dies auch in Zukunft nicht machen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es unsere moralische Pflicht ist, dafür zu sorgen, daß die abgeschlossenen Verträge seitens unserer Mitglieder eingehalten werden müssen. Wenn es trotzdem während der Dauer von Verträgen hier und da in einzelnen Betrieben zu Arbeitsniedergesetzungen gekommen ist, so liegt die Schuld nicht immer auf Seiten der Arbeiter. Die Willkür einzelner Unternehmer bzw. deren Betriebsbeamten kennt oftmals auch keine Grenzen. Wir haben uns aber stets reichlich bemüht, in jenen Fällen für möglichst schnelle Beilegung der Differenzen zu sorgen. Unsererseits werden den Arbeitgebern in der Ausübung ihres Kooperationsrechtes nichts im Wege gelegt. Wir verlangen aber auch, daß die Arbeitgeber im Transportgewerbe diesen Recht nicht ihren Arbeitern durch allerlei Schikanen, Maßregelungen usw. unterbinden. Wir stehen auf dem Standpunkt, jedem das Seine im Kampfe um bessere Stellung der wirtschaftlichen Kräfte.

Die Fuhrherren müssen sich nun mal damit abfinden, daß auch sie nicht mehr ihre Kutscher vom frühen Morgen bis in die sinkende Nacht abschinden dürfen. Von der Forderung der Einführung einer geregelten Arbeitszeit und bessere menschliche Behandlung sowie eines auskömmlichen Lohnes werden die Kutscher nicht ablassen und für die Durchführung dieser Forderung wird unser Verband Sorge tragen. (Großer Beifall.)

Kollege Franke: Wenn Herr Beck und Herr Fahrenkrug unsern Mitgliedern Tarifuntreue vorwirft, so erkläre ich, daß ich auf Grund meiner Erfahrungen in der Lage bin, den Herren hunderte von Beweisen dafür erbringen zu können, daß in den Reihen der Fuhrherren die allergrößten Tarifverletzer vorhanden sind. (Zuruf: Sehr richtig.) Die Fuhrherren, fast in ihrer Mehrheit, denken nicht daran, die eingegangene Verpflichtung in bezug auf die Festlegung der Arbeitszeit, Bezahlung der Überstunden u. a. m. inne zu halten. Wenn die Kutscher hierauf Anspruch erheben, finden Maßregelungen und Entlassungen statt oder man weicht die gestellten nach dem Tarif berechtigten Ansprüche mit den nur erdenbar niedrigsten Schimpfstöcken zurück. Wenn es dann zu Arbeitszeitverkürzungen kommt, dann trifft die Schuld nur den Fuhrherren selbst. Wir sind nach dem Vertrage verpflichtet, ausbrechende Differenzen auf dem Wege der Verhandlungen zu schließen. Viele Fuhrherren wollen aber ihren Arbeitnehmern bei solchen Anlässen überhaupt kein Gehör schenken. Wie oft ist es uns passiert, daß sich die Fuhrherren bei unserm Erscheinen auf dem Fuhrhof, um zu vermitteln, einfach verleugnen lassen, indem sie durch das Dienstmädchen oder sonst jemand sagen lassen, der Fuhrherr sei nicht zu Hause und andere Ausreden mehr. Die Geduld der Kutscher, die durch solche Schikanen oftmals auf harte Probe gestellt wird, hat auch mal seine Grenzen.

Wir sind stolz darauf, daß wir mit dem alten patriarchalischen Verhältnis, welches darin bestand, wenn die Kutscher morgens schon um 4 Uhr im Stalle antreten müssten und als Belohnung dafür von dem Fuhrherrn Frau im Stalle einen Tops Kaffee und Suppe dargebracht erhalten, aufgeräumt haben.

Wir werden auch nicht nachlassen, in dieser Beziehung weiter unsere Pflicht zum Wohle der Arbeiterschaft zu tun. (Beifall.)

Kollege Fritz Sydow über zur Zeit als Arbeiterschaft tätig, kritisiert in sehr trefflichen Worten die gemachten Ausführungen der beiden Unternehmer und schreibt dann in sehr anschaulicher Weise die eindringliche Behandlung der Kutscher durch die Fuhrherren. Durch diese Lebensweise würden die Kollegen absumpfen und versieren das Nachdenken über ihre Vertragslage.

Wir wollen aber unsere Kollegen zu denkenden Arbeitern erziehen.

Kollege Operer schreibt seine Erfahrungen bei der Firma Hertling in Charlottenburg. Auch diese Firma sei nicht bestrebt, den Tarif einzuhalten. Die

### Straßenbild.

Es glänzt der Asphalt im Regenwasser, Trübe schimmert darauf das tödliche Gas, Und bläulich fließt von oben her Aus gewaltigen Klappeln ein Lichtesmeer. Und über die Straßen dröhnen und raseln Rollwagen hin mit betäubendem Prasseln, Da donnern stolze Kutschen vorbei Und Droschken und Fuhrwerk hunderterletzt, Dazwischen ein hellendes Glöckensignal: Die Straßenbahn hält am Hotelportal Unheimlich fliegen hin und her Fahrer im drängenden Straßenverkehr, Ein leises Murmeln — du fährst zurück, Im Gewühl schon sind sie verschwunden dem Blick. Und auf den Trottoiren, da eilt es und drängt Im wirren Strom, der ewig sich mengt. Gleißgläsig eilen nach hier und dort Die vermummten Gestalten flüchtig fort Und sehen kaum, was ihnen zur Seite In den prunkenden Löden dem Auge sich deut, Aus Persien Stoffe und Schmuck aus Paris, Aus Rom das Bild man kommen ließ, Die Edelsteine der neuen Welt Sprühen neben dem Bernstein vom nordischen Welt, Und Gold und Silber liegen dazwischen Auf widerspiegelnden gläsernen Tischen. Doch sie sehen nicht die verfühlende Pracht, Die gleishend das Elend da draußen verläßt, Sie eilen zur Pahn, zum Geschäft, nach Haus, In die wimmelnden großen Fabriken hinaus. Sie drängen ins Schauspiel, zum Vortrag, zum Wein, In die Varietés, in die Keller hinein. — Und über dem Ganzen liegt öde und breit Das Wort unsrer Tage: „Ich hab keine Zeit!“

welches Sie ihrer Partei entgegenbringen, dieses Ideal sollen Sie auch heute nicht mit eisernem Eisen zwischen Unternehmer und Arbeiter weglassen. Es kommen Stunden der Suggestion, wo sich die Masse hinreisen läßt, ohne auf ihre Führer zu achten, dadurch wird beiden Seiten Schaden zugefügt. Meine Herren. Tut es nicht jedem wohl uns Herz, wenn sein Chef Anteil nimmt an seiner erkrankten Familie. (Große Unruhe und laute Rufe: „Das macht Ihr nicht.“) Redner fährt fort: Ich bin der Meinung, daß der Idealismus wieder hergestellt werden muß. Mit der größeren Entlohnung ist die Leistungsfähigkeit der Kutscher nicht besser geworden. Der Arbeiter steht nicht mehr mit der Lust und Liebe zu seinem Arbeitgeber wie früher. Wenn Sie nun unsere Organisation missliebig betrachten, so sage ich, daß unser Weg der richtige ist, daß auch wir uns zusammenschließen, auch wir nehmen das Recht des Zusammenschlusses für uns in Anspruch. Dieses Recht ist ebenfalls auf dem Kooperationsrecht begründet. Wir wären heute viel weiter, wenn es nicht bei Ihnen an der Gewähr der freuen Pflichterfüllung des Vertrages geschleift wäre. Hätten Sie der von uns geforderten Hinterlegung der Haftsumme zugestimmt, dann wären auch wir in der Lage dafür sorgen zu können, daß der Tarif unverändert wird. In Wirklichkeit haben wir bereits einen solchen Vertrag. (Unruhe und Zuruf: „Unser Geld ist nicht für die Fuhrherren da.“) Meine Herren. Unsere Schuld ist es nicht, daß der Vortrag nicht für die Gesamtheit zu stande gekommen ist. (Zuruf: Unsere auch nicht.) Wir müssen dafür sorgen, daß die Willkürleute unterbleiben. Wir dürfen nicht der Gefahr ausgesetzt werden, daß plötzlich wegen geringer Vorkommnisse gestreikt wird. Dies ist der Grund, welcher noch viele Unternehmer davon abhält, Ver-

Firma machte alle Vertrauensleute aus ihrem Betriebe hinaus. Auch er sei entlassen worden. Vielleicht steht seine Entlassung in Verbindung mit der Auseinandersetzung zwischen ihm und Herrn Fahrerkrug in der bekannten Versammlung der Fuhrherren in der Ohustraße.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Herren Becker und Schäfer erhielt Genosse Büchner das Schlusswort. Redner übte zunächst an den Ausführungen der Arbeitgebervertreter, welche sich zwischen aus dem Saal entfernt hatten, scharfe Kritik und erklärte, daß er auf Grund des in der Diskussion zu Tage geförderten Materials zu der Überzeugung gekommen sei, daß die Missstände in den Fuhrbetrieben in dem heutigen Heitalter geradezu als ein unerhörter Zustand bezeichnet werden müßte. Wenn die Arbeitgeber im Fuhrgewerbe herläufen und noch von der Aufrechterhaltung des patriarchalischen Verhältnisses sprechen wollten, so hätten die Anwesenden allen Grund dazu, sich gegen derartige Ausführungen zu opponieren. Genosse Büchner erwähnte dann nochmals in eindringlichen Worten zum treuen Zusammenhalten in der Organisation, worauf die imposante Versammlung ihren Schluß fand.

Hannover. Einen schönen Erfolg erzielten die im Petroleumunternehmen Fock und Lange Nachfolger beschäftigten Kutscher und Lagerarbeiter. Diese Firma besitzt hier seit einigen Jahrzehnten, ging aber vor etwa 2 Jahren als Filiale in der Petroleumgesellschaft Potsdam, G. m. b. H., Sitz Hamburg, auf. Von einer Regelung der Arbeitszeit oder dergleichen hat man in diesem Betriebe nie etwas gelernt, hier wurde vom frühen Morgen bis in die sinkende Nacht geschafft. Der Lohn der Kutscher betrug 18 bzw. 20 Mark pro Woche, außerdem erhielten dieselben 2 p.C. vom Umsatz, 1 Pf. pro zurückgebrachte leere Kanne, ferner bei großem Seifenumfang eine Extra-Prämie von 3 p.C. Da der Bedarf an Petroleum natürliche im Winter bedeutend größer ist, wie im Sommer, war bei diesem System der Verdienst der Kutscher außerordentlichen Schwankungen unterworfen. Kam es doch vor, daß ein Kutscher im Sommer mit kaum 20 M. pro Woche zu Hause ging, während derselbe im Winter das Doppelte und noch mehr verdiente. Dieses Entlohnungssystem war von dem derzeitigen Inhaber, jetzigem Geschäftsführer, Herrn Lange eingeführt. Herr Lange hat dieses System auch jetzt sehr ungern fahren lassen, ja, wenn es nach ihm gegangen wäre, daran auch jetzt nichts geändert. Esfreilichweise ist es aber anders gekommen und ist es sehr zu begrüßen, daß mit einer wenigstens teilweisen Beseitigung dieses Systems, errichtet nach dem Grundsatz: "Der Kutscher muß beim Hund liegen" angefangen ist. Aber erst nach völliger Beseitigung dieser Entlohnungsart wird es möglich sein, an eine Regelung der Arbeitszeit, Nebenstundenbezahlung und dergleichen zu denken. Nach Übernahme des Geschäfts durch die Potsdam trat ein Wandel in den Anschauungen ein. Die Firmenleitung erkannte, daß es ein ungünstiger Zustand sei, einem Kutscher im Winter bis 40 M. und darüber die Woche zu zahlen, ihn aber im Sommer mit 20 M. abzuspicken. Sie versuchte deshalb, hier einen Mittelweg zu finden. Dies Bestreben der Firma verdient zweifellos Anerkennung, da aber mit der beabsichtigten Lohnregulierung auch noch eine Lohnverkürzung verbunden war, sahen sich die Kutscher veranlaßt, hingegen zu opponieren. Sie wurden wiederholt vorstellig, der Erfolg war aber ein negativer. Vielmehr erfolgte prompt die Antwort: "Wem es nicht paßt, der kann gehen." Nunmehr fanden die Kollegen auch wieder den Weg zur Organisation. Nachdem einige noch fernstehende Kollegen dem Verbande zugeschlossen waren, wurden die Forderungen eingereicht. Der erzielte Erfolg ist folgender: Es tritt eine Erhöhung des Grundlohnes um 2 M. pro Woche ein, außerdem erhalten sämtliche Kutscher eine Entschädigung von 1 M. wöchentlich für Wagenwaschen usw., weiter ist den Kutschern eine Sommerzulage angekündigt, die Höhe derselben ist noch nicht festgelegt; dieselbe wird aber voraussichtlich 1-2 Mark pro Woche betragen. Der Lagerarbeiter erhält eine Lohnverhöhung von 1 M. pro Woche im Winter und 3 M. im Sommer. Ferner erhält der eine Kutscher noch eine einmalige besondere Entschädigung von 12 M. Die Löhne betragen nunmehr ausschließlich der Sommerzulage, für Kutscher einschließlich der Entschädigung für Wagenwaschen 27 M. Grundlohn, ½ bzw. 1 p.C. vom Umsatz, pro leere Kanne 1 Pf. Sonntagstafelabend 1 M. Letzteren Satz erhält jetzt auch der Lagerarbeiter, der früher von dieser Vergütung ausgeschlossen war. Der Lagerarbeiter erhält Sommer und Winter pro Woche 27 M. Mit diesen Zugeständnissen erklärten sich die Kollegen einverstanden und konnte die Bewegung somit beendet werden. Der hier erzielte Erfolg sollte aber nun auch allen Kollegen, insbesondere den Hannoverschen Verbandsmitgliedern, die zum Teil noch zu ganz bedeutend schlechteren Lohnverhältnissen arbeiten, ein Ansporn sein, nunmehr alles daran zu setzen, damit auch der letzte Kollege dem Verbande zugeschlossen wird, eingedenkt des Wortes: "Einzelne sind wir nichts, vereint eine Macht."

Naumburg. In unserer so viel geprägten Stadt herrschen immer noch in allen Berufszweigen recht schlechte Arbeitsverhältnisse, die in dem einen Beruf mehr und dem andern weniger deutlich hervortreten. Es ist gewiß nicht zu leugnen, daß jeder Beruf seine schlechten Seiten hat, wie aber die Dinge im Transportgewerbe liegen, das spottet jeder Beschreibung. In allen Betrieben geht es vom frühesten Morgen bis spät in die Nacht hinein. Wenn man abends um 8 Uhr durch die Straßen der Stadt geht, dann begegnet einem bald hier ein Wagen der berühmten Firma Feimling, in der nächsten Straße wieder ein Geschirr des Bahnspediteurs Jähnert oder auch wohl ein schläfriger Kollege der Firma Ostfilders! Trotzdem diesen Kollegen der Geist eines

wirklichen Familienlebens durch diese lange Arbeitszeit vollständig ausgelöscht gemacht ist, deuten sie absolut nicht daran, sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuschließen. Sie haben nicht den Mut, den Versuch zu unternehmen, gleichzeitig dem dafür mit Ausdauer zu kämpfen. Und dabei sind die höchsten Löhne geradezu lärmlich. Wohl nirgends in Thüringen werden heute noch für Fuhrer 18 M. Wochenlohn gezahlt. Überall haben allein die Beziehungen verhältnisse derartige Löhne unmöglich gemacht. Hier in unserer beliebten Beamtenstadt, wo die Preise für Wohnungen und Lebensmittel ganz enorm sind, müssen sich die Proletarier im Transportgewerbe noch mit einem solchen Lohn durchzuhängen. Dafür ist aber auch die Behandlung eine außergewöhnlich gute! Es gibt hier scheinbar eine Unzahl Unternehmungen resp. Betriebe, die glauben, wenn wir schon kein Fleisch mehr essen können, dann müssen wir wenigstens hin und wieder daran erinnert werden, von welchen Tieren das Fleisch stammt! Denn die "Ochsen", "Kinderwölfe" und ähnliche Spurennamen müssen leider noch sehr oft hören. Unsere Vertragskollegen aber lassen alles dies an sich vorüber gehen, ohne mit der Wimper zu zucken. Ja, wenn die Sache einmal wirklich etwas stark wird, dann geht es in die Wirtshäuser und dort wird dann über die Verhältnisse wildlich geschimpft und standisiert. Schließlich wird der Arbeiter noch im Alkohol erstickt und am andern Morgen nimmt man dann mit aller Ruhe die famose Behandlung der "Herren" entgegen. Wir ost haben wir uns schon gefragt, ob denn solche Kollegen garnicht das menschlich unwürdige ihrer Lage fühlen? Man sollte doch annehmen, daß auch in diesem Beruf endlich einmal der Verstand kommt!

Wie in einzelnen Geschäften die Kollegen behandelt werden und welche Zustände sich diese noch bieten lassen, dafür wollen wir heute nur ein Beispiel geben. Die Firma Ostfilders hat einen Hofmeister, der in ungenießbarer Weise die Fuhrer mit allen möglichen zoologischen Namen belegt. Bei der geringsten Kleinigkeit wird mit "Rauschmeisen" gedroht, trocken der Betrieb schon als Taubenschlag bekannt ist. Wenn man bedenkt, daß hier die Kollegen von durchschnittlich morgens 4 Uhr bis abends 8 Uhr und später schlafen müssen, dann sollte man auch annehmen, daß dafür ein entsprechender Lohn bezahlt würde. Ausgeschlossen Herr Hofmeister fuchs ist wohl gern bereit, noch einige neue Titulaturen für die Kutscher zu erfinden, aber ein auskömmlicher Lohn ist — Kurz! Zahlt doch diese Firma für die obige Arbeitszeit außer "freundlicher" Behandlung einen Lohn von sage und schreibe 21 Mark. Das heißt, dieser Lohn wird vereinbart, aber bezahlt wird er noch gar nicht mal. Hier von behält die Firma nämlich noch jede Woche 1 M. ein, welche am Jahresende, resp. zu Weihnachten ausbezahlt werden soll. Wer vor Weihnachten aus der Firma ausscheidet, geht dieses "Lohnes" verlustig. Ein kleiner Nebenverdienst für die Firma. Was dabei ein kommt, kann man sich ausrechnen, wenn man diejenigen Kollegen zählt, welche dort im Laufe eines Jahres ein und ausgehen. Im vorigen Jahre wurde dort ein Kollege entlassen, welcher schon eine schöne Zeit im Betriebe war, wenn wir nicht irren etwa 6 Jahre, kurz vor Weihnachten mußte er sein Kätzchen schnüren, aber die einbehaltene Mark pro Woche hat er nicht erhalten.

Kollegen! Alles dies sind Zustände, die dringend der Abhilfe bedürfen. Wenn Ihr aber immer stupide bei mir gegenüber stehen wollt, wird es nie anders werden. Seht Euch die Verhältnisse an andern Orten an, wo unsere Berufssorganisation alle Kollegen umfaßt. Dort war es möglich mit der Organisation halbwegs menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen. Sollte dies bei uns nicht möglich sein? Wir sagen ja und abermals ja. Nur Ihr müßt wollen! Deshalb schließt Euch Eurem Verbande an und sorgt mit uns gemeinsam für menschenwürdigere Verhältnisse in unserem Beruf.

Nuß. Seit einiger Zeit war es den Nutzen Kollegen gelungen, Nämlichkeiten zu Versammlungen resp. Sitzungen für sich festzulegen. Dieses scheint aber dem Herrn Gundarm Schulz in die Knochen gesetzt zu sein. Seit längerer Zeit läßt der betreffende Beamte sein Berörungswert aus. Wir wissen ja nicht, ob der Beamte dazu von seiner Behörde beauftragt ist, oder ob sein persönlicher Hass diese Handlungswelle bedingt. Sollte letzteres der Fall sein, so möchten wir dem Herrn Schulz den guten Rat geben, sich um Anlässe zu erinnern, die ihn etwas mehr interessieren, zu bestimmen. Es ist ja was Sonderbares, daß sich Beamte, die doch in gut besetzter Stellung stehen, dazu hergeben, auf die Gastwirte einen Druck auszuüben, damit sie ihre Lokalitäten zu Versammlungen nicht hergeben sollen. Als der Betreffende dem Herrn Schulz erklärte, ja das sind doch auch Menschen, die darnach streben müssen, um ein paar Pfennige mehr zu verdienen, gerade so wie jeder Beamte, ließ Herr Schulz die Antwort fallen: „Ja, das sagen die bloß so — aber das sind doch Sozialdemokraten — ich warne Sie, Ihr Lokal den Leuten zur Verfügung zu stellen.“ Ist denn der Herr Schulz der Meinung, daß, wenn wir im Lokal zur Versammlung kommen, wir von der Wirtschaft verschwinden? Nur immer weiter so, Herr Schulz, den Vorteil haben ja immer diejenigen, die man versucht an ihrem Werke zu hindern. Aber heraus können die Kollegen die Lehre ziehen, daß sie nur gut sind Werte zu schaffen. Kollegen, jetzt wird es an der Zeit, daß auch der lezte Mann zur Organisation herangeholt wird. Denn gerade dieses Verhalten sollte jedem einzelnen Kollegen die Augen öffnen. Zeigt, Kollegen, daß Ihr die Handlungswelle des Herrn Schulz ausnutzt, damit Ihr den Kollegen über die Notwendigkeit der Organisation die nötige Aufklärung gebt.

Aber, Kollegen, hinein in den Deutschen Transportarbeiter-Verband!

## Gesamtliche und Mitglieder-Versammlungen:

Berlin. Die Branchenleitung der Kohlenarbeiter und Kutscher Groß-Berlins haben zum 10. November d. J. eine Versammlung einzurufen.

Auf der Tagesordnung stand:

"Das kommunale Wahlrecht in der Praxis."

Das Ressort hielt der Gaulieter.

Redner ging das Wahlrecht von der Einführung desselben bis zum heutigen Tage durch und führte der Versammlung an Hand vieler Beweise die Unrechtmäßigkeit der Klasseneinteilung und die Unhaltbarkeit derselben klar und deutlich vor Augen. Werner kam er auf die jetzige Leben mi. el. enung zu sprechen und bewies auch hier auf Grund rechtl.iger Statistik das gerade die Preise für Lebensmittel, welche der Arbeiter am meisten zu seiner Haushaltung bracht, mit der Zeit um das Doppelte gestiegen sind. Hierbei zeigte es sich deutlich, daß der Arbeiter derjenigen sel, der dadurch am meisten belastet werde. Auf städtische Errichtungen, wie z. B. Besinfektion, Maternität, Arbeitslosenversicherung und dergleichen nicht ging der Redner ein und zeigte auch hier durch Bevismaterial, daß von Seiten der Kommunen noch vieles geändert werden müsse, wenn es Anspruch erheben wolle, auf das, was es in Wirklichkeit sein sollte. Alles in allem genommen aber trage der Arbeiter selbst ein großes Schuldb an den Verhältnissen, denn durch straffe Organisationen, gewerkschaftliche sowohl wie politische, seien wir in der Lage, uns bessere Zustände zu schaffen. Daß der Redner den Versammelten so rechtfertigte, der ihm geschworen hatte, bewies der große Beifall, der ihm nach Schluss seinerrede zu teil wurde. Kollege B. montierte das Richterschein der Generalversammlungen. Nachdem der Branc h in ihrer noch auf die bevorstehenden Stadtvorstandswahlen und Gewerbegelehrtswahlen hingewiesen hatte, war Schluss der gute besuchten Versammlung.

Brieg. Am 17. November fand unsere, wieder schwach besuchte Mitgliederversammlung statt, daß wir uns fragen müssen, wo denn die übrigen Kollegen (wir sind 70 an der Zahl!) ihre "Versammlungen" abhalten! Zu unserem Bedauern mußten wir auch diesmal wieder konstatieren, daß besonders die beiden Bahnspediteure Bethge beschäftigten Kollegen es sind, die durch Abwesenheit glänzen — mir ein einziger war anwesend! Und doch läßt es dringend not, hier Kenedur zu schaffen, weil erst 8 Kollegen dieses Betriebes organisiert sind, während die übrigen uns noch fernstehen! Kollegen, wir rufen Euch zu: Sorgt dafür, daß alle zu unserer Fahne schwören, damit wir Euch einmal eine klarere Arbeitszeit und bessere Lohnverhältnisse verschaffen können! Vor allem forgt für gut besuchte Versammlungen! Jetzt gerade ist die beste Zeit zur Agitation. Es wird nicht schwer fallen, bis zum Schluss des vierten Quartals das erste Hundert Verbandskollegen voll zu machen, wenn jeder nur ein wenig dazu mithilft! Dorum weg mit Eurem Gleichgültigkeit, agitiert, organisiert und — wir werden unser Ziel sicher erreichen!

Düsseldorf. Generalversammlung am 10. November für das 3. Quartal. Der Bevollmächtigte gibt den Geschäftsbericht, der sich in einer erfreulich steigenden Entwicklung äußert. Die Mitgliederzahl ist von 1914 im vorjährigen Quartal auf 2100 gestiegen; davon sind 1945 männliche, 138 weibliche und 17 jugendliche Mitglieder. Alle Berufe der Binnenwasser- und Landtransportarbeiter sind vertreten. An Posteingängen waren Drucksachen, Briefe und Karten 117, Pakete 257 — 374 registriert; an Ausgängen gab es Briefe und Karten 745, Drucksachen 601, Pakete 5 und Gesendungen 3 — 1354, insgesamt 1728 Postfächern. Mündliche Künste über gewerbliche Rechtsachen u. c. wurden 18 gegeben. Schriftsätze über Gewerbegelehrtslagen, 4 Militärsachen, 11 Strafsachen und 4 Unfallsachen wurden insgesamt für 22 Sachen ausgesetzt. Die Agitation, soweit die Kaufleute verbreiteten Flugschriften und Fachschriften (Grafschaftshauer u. c.) außer Betracht bleiben, wurde äußerst lebhaft betrieben. Es wurden 73 Versammlungen und 94 Besprechungen und Sitzungen abgehalten. Die Themen waren: Berufsmitschäfte, Lohnbewegungsfrage, Agitation, Internats sowie gegenseitige Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen. Zwei Lohnbewegungen mitsamt geführt werden, in denen es zum Streit kam. Bei der Holzfirma "Wehrhan" in Neu- legen 16 Kollegen 6 Tage die Arbeit niederr; trotzdem die Christen eine schmähliche Rolle spielten, wurde eine Lohnverhöhung von 3 M. pro Mann und Woche erzielt. Auch bei der Eisenfirma "Markmann" kam es durch einen zweitägigen Streit zu einem Tarifabschluß. Die Arbeitszeitverkürzung beträgt pro Mann und Woche 4 Stunden. Der Stundenlohn von 45 bis 48 Pf. wurde in einen festen Wochenlohn von 30 M. umgewandelt. Auch erhalten die Kollegen die ersten drei Krankentage halben Lohn. Die Fuhrleute erhalten hierzu noch 1 M. mehr. Auch in die'm Betrieb spielen die "Christlichen" eine "eigentümliche" Rolle, indem sie unseren Kollegen die Früchte der Bewegung dadurch abzulagern suchen, daß unsere Kollegen aus dem Betrieb herangeführt werden und aus "Rächstenliebe" die Rücken durch Christen besetzt werden. — Die Bewegung der Fuhrleute wurde auf nächstes Jahr verschoben, weil die Konjunktur keine ganz günstige einerseits, andererseits ist aber auch bei den Kollegen eine unbegreifliche und unverzeihliche Lauheit eingesessen. In diesem Herbst hatten die Fuhrleute auf der ganzen Linie 1 M. Lohnzuschlag laut Vereinbarung zu zahlen, aber nur 50 p.C. derselben kommen ihrer Verpflichtung nach. — Die Speicherearbeiter er-

halten nach zweitwöchentlicher Tätigkeit 29,— Mt. Wochenlohn im 1., 29,50 Mt. im 2., sowie 30,50 Mt. im 3. Jahre. Der Nebenkundenpreis stieg von 53 auf 60 Pf. Nacht- und Sonntagsschicht werden mit 50 p.Ct. Aufschlag bezahlt. Der Urlaub beträgt für die 58 in Frage kommenden Kollegen im 1. Jahre 3, im 2. Jahre 4, im 3. Jahre 5 Tage, bei Überzahlung.

Die Speditionsarbeiterbewegung wurde auch durch das Verhalten der „Christen“, die sich sogar nicht scheuten, durch einen schlechteren Tarif sich „günstig“ zu empfehlen, erschwert. Trotzdem erlangten unsere Kollegen eine Steigerung von 1 Mt. In diesem, im zweiten eine weitere, im 3. Jahre wieder 1 Mt., also bis dahin eine Steigerung von 3 Mt. gegen den alten Lohn. Auch wurde ein Urlaub, der im 1. Jahre 3, im 2. Jahre 4 und im 3. Jahre 5 Tage beträgt, bewilligt. Die Nebenkundenarbeit fasselt sich gegen früher von 75 Pf. bis auf 1,20 Mt. pro Stunde. Kurze (3 Stunden) nicht im Bezahlten der Person liegende Versammlungen werden durchbezahlt. Der Altlohn wurde um 8 bis 9 p.Ct. erhöht. — Ein Teil der Neuer Verträge ist gut organisiert; in anderen Betrieben, besonders denen der Speditionarbeiter, ist die Laufzeit noch zu groß; deshalb konnte sich die Bewegung nicht so günstig gestalten, wie es sonst wohl möglich gewesen wäre.

Differenzen anderer Art haben uns auch noch zu schaffen gemacht. Bei der Firma Hugo Käuper wurden 4 Kollegen gründl. angeklagt, angeblich wegen „Arbeitsverweigerung“. Unsere Kollegen aber waren auf der Hut; die Anklage wurde zurückgenommen. Ab 1. November erhalten dieselben 1,50 Mt. Juhage, ab 1. Januar 1913 weitere 1,50 Mt. Weitere Differenzen bei den Firmen „Hünker“ im Hafen, wegen Einschaltung und Behandlung, bei Gustav Will, wegen Entlassung von zwei Kollegen, wovon einer wieder eingestellt wurde, sowie bei van Dooren, der Adlige machen wollte und die Kollegen schlecht behandelte, wurden bestmöglichst erledigt. Gar böse Erwähnungen nutzten andere Kollegen am Biller Bahnhof machen. Die Biller Bahnhofspolizei ließ sich sogar dazu hinrücken, unsere Kollegen zu mißhandeln. Anstatt nun diese Leute zur Verantwortung zu ziehen, wurden unser Kollege Bassem wegen Bedrohung und Bestrafung zu 20 Mt. und Zuppert wegen Beleidigung zu 10 Mt. Geldstrafe verurteilt. Die „Herren Beamten“ aber wurden beide befördert, einer versetzt. Aus prinzipiellen Gründen wurde Berufung eingefordert und hat sich am 23. November noch die Strafkammer mit der Sache zu befassen.

Einige Fuhrwerksbesitzer gehen dazu über und melden unsere Kollegen statt in der ersten in der zweiten Klasse der Ortsklasse ein. Hierbei wendet eine Firma folgenden Trick an: Sie zahlte Samstag 24.— Markt Lohn aus, das andere Sonntags „extra“. Auf Klage hat der Herr Oberbürgermeister abgelehnt, einzuschreiten. Auch hier wird zu den äußersten prozessualen Mitteln gegripen werden. — Bei der Firma Grefges wurde der Kollege Ehrenberg durch den Sohn des Firmeninhabers Hechtkamp schwer mißhandelt, trotzdem wurde der rohe Burjche nur zu 30 Mt. Geldstrafe verurteilt. Unserem Kollegen aber wurden trotzdem es ihm so über ergangen und er nur ver sucht hatte, diese Nötheiten von sich abzuholen, drei Wochen und drei Tage Gefängnis aufgebrummt. Da sieht man, daß vor dem Gesetz alle „gleich“ sind. Auch beim Fensterputzerrecht, wo der „Linienträger“ Harren unsere Kollegen mit dem Revolver traktierte, wurde nicht Harren, sondern unsere Kollegen angezeigt. — Zwei Rechtschafftfälle betrafen unsere Kollegen Chausseure; in einem wurde die Berufung verworfen, ein Fall schwelt noch.

Die Wirtschaftslage in unserem Fuhrwerksberuf war eine leidliche. Im Sommer trat eine größere Stockung, mit einer Arbeitslosigkeit im Gefolge ein, die sich in den letzten Wochen aber wieder besserte. Die Hasenarbeiter waren gut beschäftigt und konnten sogar verschiedenlich nicht genügend Arbeiter vermittelten werden. Die anderen Berufe florieren.

Der Kassierer, Kollege Krengel, gab sodann den Kassenbericht, der gedruckt vorlas und durch denselben erläutert und ergänzt wurde. In Ratsungen, Eller und Neuh geht die Sache nicht so, wie es wohl im Abrechnungsbuch der dort beschäftigten Kollegen zu wünschen ware. Kollege Steiners dagegen, an Hand vorgelegter Prüfung durch die Meistoren, dem Kassierer Decharge zu erteilen, was einstimmig geschah. Der Kassenbericht lautet:

#### Einnahmen:

Nassenbestand vom 2. Quartal 1912	3 439,68 Mt.
268 Beiträge a 1 Mt.	268,—
21 a 50 Pf.	10,50
19518 Beiträge a 50 Pf.	9 759,—
1822 a 25 Pf.	465,50
19518 Zuschubbeiträge a 10 Pf.	1 951,80
1822 a 5 Pf.	94,10
141 Bausandsmarken a 50 Pf.	70,50
407 a 25 Pf.	101,75
Gehüberschüsse	80,81
Zinsen	50,—
Sonstige Einnahmen	62,29
Zusammen 16 340,93 Mt.	

#### Ausgaben:

Derl. Rechtsschutz	2,20 Mt.
Reiseunterstützung	49,50
Persönliche Ausgaben:	
Gehälter, Prozente der Kassierer etc.	2 345,64
Materialien, Miete, Telefon	463,52
Drucksachen, Annoncen	139,85
Kartellbeiträge Düsseldorf	694,50
Neuh	52,20
Porto, Telegramme	87,74
An die Hauptklasse abgeführt	8 187,85
Kassenbestand	4 313,13
Zusammen 16 340,93 Mt.	

An die Hauptklasse abzuführen:	
50 p.Ct. der Beiträge a 1 Mt.	134,— Mt.
100 p.Ct. der Beiträge a 50 Pf.	10,50
75 p.Ct. der Beiträge a 50 Pf.	7 319,25
75 p.Ct. der Beiträge a 25 Pf.	341,65
Beitrag zu den Baumwollens	200,—
Ablieferung zum Bausands	172,25
Summa: 8 187,85 Mt.	

Die Hauptklasse erhält:	
In bar direkt	4 038,66 Mt.
In den Bausands	1 800,—
Arbeitsunterstützung	54,85
Streikunterstützung	1 419,99
Beerdigungsbeihilfe	30,—
Erstaufzehrung (mit Inhaftierten)	123,—
Rechtschutz	119,80
Streikunterstützung	517,35
Gemahrgeldunterstützung	24,—
Summa: 8 187,85 Mt.	

Zur Wahl eines 1. Bevollmächtigten gibt der Gauleiter die nötigen Hinweise über die Ursachen der Personalverschiebungen im Bau, die ihren Grund in der dringend notwendigen Einstellung des ehemaligen Kollegen Kiel aus der Städter Ortsverwaltung haben. Da sich nun für den Städter Bauern niemand mehr finde, so kam Kollege Höbel in Borschlag, der auch annahm. Kollege Böhne, bisher in Duisburg, wurde als Geschäftsführer für Düsseldorf bestimmt und wird auch als Bevollmächtigter vorgeschlagen, was gegen eine Stimme beschlossen wird. Einige Kollegen waren mit der Erledigung der Sache, die ihnen zu übertragen stand, nicht einverstanden. Sodann teilte Koll. Altsel mit, daß der „Wahl“ der Kommission über den Abschlußtag gegen ein Mitglied möglichst in einer außerordentlichen Generalversammlung erledigt werden soll. Sodann holt Kollege Höbel zum Abschied noch ein Schlusswort, worin er allen herzlich dankt, die ihn bei seiner Arbeit hier am Ort so tüchtig unterstützen haben und schließt mit einem kräftigen Hoch auf das weitere Gebeinen der Düsseldorfer Ortsverwaltung.

Göttingen. Am Sonntag, den 24. November stand eine sehr gut besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung statt, mit der Tagessession: Beitragserhöhung resp. Aufrütteln in die erste Bevollmächtigte. Der Bevollmächtigte, welcher hierzu das Referat übernommen habe, betonte in längeren Aussprüchen den Zweck der Erhöhung; auch die Unterstützungen berührten und kamen dann zu dem Ergebnis, daß wir unbedingt den Beitrag erhöhen müssten. In der nun folgenden Diskussion sprachen sich sämtliche Redner für die Erhöhung aus. Ein Antrag wurde angenommen, welcher besagt: im Falle Falle Ablebens eines Kindes eine kleine Unterstützung zu gewähren. — Schließlich gelangte folgendes zur Annahme: die Mitglieder zahlen vom 1. Januar 1913 ab 50 Pf. Wochenbeitrag, ebenfalls alle vier Jahre eine 25 Pf. Marke zum Bausonds. Beischlossen wurde noch, folgendes Regulatum den Haupvorstand zur Genehmigung zu unterbreiten:

1. Mitgliedern, die mindestens 52 Wochenbeiträge entrichtet haben, kann beim Ableben eines Kindes unter 14 Jahren eine Unterstützung gewährt werden. Dieselbe beträgt nach Errichtung von

52 Wochenbeiträgen	10,— Mt.
172	12,50
292	15,—
412	17,50
592	20,—

2. Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt nur gegen Vorzeigung des Totenscheines.

3. Die Unterstützung kann für jeden Todessfall nur einmal gewährt werden.

4. Unterstüzungsberechtigt ist nur, wer nicht länger als 6 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist. Sämtliche Beitragsrückstände, sowohl Wochenbeiträge, wie die von der Verwaltungsstelle beschlossenen, oder vom Haupvorstand ausgeschriebene Beiträge werden von der Unterstützung in Abzug gebracht.

5. Wird der Ortsverwaltung von einem Sterbefalle nicht innerhalb 3 Tagen Mitteilung gemacht, so ist die Unterstützung der Verbandskasse verlassen.

6. Sämtliche Unterstützungen werden nur Freitag Abend von 7½ Uhr ab beim Kassierer ausgeschüttet.

7. Wird ein Mitglied stark oder arbeitslos, so hat es dies sofort dem Bevollmächtigten zu melden. Erfolgt die Meldung später, so gilt der Tag der Meldung als Beginn der Krankheit resp. Arbeitslosigkeit.

Dieses Reglement soll in gedruckter Form herausgegeben werden und zum Einschreiben in die Bücher mit Bleistift verschicken sein.

Bei „Verschiedenes“ wurde sodann der Fensterputzerstreit in Erfurt besprochen, und machte ein Kollege darauf aufmerksam, daß der frühere Kollege Bögel dort selbst Streikbrecher gespielt habe; falls derselbe noch im Wahlverein sei, bitte er den Abschluß vorzunehmen. Ein Antrag Naabe, die Dezemberversammlung aussitzen zu lassen, wurde angenommen.

Werte Kollegen, in dieser Versammlung wurde wieder über das langsame Vorwärtsstreiten unserer Verwaltungsstelle gesprochen, auch wurde erwähnt, daß wir bis zum Frühjahr wenigstens noch das doppelte an der Zahl haben müßten. Dies geht ganz gut zu machen, wenn jeder Kollege seine Schuldigkeit tut. Und darum, Kollegen, zeigt, daß ihr Männer seid, zeigt, daß ihr ein Rücksatz aus Eisen habt und werbt lädtig für den Verband, dann werden wir auch schließlich bei uns in Göttingen, der schönen Leinestadt, bessere Zeiten bekommen.

Kattowitz. Am 20. November tagte eine Vorstandskonferenz. Anwesend waren von den ober-

schlesischen Bahnhöfen 24 Delegierte, der Bezirksleiter Trappe und der Gauleiter Zimmer. Die Tagessitzung umfaßte 4 Punkte. Über „Organisation und Agitation“ referierte der Bezirksleiter. Zu seinem Vortrage wies er darauf hin, daß hier in dem ober-schlesischen Bezirk die Organisation noch sehr weit zurückliege, da unsere Berufskollegen nicht so leicht für unseren Verband zu gewinnen seien. Der Kleinbetriebsrat und der Schnapssteuer seien der erste Hemmnishuk. Auch liege viel an der großen Unzulänglichkeit unserer Berufskollegen. Bei einigen seien organisatorische Erfolge erzielt worden und diese beweisen, daß der Deutsche Transportarbeiter-Verband mit seinen Einrichtungen auf der Höhe der Zeit steht. Vor allem müsse die Agitation weiter ausgedehnt werden, jeder Funktionär müsse sich so heranwählen, daß er seine freie Zeit dem Verbande widmen könne. Zu der Diskussion sprach als erster Medner Kollege Zimmer-Gresian, welcher vor allem darauf hinwies, daß der Haupvorstand stets Mittel für Überschreitungen zur Verfügung gestellt habe, aber die Erfolge seien nicht nennenswerte. Ein Teil Schnid trug unsere Dualitätivare. Medner wies auf Oberschlesien und Westfalen hin, wo es vorwärts geht, u. a. auch auf kleinere Städte im Niederschlesien, wo unsere Organisation in wenigen Wochen schon Fuß gesetzt habe. Zu der Diskussion sprach als erster Medner Kollege Zimmer-Gresian, welcher vor allem darauf hinwies, daß der Haupvorstand stets Mittel für Überschreitungen zur Verfügung gestellt habe, aber die Erfolge seien nicht nennenswerte. Ein Teil Schnid trug unsere Dualitätivare. Medner wies auf Oberschlesien und Westfalen hin, wo es vorwärts geht, u. a. auch auf kleinere Städte im Niederschlesien, wo unsere Organisation in wenigen Wochen schon Fuß gesetzt habe. Zu der Diskussion sprach als erster Medner Kollege Zimmer-Gresian, welcher vor allem darauf hinwies, daß der Haupvorstand stets Mittel für Überschreitungen zur Verfügung gestellt habe, aber die Erfolge seien nicht nennenswerte. Ein Teil Schnid trug unsere Dualitätivare. Medner wies auf Oberschlesien und Westfalen hin, wo es vorwärts geht, u. a. auch auf kleinere Städte im Niederschlesien, wo unsere Organisation in wenigen Wochen schon Fuß gesetzt habe. Zu der Diskussion sprach als erster Medner Kollege Zimmer-Gresian, welcher vor allem darauf hinwies, daß der Haupvorstand stets Mittel für Überschreitungen zur Verfügung gestellt habe, aber die Erfolge seien nicht nennenswerte. Ein Teil Schnid trug unsere Dualitätivare. Medner wies auf Oberschlesien und Westfalen hin, wo es vorwärts geht, u. a. auch auf kleinere Städte im Niederschlesien, wo unsere Organisation in wenigen Wochen schon Fuß gesetzt habe. Zu der Diskussion sprach als erster Medner Kollege Zimmer-Gresian, welcher vor allem darauf hinwies, daß der Haupvorstand stets Mittel für Überschreitungen zur Verfügung gestellt habe, aber die Erfolge seien nicht nennenswerte. Ein Teil Schnid trug unsere Dualitätivare. Medner wies auf Oberschlesien und Westfalen hin, wo es vorwärts geht, u. a. auch auf kleinere Städte im Niederschlesien, wo unsere Organisation in wenigen Wochen schon Fuß gesetzt habe. Zu der Diskussion sprach als erster Medner Kollege Zimmer-Gresian, welcher vor allem darauf hinwies, daß der Haupvorstand stets Mittel für Überschreitungen zur Verfügung gestellt habe, aber die Erfolge seien nicht nennenswerte. Ein Teil Schnid trug unsere Dualitätivare. Medner wies auf Oberschlesien und Westfalen hin, wo es vorwärts geht, u. a. auch auf kleinere Städte im Niederschlesien, wo unsere Organisation in wenigen Wochen schon Fuß gesetzt habe. Zu der Diskussion sprach als erster Medner Kollege Zimmer-Gresian, welcher vor allem darauf hinwies, daß der Haupvorstand stets Mittel für Überschreitungen zur Verfügung gestellt habe, aber die Erfolge seien nicht nennenswerte. Ein Teil Schnid trug unsere Dualitätivare. Medner wies auf Oberschlesien und Westfalen hin, wo es vorwärts geht, u. a. auch auf kleinere Städte im Niederschlesien, wo unsere Organisation in wenigen Wochen schon Fuß gesetzt habe. Zu der Diskussion sprach als erster Medner Kollege Zimmer-Gresian, welcher vor allem darauf hinwies, daß der Haupvorstand stets Mittel für Überschreitungen zur Verfügung gestellt habe, aber die Erfolge seien nicht nennenswerte. Ein Teil Schnid trug unsere Dualitätivare. Medner wies auf Oberschlesien und Westfalen hin, wo es vorwärts geht, u. a. auch auf kleinere Städte im Niederschlesien, wo unsere Organisation in wenigen Wochen schon Fuß gesetzt habe. Zu der Diskussion sprach als erster Medner Kollege Zimmer-Gresian, welcher vor allem darauf hinwies, daß der Haupvorstand stets Mittel für Überschreitungen zur Verfügung gestellt habe, aber die Erfolge seien nicht nennenswerte. Ein Teil Schnid trug unsere Dualitätivare. Medner wies auf Oberschlesien und Westfalen hin, wo es vorwärts geht, u. a. auch auf kleinere Städte im Niederschlesien, wo unsere Organisation in wenigen Wochen schon Fuß gesetzt habe. Zu der Diskussion sprach als erster Medner Kollege Zimmer-Gresian, welcher vor allem darauf hinwies, daß der Haupvorstand stets Mittel für Überschreitungen zur Verfügung gestellt habe, aber die Erfolge seien nicht nennenswerte. Ein Teil Schnid trug unsere Dualitätivare. Medner wies auf Oberschlesien und Westfalen hin, wo es vorwärts geht, u. a. auch auf kleinere Städte im Niederschlesien, wo unsere Organisation in wenigen Wochen schon Fuß gesetzt habe. Zu der Diskussion sprach als erster Medner Kollege Zimmer-Gresian, welcher vor allem darauf hinwies, daß der Haupvorstand stets Mittel für Überschreitungen zur Verfügung gestellt habe, aber die Erfolge seien nicht nennenswerte. Ein Teil Schnid trug unsere Dualitätivare. Medner wies auf Oberschlesien und Westfalen hin, wo es vorwärts geht, u. a. auch auf kleinere Städte im Niederschlesien, wo unsere Organisation in wenigen Wochen schon Fuß gesetzt habe. Zu der Diskussion sprach als erster Medner Kollege Zimmer-Gresian, welcher vor allem darauf hinwies, daß der Haupvorstand stets Mittel für Überschreitungen zur Verfügung gestellt habe, aber die Erfolge seien nicht nennenswerte. Ein Teil Schnid trug unsere Dualitätivare. Medner wies auf Oberschlesien und Westfalen hin, wo es vorwärts geht, u. a. auch auf kleinere Städte im Niederschlesien, wo unsere Organisation in wenigen Wochen schon

**Verbandskollegen!**  
Der Beitrag für die 51. Woche  
ist fällig.

beiteten, aber trotzdem dem Brauerverband noch angehörten! Es wurde daraufhin den Katowitzer Delegierten der Auftrag ertheilt, in dieser Sache Feststellungen zu machen, damit diese Angelegenheit an anderer Stelle ausgetragen werden kann. Als nächster Punkt stand zur Diskussion: „Wer bezahlt die Bürohire für den Bezirksleiter?“ Leipziger als Referent, riet auf die Umstände hin, welche ihn veranlaßten, diese Frage heute schon zum Ausdruck zu bringen. Er wollte alle Verwaltungsstellen prozentual herausgezogen wissen. Kollege Hanisch-Mallory zeigte auf Grund einer Ausspielung, daß es den überschleisischen Verwaltungsstellen nicht mehr möglich wäre, weitere Lasten auf sich zu nehmen, da dieselben sonst mit Zuschriften rechnen müßten, wenn der Kasseabstand aufgebracht sei. Der Gaulärter erklärte daraufhin, diesen Beitrag vorläufig auf die Kasse übernehmen zu wollen, aber nur unter der Bedingung, daß der Bezirk Gottschalk mache. Es wurde noch beschlossen, diese Konferenzen alle zwei Monate abzuhalten. Die nächste soll in Bonn stattfinden. Die Kollegen gingen dann in spät vorgesträcker Stunde mit dem Bewußtsein auseinander, das Gehörte nützlich anwenden zu können.

**Leipzig.** Mitgliederversammlung am 29. November. Arbeitssekretär Genosse Mylau sprach über Deutschlands Sozialpolitik. An der Hand zahlreicher Beispiele zeigte Mylau, daß die einzige Sozialpolitik den Schaffnachern in Unternehmungern noch viel zu weit geht und dieselben mit allen Mitteln danach trachten, daß Einhalt geboten wird. Der Arbeiterschutz ist völlig unzureichend und wenn von dem Unternehmertum auf die Millionenausgaben, welche die soziale Gesetzgebung verurteilt, nur all zu oft verwiesen wird, so wird hierbei absichtlich verschwiegen, die Opfer, welche die Arbeiterschaft zu bringen hat. In den Jahren 1886 bis 1910 sind allein 178 356 Personen tödlich verunglückt und 44 000 wurden vollständig erwerbsunfähig. Die Erwerbsverhältnisse sind ungemein traurig, haben doch in Preußen  $\frac{1}{3}$  aller Erwerbstätigen ein jährliches Einkommen von unter 900 Mtl. Infolgedessen werden die Frauen gezwungen zum Lebensunterhalt mit beizutragen. Während in den letzten Jahren die Bevölkerung um 15 Prozent gestiegen ist, hat die Frauenarbeit eine Zunahme von 58 Prozent erfahren, auch ist die Kinderarbeit unbestreitbare Tatsache. Aus alledem ist ersichtlich, daß noch viel zu tun übrig bleibt und daß ein Stillstand in der Sozialpolitik nicht eintreten darf. Die deutschen Gewerkschaften haben ein großes Stück Kulturarbeit geleistet, mehr kann noch errungen werden, wenn die Schaar der Indifferenzen verringert wird. In unserer Arbeit dürfen wir nicht erlahmen, sondern müssen ständig bestrebt sein, daß mehr Sozialpolitik betrieben wird. An den mit Weißfall ausgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion. Beschllossen wurde, die Monatsversammlung im Dezember auszutragen zu lassen. Die Ginkaskräfte, Inkasso- und Verkaufsgenossen erachteten, die Kollegen mehr als bisher geschehen, nach den Kontrollarten zu befragen und nur solchen Austrägen zu erteilen, die eine gewerkschaftliche Legitimation vorzeigen können. Nachdem noch der Kampf im Buchhandel beprochen und hierbei das Verhalten der Geschäftsmänner und der Polizei einer scharfen Kritik unterzogen worden war, erfolgte Schluss der Versammlung.

**Liegnitz.** In der Mitgliederversammlung vom 11. November er. gab Kollege F. den Kartellbericht. Er führt an, daß den Musikkern im Gewerbeausschause der Lohn für die Musik am Sonntag von 9 auf 9,50 Mtl. erhöht worden sei. Der Vorsthende der Musiker ersucht die Delegierten, dafür zu sorgen, daß alle Bestellungen auf Musik bei ihm gemacht würden; die Musikkörbe sei nicht mehr im „Grünen Baum“, sondern in seiner Wohnung. — Der Kartellvorsthende erinnert um Unterstützung der neu gegründeten Organisation der Barbiere. In allen Geschäften sollen die Geschäftsmänner nach der Kontrollkarte gefragt werden. — Die Handschuhmacher haben auf dem Verhandlungswege eine Vohnerhöhung von 8–10 p.C. erzielt. — Der Vorsthende teilte ferner mit, daß die Wahlen zur Sprachkammer des Ober-Berücksichtigungsamtes stattgefunden und die von den Kartellen der in Frage kommenden Städte vorgeschlagene Liste gewählt worden sei. — Die Gesamteinnahmen, inlusive Bestand der Kartellkasse, betrugen 3021,12 Mtl.; die Ausgaben 1742,82 Mtl. Es verbleibt somit ein Bestand von 1278,30 Mtl. Zum Schluss des Kartellberichts forderte der Vorsthende zu reger Beteiligung an den Vertreterwahlen zur Fabrikantenkasse auf.

Ehe hierauf Genosse Niederlich das Wort zu seinem Vortrage ergriff, gedachte der Vorsthende des Hirsch-Idns des Kollegen Kanz, welches von der Versammlung in üblicher Weise geehrt wurde. Dann sprach Genosse Niederlich über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen und betonte ausdrücklich, daß jeder denkende Arbeiter seine Stimme nur den Arbeitervortern abgeben dürfe und müsse, um jenen zum Siege zu verhelfen. Ferner bezeichnete er es als eine Interessenlosigkeit, daß gerade bei den Kreiswahlkassenwahlen so wenige Kollegen erscheinen und ersuchte, zu der am 17. November tagenden Kreiswahlkassenvertreter-Versammlung recht zahlreich zu er-

scheinen. Außerdem beschäftigte sich Referent mit der Jugendfrage und der Gründung eines Jugendheims. Lebhafte Weißfall lohnte ihn für seine Ausführungen. Hieraus trat eine rege Diskussion ein.

Zur Gründung des Jugendheims wurden 100 Mtl. bewilligt. — Kollege Göbel bedauerte, daß es immer noch Kollegen gebe, die das arbeiterfreundliche „Liegnitzer Tageblatt“ lesen und forderte zum Abonnement auf die Arbeiterzeitungen verstreute „Liegnitzer Volkszeitung“ auf. Hieraus noch einige Themenas und Schluß der Versammlung.

**Würzburg.** Die letzte Mitgliederversammlung, die einen überaus zahlreichen Besuch aufzuweisen hatte, befaßte sich auch mit der Eingabe der Handelskammer an die Güterstation. In den Güterhallen herrschen bei der Ausgabe Zustände, die durchaus unhalbar sind. Von unserer Seite wurden dieselben schon des öfteren in der Presse gerügt, ohne daß bis jetzt etwas dagegen geschehen ist. Nun hat schon im Mai d. J. und erst vor ganz kurzer Zeit, nachdem die erste Eingabe keinen Erfolg hatte, die Handelskammer eine Eingabe an die Kgl. Güterstation gelangen lassen, in der sie eine Befreiung dieser Missstände fordert. Die Eingabe wäre nur zu begrüßen gewesen, wenn sie nicht unter anderem auch die Forderung enthalten hätte, daß die Fuhrwerke, die nach 6 Uhr noch die Eingangstore passieren, zur Entladung kommen. Zur Zeit werden punto 6 Uhr die Lüften geschlossen und können, da zwischen 4–6

am besten vertreten werden. Pflicht eines jeden organisierten Kollegen ist es deshalb, daß auch er dafür sorgt, daß die Masse der indifferennten Kollegen immer kleiner wird, denn nur dann wird es möglich sein, auch in Würzburg andere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

**Bekanntmachung des Verbands-Vorstandes.**

**Verbandsmitglieder!** Der Breslauer Verbandsstag hat anlässlich der Revision des Verbandsstatuts u. a. beschlossen, dem § 5, Absatz 5 in seinem zweiten Teil, hinter den Worten „nach Entrichtung von 120 Wochenbeiträgen“ folgende Fassung zu geben:

Hat ein Mitglied in drei aufeinanderfolgenden Bezugspérioden die volle Unterstützung nicht erhoben, dann steht ihm nach Entrichtung von weiteren 60 Wochenbeiträgen der Anspruch auf die Differenz zwischen der bezogenen und der zu beanspruchenden Unterstützung zu, mit der Einschränkung, daß diese den Gesamtbetrag für eine Bezugspériode nicht übersteigen darf.

Diese Bestimmung hat sich nun in der kurzen Zeit ihrer praktischen Handhabung als eine solche von großer Härte gegenüber denjenigen Mitgliedern erwiesen, welche die Unterstützungsvereinigungen des Verbandes am wenigsten in Anspruch nehmen. Folgedessen sah sich der Vorstand veranlaßt, dem Verbandsausschuß eine Abänderung der fraglichen Bestimmung vorzuschlagen.

Der Verbandsausschuß stimmt der Anregung des Vorstandes zu und erklärte sich mit der seitens des letzteren vorgeschlagenen Änderung einverstanden.

Der § 5, Absatz 5, Teil 2 erhält demnach folgende Fassung:

Hat ein Mitglied in drei aufeinanderfolgenden Bezugspérioden die volle Unterstützung nicht erhoben, dann steht ihm während der darauffolgenden zwei Bezugspérioden à 60 Wochen der Anspruch auf die Differenz zwischen der bezogenen und der zu beanspruchenden Unterstützung zu, mit der Maßgabe, daß die Unterstützung in keiner dieser Bezugspérioden den Gesamtbetrag für eine Bezugspériode übersteigen darf.

Diese Bestimmung tritt sofort in Kraft.

**Der Verbandsvorstand.**

J. A.: Oswald Schumann.

**Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.**

Aufgekommen sind die Verbandsbücher nachstehend genannter Mitglieder:

In Berlin: Fritz Kühl, Hpt.-Nr. 30 469, eingetr. 14. 2. 10; Joachim Kutschowski, Hpt.-Nr. 76 407, eingetr. 9. 6. 11; Paul Theimeyer, Hpt.-Nr. 63 483, eingetr. 2. 10. 07.

In Leipzig: Karl Sachse, Hpt.-Nr. 94 765, eingetr. 18. 5. 12.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie abzunehmen und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Ausgeschlossen auf Grund des § 3 Absatz 8a und b des Verbandsstatuts wurden folgende Kollegen:

In Halle: Wilhelm Stolze, Hpt.-Nr. 201 956.

In Hamm: Franz Ehning, Hpt.-Nr. 264 387; Bernhard Paule, Hpt.-Nr. 264 386; Hermann Thüm, Hpt.-Nr. 264 380.

In Lüneburg: Georg Nien, Hpt.-Nr. 348 418.

In Oranienburg: Wilhelm Krause, Hpt.-Nr. 468 578.

**Mit kollegalem Gruß.**

Der Vorstand.  
J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Nr.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Käckler, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Nr., einzusenden.

Berantw. Redakteur: Karl Millhahn, Lichtenberg-Berlin.  
Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H.  
Druck: Maurer & Dimmler, Berlin, Köpenickerstr. 36/38.

**Verbandsmitglieder!**

Als diesjährige Weihnachtsprämie stellen wir den Lesern des „Courier“ den Roman von Emilie Zola:

**Fruchtbarkeit**

zum Preise von 3 Ml. zur Verfügung. Seine schöne Ausstattung und die hervorragend gute Übersetzung muß es jedem Verbandsmitgliede möglich machen, diesen Roman, der aus der Feder eines der bedeutendsten Schriftsteller stammt, für sich zu erwerben oder als Geschenk auf den Weihnachtstisch zu legen.

Ferner empfehlen wir unseren Mitgliedern:

**Glasstrier-Ausgaben**  
auf Holzfreiem Papier mit Liebhaber-Einband.  
**Romane - Novellen - Jugendstücke**

**Bilderbücher - Bandschmuck.**

Wir bitten unsere Leser, ihre Bestellungen recht bald in ihren örtlichen Verwaltungen vollziehen zu wollen.

Der Transportarbeiter-Kalender 1913 ist vergriffen. Verlagsanstalt Courier.

Uhr der Andrang sehr stark ist, verschiedene Fuhrwerke nicht mehr zur Annahme gelangen.

Wenn dieser Forderung entsprochen würde, so wäre das für unsere Kollegen nur eine Verlängerung der Arbeitszeit. Bekanntermassen schicken die Geschäftsfirmen ihr Personal immer erst kurz vor Torschluss an die Bahn. So wird es wohl nicht nur in Würzburg sondern auch anderswo sein. Mancher Hausdiener und Kutscher würde eben dann vielleicht bis 7 Uhr oder noch länger an der Bahn zu tun haben und wenn er nach Hause kommt, müßten die anderen Arbeiten auch noch erledigt werden, so daß sich die Arbeitszeit der Kollegen ohne weiteres bedeutend verlängern würde. Die Ortsverwaltung hat deshalb als ihre Pflicht betrachtet, hiergegen etwas zu tun, und nach einer regen Aussprache in der Versammlung, wurde einstimmig beschlossen, folgende Resolution an die Güterstation und sämtliche hiesige Tagesblätter gelangen zu lassen:

„Die am 10. November tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes begrüßt die Initiative der Handelskammer, die unhalbaren Zustände bei der hiesigen Güterabfertigung zu befehligen. Die Versammlung untersagt die Eingabe an die Güterstation insoweit, als sie eine Vernebung des Personals, Überwölbung des Quellenbaches usw. fordert. Ganz entschieden wenden sich aber die Arbeiter des Handels- und Transportgewerbes gegen die Forderung, die Mängel dadurch zu befehligen, daß die Fuhrwerke, die bis 6 Uhr die Eingangstore passieren, noch zur Entladung kommen. Dies bedeutet für die in Betracht kommenden Personen, wie Kutscher, Hausdiener usw., eine Verlängerung der ohnehin schon sehr langen Arbeitszeit. Die Geschäftsfirmen würden dann eben, wie es jetzt schon vielfach geschieht, ihre Arbeiter erst kurz vor 6 Uhr zur Bahn schicken, dadurch würden unhalbare Zustände Platz greifen. Die Versammlung ersucht deshalb die titl. Güterstation, dieser Forderung nicht zu entsprechen.“

Sämtliche hiesige Zeitungen, ganz gleich welcher Parteirichtung, nahmen von dieser Resolution Notiz, nur das „Frankfurter Volksblatt“, das Sprachorgan der Zentrumspartei, faßt es nicht der Mühe wert, einen Widerstand darüber zu verlieren. Mögen sich das die Arbeiter des Handels- und Transportgewerbes merken, und es diesem „Volksblatt“, das für sich in Anspruch nimmt für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ zu kämpfen, bei gegebener Gelegenheit heimzahlen. Die Kollegen werden aus Vorstehendem ersehen, wo ihre Interessen